Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente

Einladung -öffentlich- 3

Vorlagendokumente

TOP Ö 3.1 Abzug der Sammelbehälter für Elektrokleingeräten

Mitteilung zur Kenntnis 772/043/2026 6

TOP Ö 3.2 EB 77 - Zwischenbericht zum Wirtschaftsjahr 2026

Mitteilung zur Kenntnis 771/035/2026 8

7710352026 - Anlage Gewinn- und Verlustrechnung zum 30.06.2026 771/035/2026 11

7710352026 - Anlage Vermögensplan zum 30.06.2026 771/035/2026 12

TOP Ö 4 EB 77 - Feststellung des Jahresabschlusses 2025 (Betrieb für Stadtgrün, Abfallwirtschaft und Straßenreinigung)

Beschlussvorlage 771/036/2026 13

EB77 - Anlage 1 - 2025_Bilanz 771/036/2026 16

EB77 - Anlage 2 - 2025_Gewinn- und Verlustrechnung 771/036/2026 18

TOP Ö 6.1 Neuauflage Baulandkataster Wohnen - Stand 31.12.2025

Mitteilung zur Kenntnis 611/274/2026 19

Anlage 1: Neuauflage Baulandkataster Wohnen nach § 200 (3) BauGB – Stand 31.12.2025 611/274/2026 21

TOP Ö 6.2 Neuauflage Baulandkataster Gewerbe mit Sondergebieten – Stand 31.12.2025

Mitteilung zur Kenntnis 611/272/2026 22

Anlage 1 – Neuauflage Baulandkataster Gewerbe nach § 200 (3) BauGB – Stand 31.12.2025 611/272/2026 24

TOP Ö 6.3 Bearbeitungsstand Fraktionsanträge

Mitteilung zur Kenntnis VI/307/2026 25

Bearbeitungsstand Fraktionsanträge 18.11.2025 VI/307/2026 26

TOP Ö 6.4 Informationen aus der Fluglärmkommission

Mitteilung zur Kenntnis 31/321/2026 30

Pressemitteilung zur 109. FLK 31/321/2026 31

TOP Ö 6.5 Umweltrelevante Grundsatzbeschlüsse

Mitteilung zur Kenntnis 31/324/2026 33

Anlage_Umweltrelevante Grundsatzbeschlüsse Planung Amt 31 31/324/2026 34

TOP Ö 6.6 Antrag der SPD Fraktion 043/2026 Vogelschlag auch an städtischen Bestandsbauten vermeiden

Beschluss Stand: 06.10.2026 242/398/2026 36

Antrag Nr. 043/2026 der SPD Fraktion 242/398/2026 39

TOP Ö 7 Änderung der Taxitarifordnung

Beschlussvorlage 30/149/2026 40

Anlage_1_Aenderung_Taxitarifordnung_Entwurf_20261016 30/149/2026 42

Anlage_2_Synopse_Aenderung_Taxitarifordnung_2026 30/149/2026 44

TOP Ö 8 RSV Erlangen-Herzogenaurach, hier: Vorplanung

Beschlussvorlage 613/394/2026/1 48

Anlage 1 - Lagepläne 613/394/2026/1 55

Anlage 2 - Übersichtskarte 613/394/2026/1 63

Anlage 3 - Bewertungsmatrix 613/394/2026/1 64

Anlage 4 - Darstellung Planungsfokusse 613/394/2026/1 67

Anlage: Präsentation Amt 61 zu TOP 16 - UVPA 22.09.2026 613/394/2026/1 71
TOP Ö 9.1 Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm "Sozialer Zusammenhalt", Erlangen Innenstadt Programmanmeldung für das Jahr 2027
Beschlussvorlage 610.3/091/2026 96
Anlage 1 Bedarfsmitteilung 2027 Innenstadt 610.3/091/2026 99
Anlage 2 - Programmgebiet Innenstadt 610.3/091/2026 102
TOP Ö 9.2 Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm "Sozialer Zusammenhalt", Erlangen Südost Programmanmeldung für das Jahr 2027
Beschlussvorlage 610.3/092/2026 103
Anlage 1 - Bedarfsmitteilung 2027 Erlangen - Südost 610.3/092/2026 106
Anlage 2 - Programmgebiet Erlangen Südost 610.3/092/2026 108
TOP Ö 9.3 Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm "Sozialer Zusammenhalt", Büchenbach-Nord Programmanmeldung für das Jahr 2027
Beschlussvorlage 610.3/093/2026 109
Anlage 1 - Bedarfsmitteilung 2027 Büchenbach Nord 610.3/093/2026 112
Anlage 2 Programmgebiet Büchenbach-Nord 610.3/093/2026 114
TOP Ö 9.4 Bayerisches Städtebauförderungsprogramm, Eltersdorf Programmanmeldung für das Jahr 2027
Beschlussvorlage 610.3/094/2026 115
Anlage 1 Bedarfsmitteilung 2027 Eltersdorf 610.3/094/2026 118
TOP Ö 9.5 Antrag Nr. 206/2026 der Fraktion Erlanger Linke: Kein Ausverkauf des Tafelsilbers - Städtische Grundstücke behalten
Beschlussvorlage 231/046/2026 120
Antrag Nr. 206/2026 231/046/2026 122
TOP Ö 9.6 Antrag zum Haushalt Amt 31 - Förderung Naturschutzarbeit (Antrag Nr. 120/2026 der SPD-Fraktion)
Beschlussvorlage 31/323/2026 123
Anlage: SPD-Fraktionsantrag Nr. 120 31/323/2026 125
TOP Ö 9.7 Haushalt 2027 – Beratung und Begutachtung der Konsolidierungsliste einschließlich der Fraktionsanträge mit Bezug auf die Einsparliste zum Haushaltsentwurf 2027
Beschlussvorlage 31/326/2026 126
Abstimmungsskript Einsparmöglichkeiten UVPA 31/326/2026 127
TOP Ö 9.8 Haushalt 2027 – Beratung und Begutachtung der Fraktionsanträge ohne Bezug zur Einsparliste und Nachmeldungen der Verwaltung zum Ergebnishaushalt/Finanzhaushalt - Investitionsprogramm
Beschlussvorlage 31/327/2026 132
Abstimmungsskript Ergebnishaushalt 2027 UVPA 31/327/2026 133
UVPA_invest_17.11.2026 31/327/2026 134
TOP Ö 10.1 Anfrage Erlanger Linke "Folge-/Mehrkosten aus der Übersichtsliste Einsparmöglichkeiten"
Mitteilung zur Kenntnis VI/304/2026 137
2026-10-05 Anfrage Folgekosten VI/304/2026 139

Stadt Erlangen

Einladung

Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77, Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat

5. Sitzung • Dienstag, 17.11.2026 • 16:00 Uhr • Ratssaal, Rathaus

Nicht öffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

- siehe Anlage -

Öffentliche Tagesordnung - 16:15 Uhr

Werkausschuss EB77

3.	Mitteilungen zur Kenntnis Werkausschuss EB77	
3.1.	Abzug der Sammelbehälter für Elektrokleingeräten	772/043/2026
3.2.	EB 77 - Zwischenbericht zum Wirtschaftsjahr 2026	771/035/2026
4.	EB 77 - Feststellung des Jahresabschlusses 2025 (Betrieb für Stadtgrün, Abfallwirtschaft und Straßenreinigung)	771/036/2026
5.	Anfragen Werkausschuss EB77	

Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss /
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat

6.	Mitteilungen zur Kenntnis	
6.1.	Neuauflage Baulandkataster Wohnen - Stand 31.12.2025	611/274/2026
6.2.	Neuauflage Baulandkataster Gewerbe mit Sondergebieten – Stand 31.12.2025	611/272/2026

6.3.	Bearbeitungsstand Fraktionsanträge	VI/307/2026
6.4.	Informationen aus der Fluglärmkommission	31/321/2026
6.5.	Umweltrelevante Grundsatzbeschlüsse	31/324/2026
6.6.	Antrag der SPD-Fraktion 043/2026 Vogelschlag auch an städtischen Bestandsbauten vermeiden	242/398/2026

Empfehlungen / Gutachten / Beschlüsse

7.	Änderung der Taxitarifordnung	30/149/2026
8.	RSV Erlangen-Herzogenaurach, hier: Vorplanung	613/394/2026/1
9.	**Haushalt 2027** **Hinweis:** **Das Abstimmungsskript der Stadtkämmerei zum Ergebnishaushalt / Finanzhaushalt und den Einsparmöglichkeiten wird den Stadträten gesondert per Mail zur Verfügung gestellt.**	
9.1.	Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm "Sozialer Zusammenhalt", Erlangen Innenstadt Programmanmeldung für das Jahr 2027	610.3/091/2026
9.2.	Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm "Sozialer Zusammenhalt", Erlangen Südost Programmanmeldung für das Jahr 2027	610.3/092/2026
9.3.	Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm "Sozialer Zusammenhalt", Büchenbach-Nord Programmanmeldung für das Jahr 2027	610.3/093/2026
9.4.	Bayerisches Städtebauförderungsprogramm, Eltersdorf Programmanmeldung für das Jahr 2027	610.3/094/2026
9.5.	Antrag Nr. 206/2026 der Fraktion Erlanger Linke: Kein Ausverkauf des Tafelsilbers - Städtische Grundstücke behalten	231/046/2026
9.6.	Antrag zum Haushalt Amt 31 - Förderung Naturschutzarbeit (Antrag Nr. 120/2026 der SPD-Fraktion)	31/323/2026

9.7.	Haushalt 2027 – Beratung und Begutachtung der Konsolidierungsliste einschließlich der Fraktionsanträge mit Bezug auf die Einsparliste zum Haushaltsentwurf 2027	31/326/2026
9.8.	Haushalt 2027 – Beratung und Begutachtung der Fraktionsanträge ohne Bezug zur Einsparliste und Nachmeldungen der Verwaltung zum Ergebnishaushalt/Finanzhaushalt - Investitionsprogramm	31/327/2026
10.	Anfragen	
10.1.	Anfrage Erlanger Linke "Folge-/Mehrkosten aus der Übersichtsliste Einsparmöglichkeiten"	VI/304/2026

Ich darf Sie hiermit zu dieser Sitzung einladen.

Erlangen, den 10. November 2026

STADT ERLANGEN
gez. Jörg Volleth
Oberbürgermeister

Falls Tagesordnungspunkte dieser Sitzung aus Zeitgründen auf den nächsten Termin verschoben werden müssen, bitten wir Sie, die entsprechenden Unterlagen aufzubewahren und erneut mitzubringen.

Die Sitzungsunterlagen können auch unter www.ratsinfo.erlangen.de abgerufen werden.

Ö 3.1

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
VIII/772-1/SMB	Schnappauf, Martina	**772/043/2026**

Abzug der Sammelbehälter für Elektrokleingeräten

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	17.11.2026	Ö	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Nach dem Elektrogesetz (ElektroG) müssen alle ausgedienten Elektro- und Elektronikgeräte getrennt erfasst und verwertet werden. Es besteht eine Rückgabepflicht der Besitzer, sowie eine kostenlose Rücknahmepflicht seitens des Handels. Sie dürfen nicht über den Restabfall entsorgt werden.

Alle elektrischen Geräte (z.B. Fernseher, Kaffeemaschine, Kreissäge, leuchtende Schuhe, Badezimmer-Leucht-Möblierung etc.) enthalten wertvolle Rohstoffe, aber auch gefährliche Abfälle. Der richtige Entsorgungsweg von Elektro-Altgeräten ist:

- **Händler von Elektro- und Elektronikgeräten** mit einer Verkaufsfläche von über 400 m² sind gesetzlich verpflichtet, kleine Altgeräte (bis 25 cm Kantenlänge, max. 3 Stück) in jedem Fall kostenfrei und größere Altgeräte kostenfrei beim Neukauf entgegenzunehmen. Altgeräte können auch im **Lebensmitteleinzelhandel und in Baumärkten** abgegeben werden, wenn die Verkaufsfläche mehr als 800 m² beträgt und dort mehrmals im Jahr oder dauerhaft Elektro- und Elektronikgeräte angeboten werden.
  Große Elektrogeräte wie Fernseher oder Kühlschränke können beim Neukauf eines gleichen Gerätes kostenfrei im Handel zurückgeben werden – dies gilt auch für (Online-)Käufe mit Lieferung.
  E-Zigaretten müssen von allen Verkaufsstellen von E-Zigaretten zurückgenommen werden.

- **Abgabe an der Müllumladestation Erlangen.**

- **Abholung am Wohnort über einen Sperrmülltermin** (Ausnahme: Nachtspeicherofen).

Neben diesen Rücknahmemöglichkeiten stellt die Abteilung Abfallwirtschaft den Erlanger Bürger*innen Sammelbehälter mit einem Fassungsvolumen von 240 Liter für die Abgabe von Elektro-Kleingeräten an den Wertstoffcontainerstandplätzen für Glas zur Verfügung. Diese Behälter werden von Mitarbeitenden des EB772 eingesammelt und händisch sortiert.

Im Rahmen dieser Tätigkeit wurde festgestellt, dass

- die E-Schrott-Behälter regelmäßig aus ihren Verankerungen gerissen und aufgebrochen werden, um Geräte zu entnehmen. Für die Entnahme werden die Behälter oftmals ausgekippt und die Kleingeräte nicht mehr in den Behälter eingefüllt. Diese Behälter müssen anschließend seitens EB 772 instandgesetzt bzw. erneuert werden.

- starke Zunahme von Fehlwürfen, wie Dosen, Restmüll, Hundekotbeutel (stellenweise aufgerissen), Glasscherben etc. Die Sortierung ist stellenweise eine enorme Zumutung für die Mitarbeitenden.

- das widerrechtliche Abstellen von größeren Elektrogeräten neben diesen Elektrokleingerätetonnen stark zunimmt.

Nachdem es sich um eine Zusatzleistung der Stadt Erlangen handelt und ausreichende Rücknahmemöglichkeiten im Stadtgebiet vorhanden sind, wurden bereits im Laufe des Jahres Behälter eingezogen. Bis zum Jahresende beabsichtigt EB 772 die im Stadtgebiet verbliebenen 43 Behälter einzuziehen. Die geplante Entscheidung wird durch den zunehmenden unsachgemäßen Umgang mit diesen Behältern bestärkt.

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
IV. Zum Vorgang

Ö 3.2

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
	Hoffmann, Michael	**771/035/2026**

EB 77 - Zwischenbericht zum Wirtschaftsjahr 2026

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	17.11.2026	Ö	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Der Zwischenbericht der Verwaltung dient zur Unterrichtung und Kenntnisnahme.

II. Sachbericht

Entsprechend § 8 Abs. 1 der Betriebssatzung für den Betrieb für Stadtgrün, Abfallwirtschaft und Straßenreinigung i.V.m. § 19 der Eigenbetriebsverordnung Bayern (EBV) hat die Werkleitung den Oberbürgermeister, den Werkausschuss sowie das Finanzreferat über die Abwicklung des Vermögens- und des Erfolgsplanes, insbesondere die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie über die Abwicklung des Finanzplanes zu unterrichten. Diese Unterrichtung erfolgt anhand der Gewinn- u. Verlustrechnung (GuV) und der Übersicht über die Entwicklung des Vermögensplanes im Betrachtungszeitraum vom 01.01.2026 bis zum 30.06.2026. Der mit seinen Anlagen erstellte Zwischenbericht stellt eine Momentaufnahme zum 30.06.2026 dar und umfasst alle wesentlichen buchhalterischen Vorgänge zum Stichtag bekannt sind.

a. Abwicklung Erfolgsplan

Das Zwischenergebnis zum 30.06.2026 von -1.893 Tsd. Euro liegt zum Stichtag mit -210 Tsd. Euro unter dem im Wirtschaftsplan prognostizierten Jahresendergebnis von -2.103 Tsd. Euro. Mitberücksichtigt und ausgewiesen in den „Sonstigen betrieblichen Aufwendungen“, sind bereits die Zuführung von Rückstellungen aus den Gebührenüberschüssen der Bereiche Abfallwirtschaft in Höhe von 1.333 Tsd. Euro und der Straßenreinigung in Höhe von 332 Tsd. Euro, die zum Stichtag bekannt sind. Das Gebührenergebnis beider Bereiche wird im Zwischenergebnis somit neutral ausgewiesen (Gebührenergebnis +/- 0 Euro). Gebührenüber- oder -unterdeckungen beeinflussen das Betriebsergebnis im Wesentlichen, so dass die Zuführungen dieser Rückstellungen bereits zum Stichtag 30.06.2026 in der Gewinn- und Verlustrechnung Platz finden müssen. Beide Rückstellungspositionen kommen buchhalterisch erst zum Jahresabschluss zum Tragen.

Im Weiteren können aufgrund des unvorhersehbaren Witterungsverlaufes und den damit verbunden Auswirkungen, unter anderem in den Bereichen Stadtgrün und Winterdienst, noch keine Prognose zum weiteren Jahresverlauf gegeben werden. Dennoch belastet bereits zum Stichtag der starke Wintereinbruch mit extremen Schneefall im Januar und die schweren Unwetter mit massiven Starkregen, Hagel und schweren Sturmböen im Juni und Juli das Bereichsergebnis von Winterdienst und Stadtgrün wesentlich.

Für das Wirtschaftsjahr 2026 wurde im Planansatz mit einer Erlöspauschale von 15.166 Tsd. Euro kalkuliert. Aufgrund der weiter anhaltenden angespannten Haushaltsituation wurden im EB77 im Rahmen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes, Maßnahmen und Leistungen identifiziert aus denen der EB77 ein Einsparpotential in Höhe von 600 Tsd. Euro erwartet. Diese Einsparungen werden in der zweiten Jahreshälfte 2026 zum Tragen kommen und kürzen die Erlöspauschale um diesen Betrag. Weiterhin werden Investitionen und kostenintensive Maßnahmen auf Ihre Notwendigkeit geprüft und nur dann realisiert, wenn diese erforderlich sind. Die bis Dato eingefrorenen Mittel von 800 Tsd. Euro aus dem Klimabudget, wurden zurückgefordert und sind zum 30.06.2026 an die Kämmerei der Stadt Erlangen zurückgeflossen.

Die Tarifrunde TVöD 2025 sieht ab dem 01.05.2026 eine Lohnsteigerung von weiteren 2,8 % bei den Tarifbeschäftigten vor. Diese tarifliche Lohnsteigerung wurde im Planansatz für 2026 im Personalaufwand in voller Höhe kalkuliert. Aufgrund der unveränderten Fortschreibung der Erlöspauschale aus dem Wirtschaftsjahr 2025 sind bis zum Stichtag nichtgedeckte Personalaufwendungen in Höhe von -325 Tsd. Euro aufgelaufen. Um die Personalkosten im EB77 zu senken, ist ein Abbau von Urlaubstagen und Überstunden zum Jahresende geplant. Durch eine Rückführung von Rückstellungen aus Urlaub und Überstunden erwartet der Eigenbetrieb einen positiven Effekt in Höhe von 350 Tsd. Euro im Personalaufwand. Eine entsprechende interne Anordnung ist im EB77 bereits ergangen. Die im Wirtschaftsplan angesetzten Abschreibungen kommen in der ersten Jahreshälfte noch nicht voll zum Tragen. Aufgrund der aktuellen Haushaltslage wurden Investitionen in das Sachanlagevermögen nochmals zurückgestellt oder die Beschaffung in die zweite Jahreshälfte 2026 verschoben. Zum Stichtag ergibt sich hieraus ein positiver Effekt von 88 Tsd. Euro.

Der Wintereinbruch, mit sehr starken Schneefällen im Januar, hat das erste Halbjahr im Eigenbetrieb sehr stark belastet. Die Gesamtkosten für die Wintersaison 2025/2026 betragen insgesamt 4.330 Tsd. Euro (3.247 Tsd. Euro in der Wintersaison 2024/2025) Gegenüber der Vorjahressaison steigen diese Kosten um 1.183 Tsd. Euro (33 %). Von den Gesamtkosten entfallen 1.986 Tsd. Euro auf das 1. Halbjahr 2026. Für das gesamte Wirtschaftsjahr 2026 plant der Eigenbetrieb im Planansatz mit einem Fehlbetrag in Höhe von 306 Tsd. Euro. Bereits zum Stichtag 30.06.2026 liegen diese Kosten für das erste Halbjahr 2026 um 1.374 Tsd. Euro (bei 1.680 Tsd. Euro Gesamtkosten) über dem prognostizierten Jahresdefizit. Aufgrund der schwer vorhersehbaren Winterentwicklung für die 2. Jahreshälfte 2026, könnte sich das Defizit im Bereich Wetterdienst weiter erhöhen.

b. Abwicklung Vermögensplan

Die Investitionen in Sachanlagen in Höhe von 385 Tsd. Euro, liegen zum Stichtag 30.06.206 deutlich unter dem Planansatz. Das geplante Investitionsvolumen beträgt für das Gesamtjahr insgesamt 4.901 Tsd. Euro. Die finanziellen Mittel für die Investitionen beruhen im Wesentlichen auf Kreditermächtigungen aus den Vorjahren und werden bei Auslieferungen durch den EB77 mit vorhandenen Eigenmitteln zwischenfinanziert. Insbesondere bei der Beschaffung von Spezial- und Sonderfahrzeugen ist weiterhin von sehr langen Lieferzeiten mit bis zu zwölf Monaten und mehr auszugehen. Somit könnten der Zugang und der tatsächliche Mittelbedarf für die in 2026 geplanten Investitionen erst in 2027 zum Tragen kommen. Aus den Zuschlagserteilungen werden für die zweite Jahreshälfte 2026 Auslieferungen in Höhe von 1.187 Tsd. Euro erwartet.

Die eingefrorenen Mittel aus dem Klimabudget in Höhe von 800 Tsd. Euro wurden in voller Höhte zum 30.06.2026 an die Kämmerei zurückgegeben. Somit entfallen weitere Investitionszuschüsse aus diesem.

Anlagen: Gewinn- u. Verlustrechnung zum Stichtag 30.06.2026
Vermögensplan zum Geschäftshalbjahr 2026

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

Ö 3.2

Gewinn- und Verlustrechnung

zum Geschäftshalbjahr 2026 mit Stichtag 30.06.2026

Gewinn- und Verlustrechnung zum Geschäftshalbjahr vom 01.01. bis 30.06.2026	IST 01-06 30.06.2026 TEUR	Planansatz 2026 TEUR	Differenz zum Planansatz 2026 TEUR	Differenz zum Planansatz 2026 %	31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR
1. Umsatzerlöse	**20.613**	**43.128**	**-22.515**	**-52%**	**40.885**	**41.060**
- darin Erlöspauschalen für Stadtgrün, Winterdienst, Spielplätze und weitere (Summe)	*6.693*	*13.377*	*-6.684*	*-50%*	*13.387*	*13.624*
2. Aktivierte Eigenleistungen	**37**	**90**	**-52**	**-58%**	**105**	**73**
3. Sonstige betriebliche Erträge	**212**	**147**	**65**	**45%**	**451**	**308**
- darin Ertr. a. Herabsetz. Rü/Verb. Kostenüberdeckungen AW	*0*	*0*	*0*	*0%*	*0*	*0*
- darin Ertr. a. Herabsetz. Rü/Verb. Kostenüberdeckungen StrRein	*0*	*0*	*0*	*0%*	*0*	*0*
- darin Leistungsausgl. der Aufwandsbereiche	*0*	*0*	*0*	*0%*	*0*	*0*
4. Materialaufwand	**-6.920**	**-13.658**	**6.738**	**-49%**	**-13.585**	**-14.878**
a) Aufwendungen für Roh-,Hilfs-, u. Betriebsstoffe u. f. bezogene Waren	-1.618	-3.358	1.740	-52%	-2.769	-3.085
b) Aufwendungen f. bezogene Leistungen	-5.302	-10.300	4.998	-49%	-10.816	-11.793
5. Personalaufwand	**-10.349**	**-23.980**	**13.631**	**-57%**	**-22.273**	**-21.535**
a) Löhne, Bezüge, Gehälter	-7.955	-18.225	10.270	-56%	-17.044	-16.301
b) soziale Abgaben u. Aufw. f. Altersversorung u. f. Unterstützung	-2.394	-5.755	3.361	-58%	-5.228	-5.233
6. Abschreibung	**-1.254**	**-2.683**	**1.429**	**-53%**	**-2.491**	**-2.337**
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	**-3.824**	**-4.530**	**706**	**-16%**	**-4.156**	**-3.800**
- darin: Zuführ. Rückst./Verb. Kostenüberdeckungen AW	*-1.333*	*0*	*-1.333*	*0%*	*0*	*0*
- darin: Zuführ. Rückst./Verb. Kostenüberdeckungen StrRein	*-332*	*0*	*-332*	*0%*	*0*	*0*
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	**3**	**12**	**-9**	**-76%**	**12**	**11**
9. Zinsen und ähnl. Aufwendungen	**-379**	**-594**	**215**	**-36%**	**-535**	**-420**
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-1.861**	**-2.069**	**208**	**-10%**	**-1.588**	**-1.517**
11. Außerordentliches Ergebnis	**0**	**0**	**0**	**0%**	**0**	**0**
12. Sonstige Steuern	**-32**	**-34**	**2**	**-7%**	**-35**	**-35**
13. Überschuss/Fehlbetrag im Berichtszeitraum	**-1.893**	**-2.103**	**210**	**-10%**	**-1.622**	**-1.553**

Stand: 23.09.2026 M. Hoffmann

Ö 3.2

Vermögensplan

zum Geschäftshalbjahr 2026

Bezeichnung	Ergebnis zum 30.06.2026 TEUR	Planansatz 2026 TEUR	Abweichung zum anteiligen Plan TEUR	Abweichung zum anteiligen Plan %
Einnahmen / Finanzierung des Bedarfs				
Zuführung zu Rückstellungen (für Versorg.- und ähnl. Verpflicht.)	0	400	-400	-100%
Abschreibung auf Sachanlagen	1.083	2.343	-1.259	-54%
Abschreibung auf Neubau PPP	170	340	-170	-50%
Abgänge aus dem Anlagevermögen	0	10	-10	-100%
Investitionszuschuss	4	50	-46	-91%
Jahresgewinn/-verlust	-1.893	-2.103	210	-10%
Kreditaufnahme	0	4.851	-4.851	-100%
Summe Einnahmen	**-635**	**5.891**	**-6.526**	**-111%**
Ausgaben / Finanzbedarf				
Auflösung der Rückstellung für Gebührenüberschüsse *	1.665	641	1.024	160%
Ausgaben für Sachanlagen	**698**	**4.901**	**-4.203**	**-86%**
EDV-Programme / Software	*0*	*595*	-595	-100%
Grundstücke / Grundstücksgleiche Rechte / Gebäude	*20*	*28*	-7	-26%
Technische Anlagen und Maschinen	*335*	*2.186*	-1.851	-85%
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	*342*	*2.093*	-1.750	-84%
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	*0*	*0*	0	0%
Tilgung von Krediten	**769**	**769**	**0**	**0%**
Tilgung PPP	**373**	**373**	**0**	**0%**
Aktivierte Eigenleistungen	**11**	**11**	**0**	**0%**
Summe Ausgaben	**3.515**	**6.695**	**-3.180**	**-47%**

* Einbezug der Auflösung und Zufürhung von Rückstellungen im Berichtszeitraum zum 30.06.2025 die zum Zeitpunt der Erstellung bekannt sind

Stand: 23.09.2026 M. Hoffmann

Ö 4

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
	Hoffmann, Michael	**771/036/2026**

EB 77 - Feststellung des Jahresabschlusses 2025 (Betrieb für Stadtgrün, Abfallwirtschaft und Straßenreinigung)

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	17.11.2026	Ö	Gutachten	
Stadtrat	18.03.2027	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
II/BTM, Amt 14

I. Antrag

Der Jahresabschluss des EB77 für das Wirtschaftsjahr 2025 wird gem. § 25 EBV (Eigenbetriebsverordnung Bayern) festgestellt und die Entlastung wird (gem. § 6 Abs. 1 Nr. 5 der Betriebssatzung) erteilt.
Der von der ETH Erlanger Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüfte Jahresabschluss 2025 weist in der Gewinn- und Verlustrechnung ein Jahresergebnis von -1.622 Tsd. Euro aus.
Zusammen mit einem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr i.H.v. -1.111 Tsd. Euro ergibt sich somit ein Ergebnis i.H.v. -2.733 Tsd. Euro. Es wird beschlossen, dieses Ergebnis auf neue Rechnung vorzutragen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

Vollzug der zugrundeliegenden Rechtsnormen, insbesondere

- Gemeindeordnung Bayern (GO)
- Eigenbetriebsverordnung Bayern (EBV)
- Betriebssatzung für den EB 77

Der Jahresabschluss 2025 des EB 77 wurde gem. § 25 EBV zum Juli 2025 aufgestellt.

Er enthält

- Bilanz
- Gewinn- und Verlustrechnung
- Lagebericht
- Anlage: Erfolgsübersicht nach Geschäftsbereichen

Die Abschlussprüfung des Jahresabschlusses 2025 erfolgte gem. Beschluss des Stadtrats durch die ETH Erlanger Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und wurde im Juli und August 2026 durchgeführt.

Der Bestätigungsvermerk wurde für den Jahresabschluss 2025 vollumfänglich erteilt (s. Anlage).

Im Allgemeinen hat sich die finanzielle Lage des EB 77 im Wirtschaftsjahr 2025 weiter verschlechtert. Dies resultiert unteranderem durch die weiterhin anhaltende angespannte Haushaltssituation der Stadt, was zu einer erneuten pauschalen Kürzung der Erlöspauschale im Eigenbetrieb führte. Nicht mitberücksichtigt wurden in der Erlöspauschale bspw. Inflationäre Kostensteigerungen in der Beschaffung von Material sowie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, die tarifliche Lohnsteigerung im TVöD oder Steigerungen in den Verwaltungskostenerstattungen. Dies wirkt sich vor allem in den Nicht-gebührenfinanzierten Bereichen wie Stadtgrün, den Werkstätten und im Winterdienst aus. Weiterhin wirken sich negativ die Bildung von Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten aus der Erlösbeteiligung der Verwertungsgewinne durch die gemeinsame Sammlung und Verwertung von Papier und Kartonagen mit der DSD GmbH aus. Mangels eins Nichtzustandekommens eines Vertragsabschlusses wurden im Wirtschaftsjahr 2025 weitere 107 Tsd. Euro den Rückstellungen zugeführt. Diese Position wird in der Bilanz zum Stichtag i.H.v. insgesamt 526 Tsd. Euro ausgewiesen. Aufgrund der fehlenden Vereinbarung trägt der Eigenbetrieb auch im Wirtschaftsjahr 2025 Kosten i.H.v. 491 Tsd. Euro auf eigene Rechnung. Im Weiteren haben sich die Pensionsrückstellungen und die Rückstellungen für Gebührenüberdeckungen in den Abfall- und Straßenreinigungsgebühren erhöht. Erstmalig wurde zum Stichtag eine Rückstellung für Sabbaticalverpflichtungen i.H.v. 180 Tsd. Euro gebildet. Die genannten Sachverhalte begründen mit unteranderem maßgeblich das Jahresergebnis von -1.622 Tsd. Euro, welches zu einem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag i.H.v. 2.443 Tsd. Euro (Vorjahr 821 Tsd. Euro) im Jahr 2025 führte. Der § 8 EBV sieht einen Ausgleich durch Haushaltsmittel der Stadt vor, wenn die Verluste aus den Vorjahren nicht innerhalb von fünf Jahren durch neue Gewinne ausgeglichen werden können.

Die örtliche Rechnungsprüfung wird durch Amt 14 durchgeführt. Die Vorlage des Berichts wird im Revisionsausschuss am 17.03.2027 erfolgen.

Der geprüfte Jahresabschluss 2025 soll gem. § 9 Abs. 3 i.V.m. § 6 Abs. 1 der Betriebssatzung vom Stadtrat in der Sitzung am 18.03.2027 abschließend festgestellt und die Entlastung erteilt werden.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

- Feststellung des Jahresabschlusses 2025
- Erteilung der Entlastung gem. § 6 Abs. 1 Nr. 5 der Betriebssatzung (Werkleitung und Oberbürgermeister)
- Entscheidung über die Ergebnisverwendung

3. Prozesse und Strukturen

- Begutachtung im Werkausschuss für den EB 77 am 17. November 2026
- Behandlung im Revisionsausschuss am 17.03.2027
- Beschlussfassung / Feststellung im Stadtrat am 18.03.2027

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☐ *ja, positiv**
☐ *ja, negativ**
☒ *nein*

Wenn ja, negativ:

Bestehen alternative Handlungsoptionen?

☐ *ja**
☐ *nein**

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

Siehe Prüfbericht der ETH Erlanger Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Anlagen:

Anlage 1: EB 77 Bilanz 2025
Anlage 2: EB 77 Gewinn- und Verlustrechnung 2025
Anlage 3: EB 77 Jahresabschluss 2025 mit Prüfbericht Wirtschaftsprüfer (für Mitglieder des Werkausschusses EB 77 und des Stadtrates)

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

BILANZ – AKTIVSEITE

zum 31.12.2025

Aktivseite (in Tausend Euro)			31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR	Veränderung zum VJ TEUR	Veränderung zum VJ %
A)	**Anlagevermögen**					
I.	**Immaterielle Vermögensgegenstände**					
1.	Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		**21**	**24**	**-3**	**-13%**
II.	**Sachanlagen:**					
1.	Grundstücke mit Geschäftsbauten		13.647	13.787	-140	-1%
2.	Maschinen und maschinelle Anlagen		6.100	5.691	409	7%
3.	Betriebs- und Geschäftsausstattung		4.175	4.337	-161	-4%
4.	Geleist. Anzahlungen und Anlagen im Bau		23	1.109	-1.086	-98%
			23.946	*24.924*	*-979*	*-4%*
			23.966	**24.948**	**-982**	**-4%**
III.	**Finanzanlagen:**					
1.	Beteiligungen (ZVA / ZVSMM)		0	0	0	0%
2.	Sonstige Ausleihungen		0	0	0	0%
			0	**0**	**0**	**0%**
B)	**Umlaufvermögen**					
I.	**Vorräte**					
1.	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		1.011	1.129	-118	-10%
2.	Geleistete Anzahlungen		0	0	0	0%
			1.011	**1.129**	**-118**	**-10%**
II.	**Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**					
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		395	428	-33	-8%
		davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	*0*			
2.	Forderungen gg. verbundene Unternehmen		48	29	19	65%
		davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	*0*			
3.	Forderungen gg. Unternehmen m. Beteiligungsverh.		0	0	0	-100%
		davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	*0*			
4.	Forderungen an die Stadt / andere Eigenbetriebe		2.132	1.505	628	42%
		davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	*0*			
5.	Sonstige Vermögensgegenstände		182	213	-31	-15%
			2.757	**2.175**	**582**	**27%**
III.	**Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten**		**4.330**	**8.361**	**-4.030**	**-48%**
C)	**Rechnungsabgrenzungsposten**		**77**	**79**	**-2**	**-2%**
D)	**Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag**		**2.443**	**821**	**1.622**	**198%**
			34.585	**37.512**	**-2.926**	**-8%**

BILANZ – PASSIVSEITE

zum 31.12.2025

Passivseite (in Tausend Euro)			31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR	Veränderung TEUR	Veränderung %
A)	**Eigenkapital**					
	I.	**Stammkapital lt. Satzung**	**25**	**25**	**0**	**0%**
	II.	**Rücklage (Allgemeine Rücklage)**	**265**	**265**	**0**	**0%**
	III.	**Gewinn/Verlust**				
		Gewinnvortrag	-1.111	442	-1.553	-351%
		Jahresgewinn	-1.622	-1.553	-1.622	4%
		nicht gedeckter Fehlbetrag	2.443	821	1.622	198%
			-290	*-290*	*0*	*0%*
			0	**0**	**0**	**0%**
B)	**Rückstellungen**					
	1.	für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	3.955	3.860	95	2%
	2.	für Altersteilzeit	180	0	180	0%
	3.	für Urlaub, Überstunden, Berufsgenoss.	1.031	1.328	-296	-22%
	4.	für Beihilfeverpflichtungen	1.068	1.021	46	5%
	5.	Steuerrückstellungen	0	0	0	0%
	6.	für Kostenüberdeckungen Abfallwirtschaft	4.280	3.545	735	21%
	7.	für Kostenüberdeckungen Abfallwirtschaft Gewerbemüll	45	0	45	0%
	8.	für Kostenüberdeckungen Straßenreinigung	197	89	107	120%
	9.	sonstige Rückstellungen	672	565	107	19%
			11.427	**10.409**	**1.019**	**10%**
C)	**Verbindlichkeiten**					
	1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.828	10.578	2.249	21%
		davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	*1.455*			
	2.	erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	58	80	-22	-28%
		davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	*58*			
	3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	605	1.099	-494	-45%
		davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	*605*			
	4.	Verbindlichkeiten gg. verbundene Unternehmen	12	12	1	7%
		davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	*12*			
	5.	Verbindlichkeiten gg. Unternehmen m. Beteiligungsverh.	71	69	2	3%
		davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	*71*			
	6.	Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt/and. EB	1.987	7.221	-5.234	-72%
		davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	*1.987*			
	7.	Verbindlichkeiten gg. ÖPP-Partner	7.011	7.401	-390	-5%
		davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	*934*			
	8.	Sonstige Verbindlichkeiten	576	632	-56	-9%
		davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	*576*			
			23.149	**27.093**	**-3.944**	**-15%**
D)	**Rechnungsabgrenzungsposten**		**9**	**10**	**-1**	**-10%**
			34.585	**37.512**	**-2.926**	**-8%**

GEWINN UND VERLUSTRECHNUNG

Für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis 31.12.2025

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.2025	31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR	Veränderung zum VJ TEUR	Veränderung zum VJ %
1. Umsatzerlöse	**40.885**	**41.060**	**-175**	**0%**
- darin Erlöspauschale Stadt	13.387	13.624	-237	-2%
- darin Ertr. a. Herabsetz. Rü/Verb. Kostenüberdeckungen StrRein	0	249	-249	-100%
- darin Zuführ. Rückst./Verb. Kostenüberdeckungen StrRein	-107	0	-107	0%
- darin Ertr. a. Herabsetz. Rü/Verb. Kostenüberdeckungen AW	0	0	0	0%
- darin Zuführ. Rückst./Verb. Kostenüberdeckungen AW	-735	-911	176	-19%
- darin Ertr. Herab.RÜ/AW-Gewerbemüll	0	0	0	0%
- darin Zuführ. RÜ/AW-Gewerbemüll	-45	0	-45	0%
2. Aktivierte Eigenleistungen	**105**	**73**	**31**	**43%**
3. Sonstige betriebliche Erträge	**451**	**308**	**144**	**47%**
Sonstige betriebliche Erträge	451	308	144	47%
- darin Betriebszuschuss/Pauschalerlös Stadt	0	0	0	0%
4. Materialaufwand	**-13.585**	**-14.878**	**1.292**	**-9%**
a) Aufwendungen für Roh-,Hilfs-, u. Betriebsstoffe u. f. bezogene Waren	-2.769	-3.085	316	-10%
b) Aufwendungen f. bezogene Leistungen	-10.816	-11.793	977	-8%
5. Personalaufwand	**-22.273**	**-21.535**	**-738**	**3%**
a) Löhne, Bezüge, Gehälter	-17.044	-16.301	-743	5%
b) soziale Abgaben	-3.729	-3.391	-339	10%
c) Aufw. f. Altersversorung u. f. Unterstützung	-1.499	-1.843	344	-19%
6. Abschreibung	**-2.491**	**-2.337**	**-154**	**7%**
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	**-4.156**	**-3.800**	**-356**	**9%**
- darin: Zuführ. Rückst./Verb. Kostenüberdeckungen AW	0	0	0	0%
- darin: Zuführ. Rückst./Verb. Kostenüberdeckungen STR	0	0	0	0%
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	**12**	**11**	**0**	**2%**
- darin: Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen	0	0	0	0%
9. Zinsen und ähnl. Aufwendungen	**-535**	**-420**	**-115**	**27%**
- darin: Aufwand aus der Aufzinsung von Rückstellungen	-69	-77	8	-11%
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-1.588**	**-1.517**	**-70**	**-5%**
11. Außerordentliches Ergebnis	**0**	**0**	**0**	**0%**
a) - darin außerordentlicher Ertrag	0	0	0	0%
b) - darin außerordentlicher Aufwand	0	0	0	0%
12. Sonstige Steuern	**-35**	**-35**	**1**	**-2%**
01 17. Unternehmensergebnis Ergebnis	-1.622	-1.553	-70	4%
13. Jahresgewinn/-verlust	**-1.622**	**-1.553**	**-70**	**4%**
Nachrichtlich: Ermittlung des bilanziellen Gewinns / Verlusts				
Verlustvortrag (-) / Gewinnvortrag (+)	**-1.111**	**442**		
Bilanzielles Ergebnis	**-2.733**	**-1.111**	**-1.622**	**-146%**

Ö 6.1

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
VI/61	Amt für Stadtplanung und Mobilität	**611/274/2026**

Neuauflage Baulandkataster Wohnen - Stand 31.12.2025

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat	17.11.2026	Ö	Kenntnisnahme	
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	17.11.2026	Ö	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen
PET

I. Kenntnisnahme
Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht
Neuauflage Baulandkataster Wohnen – Stand 31.12.2025

Das Baulandkataster wurde zum 31. Dezember 2025 fortgeschrieben. Es führt sofort oder in absehbarer Zeit bebaubare Flächen in einer Karte auf. Zusätzlich sind die Reserveflächen Wohnen ohne Baurecht beziehungsweise ohne gesicherte Erschließung als Hinweis aufgenommen.

Das Kataster enthält keine personenbezogenen Daten.

Das Kataster zeigt 341 Baulücken und Baugrundstücke mit Potential bezüglich Art und Maß der baulichen Nutzung. Auf den relevanten Grundstücken können mindestens 806 neue Wohnungen errichtet werden (541 Einfamilienhäuser und 265 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern).

Im Vergleich zum Vorjahr sind 22 ehemalige Baulücken aus dem Kataster ausgeschieden, da diese bebaut wurden. Ein Baugrundstück mit Potential bezüglich der Art der baulichen Nutzung - ein Mischgebiet - muss überwiegend gewerblich bebaut werden und wurde daher ins Baulandkataster Gewerbe übertragen. Eine weitere Baulücke ist aus dem Kataster ausgeschieden, da die erforderliche Erschließung nicht möglich ist.

Aktuell haben Eigentümer*innen von 57 Grundstücken einer Veröffentlichung ihrer Grundstücke im Baulandkataster Wohnen widersprochen. Auf den Baulücken mit Widersprüchen könnten zusätzlich mindestens 121 neue Wohnungen errichtet werden. Die Widersprüche verteilen sich auf das ganze Stadtgebiet.

Die Möglichkeit des Widerspruchs bleibt für Eigentümer*innen bestehen. Eingehende Widersprüche werden bei der nächsten Fortschreibung (Stichtag 31.12.2027 – Neuauflage zukünftig nur noch alle 2 Jahre) des Katasters berücksichtigt.

Das Baulandkataster Wohnen kann im Amt für Stadtplanung und Mobilität und auf den Internetseiten der Stadt Erlangen unter https://erlangen.de/aktuelles/baulandkataster_wohnen eingesehen werden.

Ein Exemplar hängt während der Sitzung im Ratssaal aus.

Ausblick:

Die Nachfrage nach Wohnungen und Wohnbaugrundstücken in Erlangen übersteigt das vorhandene Angebot bei Weitem.

Die Entwicklung von Baulücken ist ein wesentlicher Schlüssel, um das Angebot an Wohnungen in Erlangen zu erhöhen. Die vorhandenen Baulücken bieten ein Potential an Wohnraum für ca. 2.400 weitere Einwohner.

Die bisherigen Kontaktaufnahmen mit Eigentümer*innen von Baulücken ergaben allerdings, dass ein Großteil erst mittel- bis langfristig mobilisiert sein wird. So halten einige Eigentümer*innen ihre Baulücken aus familiären Gründen zurück, zum Beispiel als Baugrund für eigene Enkel. Daneben sehen einige Eigentümer*innen in ihrer Baulücke einen bleibenden Wert und nehmen aktuell von einem Verkauf Abstand.

Die Zahl der im Baulandkataster geführten Baulücken war in den vergangenen Jahren rückläufig. In den letzten fünf Jahren sind im Durchschnitt jährlich 21 Baulücken entwickelt worden und aus dem Kataster ausgeschieden. Für die nächste Fortschreibung zeichnen sich bereits Veränderungen ab. So liegen für einzelne Baulücken Bauanträge vor und konkrete Bauvorhaben auf Baulücken sind in Vorbereitung.

Anlagen:

Anlage 1 – Neuauflage Baulandkataster Wohnen nach § 200 (3) BauGB – Stand 31.12.2025

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
IV. Zum Vorgang

Ö 6.1

Anlage 1 - BV 611/274/2026

Dechsendorf
Heusteg
In der Reuth
Kosbach
Häusling
Büchenbach
Steudach
Schallershof
Bruck
Burgberg
Sieglitzhof
Röthelheimpark
Frauenaurach
Kriegenbrunn
Eltersdorf
Tennenlohe
Hüttendorf

Zeichenerklärung

- Stadtgrenze
- Bruck — Ortsbezeichnungen
- Haupt– und Nebengebäude
- Geplante Bauvorhaben
- Flurstücksgrenze
- Hauptstr. — Straßenbezeichnungen

Baulandkataster Wohnen

nach § 200 (3) BauGB

Klassische Baulücken

Definition: Unbebaute Grundstücke, die nach den §§ 30, 33 oder 34 BauGB sofort oder in unmittelbarer Zukunft bebaubar sind; die Erschließung ist gesichert, d.h. entweder schon vorhanden oder mit geringem Aufwand herstellbar;

Baugrundstücke mit Potential bezüglich des Maßes der baulichen Nutzung

Definition: Grundstücke, deren bauliche Nutzung erheblich unter dem Maß der zulässigen oder üblichen baulichen Nutzung liegt;

Baugrundstücke mit Potential bezüglich der Art der baulichen Nutzung

Definition: Grundstücke, deren Nutzung nicht der Umgebung entspricht; die Umnutzung ist aus städtebaulicher Sicht problemlos; es gibt allenfalls einen geringen Erschließungsaufwand und/oder es sind geringe bodenordnerische Maßnahmen notwendig;

Die Aufnahme von Flächen in das Baulandkataster erfolgt ohne Gewähr; eine Haftung dafür, dass die in das Kataster aufgenommenen Flächen sofort oder in absehbarer Zeit bebaubar sind, wird nicht übernommen.

Reserveflächen Wohnen

als Hinweis aufgenommen, nicht Teil des Baulandkatasters Wohnen

Reserveflächen mit Baurecht, aber ohne gesicherte Erschließung

Definition: Flächen, die nach den §§ 30, 33 oder 34 BauGB bebaubar sind, deren Erschließung aber nicht gesichert ist;

Reserveflächen mit Bauerwartung aufgrund Darstellung im Flächennutzungsplan

Definition: Flächen ohne aktuelles Baurecht, aber mit Bauerwartung aufgrund der Darstellung als Bauflächen im Flächennutzungsplan;

Stadt Erlangen

Amt für Stadtplanung
und Mobilität

Baulandkataster Wohnen
nach § 200 (3) BauGB

Stand: 31. Dezember 2025

0 500 1000 m
1:10.000

N

Geobasisdaten © Bayerische Vermessungsverwaltung 2026 - Darstellung der Flurkarte als Eigentumsnachweis nicht geeignet
Koordinatenbezugssystem: ETRS89 / UTM32

Ö 6.2

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
VI/61	Amt für Stadtplanung und Mobilität	**611/272/2026**

Neuauflage Baulandkataster Gewerbe mit Sondergebieten – Stand 31.12.2025

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat	17.11.2026	Ö	Kenntnisnahme	
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	17.11.2026	Ö	Kenntnisnahme	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	18.11.2026	Ö	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen
II/WA, 23, PET

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Neuauflage Baulandkataster Gewerbe nach § 200 (3) BauGB – Stand 31.12.2025

Das Baulandkataster Gewerbe wurde zum 31. Dezember 2025 fortgeschrieben. Es führt sofort oder in absehbarer Zeit bebaubare Flächen in Gewerbe-, Industrie-, Misch- oder Kerngebieten in einer Karte auf. Zusätzlich sind die Reserveflächen Gewerbe ohne Baurecht beziehungsweise ohne gesicherte Erschließung als Hinweis aufgenommen.

Das Kataster enthält keine personenbezogenen Daten.

Das Kataster zeigt 41 Grundstücke mit einer Gesamtfläche von 12,3 ha als Baulücken und Baugrundstücke mit Potential bezüglich Art und Maß der baulichen Nutzung. Im Vergleich zum Vorjahr wurden zwei Flächen an der Pommernstraße aus dem Baulandkataster Wohnen in das Baulandkataster Gewerbe übertragen, da sie in einem Mischgebiet liegen und überwiegend gewerblich bebaut werden sollen. Eine Fläche an der Neuweiherstraße in Frauenaurach wurde bebaut und ist dementsprechend aus dem Baulandkataster Gewerbe entfallen. Zudem wurde ein Grundstück am Heusteg ins öffentliche Baulandkataster Gewerbe aufgenommen. In der Summe erfolgte damit eine Zunahme von Flächen mit möglicher gewerblicher Bebauung von 0,4 ha.

Derzeit haben Eigentümer*innen von weiteren 15 Grundstücken mit einer Gesamtfläche von 14,6 ha einer Veröffentlichung ihrer Grundstücke im Baulandkataster Gewerbe widersprochen.
Damit werden im Baulandkataster Gewerbe flächenmäßig nur 46 % der Baulücken bzw. Flächen mit Potenzial dargestellt. Die Aussagekraft des Katasters wird dadurch geschmälert.

Die Möglichkeit des Widerspruchs bleibt für Eigentümer*innen bestehen. So werden eingehende Widersprüche bei der nächsten Fortschreibung (Stichtag 31.12.2027 – Neuauflage zukünftig nur noch alle 2 Jahre) berücksichtigt.

Das Baulandkataster Gewerbe kann im Amt für Stadtplanung und Mobilität und auf der Internetseite der Stadt Erlangen https://erlangen.de/aktuelles/baulandkataster_gewerbe eingesehen werden.

Werden auch die widersprochenen Grundstücke berücksichtigt, gibt es in Erlangen Baulücken und Potentialflächen mit einer Gesamtfläche von ca. 26,9 ha. Davon sind 6,3 ha im unbeplanten Innenbereich und 20,6 ha in Bebauungsplänen festgesetzten Gewerbe-, Industrie, Misch- oder Kerngebieten.
75 % der Grundstücksflächen der gewerblichen Baulücken und Potentialflächen werden mittel- bis langfristig als nicht verfügbar eingestuft (20,2 ha). Es handelt sich zum Beispiel um Betriebserweiterungsflächen und Baugrundstücke, die landwirtschaftlich genutzt werden.

Nur 25 % der Grundstücksflächen der gewerblichen Baulücken und Potentialflächen werden als grundsätzlich verfügbar angesehen (6,8 ha). Es werden aber nur wenige dieser Baulücken von den Grundstückseigentümer*innen aktiv auf dem Grundstücksmarkt angeboten.

Ausblick
Die Nachfrage nach Baugrundstücken für Gewerbe in Erlangen übersteigt das vorhandene Angebot bei Weitem. Die Situation hat bereits dazu geführt, dass Firmen aufgrund von fehlenden Erweiterungsmöglichkeiten aus Erlangen abgewandert sind.

Die Aktivierung und Entwicklung von Baulücken und Flächen mit Entwicklungspotenzial ist daher ein wesentlicher Schlüssel, um Unternehmen und Arbeitsplätze im Stadtgebiet anzusiedeln und zu erhalten. Auch wenn derzeit Gründe wie Preisvorstellungen, nicht realisierbare Entwicklungsabsichten, Vorbelastungen der Grundstücke oder die eigentumsrechtlichen Verhältnisse einer Entwicklung entgegenstehen, besteht die Möglichkeit, dass z. B. aufgrund veränderter Eigentumsverhältnisse oder rechtlicher und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen sich zukünftig Flächen entwickeln lassen, deren Entwicklung heute nicht möglich erscheint. Stadt- und Flächenentwicklung ist hier als mittel- bis langfristiger Prozess zu betrachten.

Derzeit wird zudem im Rahmen der Erarbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes (STEK) geprüft und diskutiert, wo, in welchem Umfang und unter welchen Bedingungen gegebenenfalls weitere Gewerbeflächen im Innen- und Außenbereich entstehen können.

Für die nächste Fortschreibung zeichnen sich bereits Veränderungen ab. So liegen für Baulücken Bauanträge vor und konkrete Bauvorhaben auf Baulücken sind in Vorbereitung.

Anlagen:
Anlage 1 –Neuauflage Baulandkataster Gewerbe nach § 200 (3) BauGB – Stand 31.12.2025

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
IV. Zum Vorgang

Ö 6.2

Anlage 1 - BV 611/272/2026

Dechsendorf
Heusteg
In der Reuth
Kosbach
Häusling
Büchenbach
Steudach
Schallershof
Bruck
Burgberg
Sieglitzhof
Röthelheimpark
Frauenaurach
Kriegenbrunn
Eltersdorf
Tennenlohe
Hüttendorf

Zeichenerklärung

- Stadtgrenze
- *Bruck* Ortsbezeichnungen
- Haupt– und Nebengebäude
- Geplante Bauvorhaben
- Flurstücksgrenze
- Hauptstr. Straßenbezeichnungen

Baulandkataster Gewerbe
einschließlich Sondergebiete

Klassische Baulücken
Definition: Unbebaute Grundstücke, die nach den §§ 30, 33 oder 34 BauGB sofort oder in unmittelbarer Zukunft bebaubar sind; die Erschließung ist gesichert, d.h. entweder schon vorhanden oder mit geringem Aufwand herstellbar;

Baugrundstücke mit Potential bezüglich des Maßes der baulichen Nutzung
Definition: Grundstücke, deren bauliche Nutzung erheblich unter dem Maß der zulässigen oder üblichen baulichen Nutzung liegt;

Baugrundstücke mit Potential bezüglich der Art der baulichen Nutzung
Definition: Grundstücke, deren Nutzung nicht der Umgebung entspricht; die Umnutzung ist aus städtebaulicher Sicht problemlos; es gibt allenfalls einen geringen Erschließungsaufwand und/oder es sind geringe bodenordnerische Maßnahmen notwendig;

Die Aufnahme von Flächen in das Baulandkataster erfolgt ohne Gewähr; eine Haftung dafür, dass die in das Kataster aufgenommenen Flächen sofort oder in absehbarer Zeit bebaubar sind, wird nicht übernommen.

Reserveflächen Gewerbe
einschließlich Sonderbauflächen

als Hinweis aufgenommen, nicht Teil des Baulandkatasters Gewerbe

Reserveflächen mit Baurecht, aber ohne gesicherte Erschließung
Definition: Flächen, die nach den §§ 30, 33 oder 34 BauGB bebaubar sind, deren Erschließung aber nicht gesichert ist;

Reserveflächen mit Bauerwartung aufgrund Darstellung im Flächennutzungsplan
Definition: Flächen ohne aktuelles Baurecht, aber mit Bauerwartung aufgrund der Darstellung als Bauflächen im Flächennutzungsplan;

Stadt Erlangen

Amt für Stadtplanung
und Mobilität

Baulandkataster Gewerbe
nach § 200 (3) BauGB

Stand: 31. Dezember 2025

0 500 1000 m
1:10.000

N

Geobasisdaten © Bayerische Vermessungsverwaltung 2026 - Darstellung der Flurkarte als Eigentumsnachweis nicht geeignet
Koordinatenbezugssystem: ETRS89 / UTM32

Ö 6.3

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
VI	Bearbeitungsstand Fraktionsanträge	**VI/307/2026**

Bearbeitungsstand Fraktionsanträge

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	17.11.2026	Ö	Kenntnisnahme	
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat	17.11.2026	Ö	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Die als Anlage beigefügte Übersicht zeigt den Bearbeitungsstand der Fraktionsanträge im Zuständigkeitsbereich des UVPA auf. Sie enthält Informationen der Amtsbereiche, für die der UVPA der zuständige Fachausschuss ist. Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Anlagen: Bearbeitungsstand Fraktionsanträge

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

Übersicht offene Fraktionsanträge zum UVPA 17.11.2026

Referat I / EB 77
Keine offenen Fraktionsanträge

Referat II / Amt 23

Antrag Nr.	Datum	Fraktion/Partei	Betreff	Zuständig	Status
038/2026	27.05.2026	CSU	Prüfung und Schaffung von Möglichkeiten zur Nutzung von Leerständen in der Altstadtmarkt passage durch ehrenamtliche Gruppierungen	II/CM	In Bearbeitung
109/2026	05.10.2026	Erlanger Linke	Antrag Nr. 109/2026 der erlanger Linke: Kein Ausverkauf des Tafelsilbers: Städtische Grund stücke behalten	II/23	Für UVPA am 17.11.2026 gemeldet

Referat VI und Amt 61

Antrag Nr.	Datum	Antragsteller/in Fraktion/Partei	Betreff	Zuständig	Status
050/2026	16.06.2026	SPD	Antrag: Eltersdorf Regnitzweg: Schlechte Sicht verbessern	VI/61	In Bearbeitung; Ortsbeiratssitzung findet am 10.11.2026 statt, Einbringung voraussichtlich Dezember 2026
055/2026	16.06.2026	SPD	Berichtsantrag für den UVPA: Falschparken, insbesondere an Schulen	VI/61	In Bearbeitung Abstimmung mit ZV KVÜ läuft, Einbringung ggf. Dezember 2026
074/2026	21.07.2026	SPD	Antrag: Entwicklung von Gewerbeflächen	VI/61	In Bearbeitung Für UVPA am 08.12.2026 vorgesehen

Übersicht offene Fraktionsanträge
zum UVPA 17.11.2026

085/2026	30.07.2026	SBR Alterlangen	Antrag: Einrichtung einer Schulstraße in der Hedenusstraße	VI/61	In Bearbeitung
093/2026	08.09.2026	SPD	Antrag: Schuhstraße	VI/61	In Bearbeitung
110/2026	06.10.2026	Freie Wähler	Antrag: Kostenfreies Parken bei Feuerwehr-fortbildung in der Parkanlage Michael-Vo-gel-Straße	VI/61	In Bearbeitung Für UVPA am 08.12.2026 vorgesehen
161/2026	13.10.2026	Grüne/GL	Haushalt 2027 – Antrag zur Haushaltskon-solidierung: VAG Rad – Kosten sparen statt Entfall	VI/61	UVPA am 17.11.2026 (enthalten im Abstimmungs-skript)
171/2026	13.10.2026	Grüne/GL	Haushalt 2027 – Antrag zur Haushaltskon-solidierung: Überführung Regnitzstadt in eine dafür ge-eignete Gesellschaft	VI/61	UVPA am 17.11.2026 (enthalten im Abstimmungs-kript)
189/2026	13.10.2026	Grüne/GL	Antrag zum Haushalt 2027 Neuer Punkt: Noch nicht in Einsparliste ent-halten Überprüfung und Anpassung Umlage Zweckverband StUB	VI/61	Für HFPA am 02.12.2026 und Stadtrat am 10.12.2026 vorgesehen

Referat VII / Amt 31

Antrag Nr.	Datum	Fraktion/Partei	Betreff	Zuständig	Status
042/2026	09.06.2026	SPD	Antrag: Artenschutzmaßnahmen bei städti-schen Töchtern	Amt 31	In Bearbeitung

Übersicht offene Fraktionsanträge
zum UVPA 17.11.2026

Antrag Nr.	Datum	Fraktion/Partei	Betreff	Zuständig	Status
042/2026	09.06.2026	SPD	Antrag: Artenschutzmaßnahmen bei städtischen Töchtern	Amt 31	In Bearbeitung
054/2026	16.06.2026	SPD	Antrag: Wässerwiesen erhalten und ausweiten – Biodiversität und Landwirtschaft stärken	Amt 31	In Bearbeitung
065/2026	08.07.2026	Grüne Liste	Antrag: Strategie für Kreislaufwirtschaft	Amt 31	In Bearbeitung
071/2026	14.07.2026	Grüne Liste	Antrag: Zeitplan zur Maßnahmenumsetzung für den Klima-Aufbruch	Amt 31	In Bearbeitung

Haushalt 2027
Anträge zum Arbeitsprogramm von Amt 31

120/2026	12.10.2026	SPD	Antrag zum Haushalt/Arbeitsprogramm Amt 31; Förderung Naturschutzarbeit: Anteil für Raummiete	Amt 31	Beschlussvorlage 31/323/2026 im UVPA am 17.11.2026

Referat VIII

Antrag Nr.	Datum	Fraktion/Partei	Betreff	Zuständig	Status
089/2026	17.09.2026	CSU/Grüne Liste	Antrag „Baum-Turbo“ mit Qualität statt Quantität	773	In Bearbeitung
090/2026	17.09.2026	CSU/Grüne Liste	Antrag für ein Beteiligungsprogramm für Begrünung und Klimaanpassung	773	In Bearbeitung

Übersicht offene Fraktionsanträge
zum UVPA 17.11.2026

Ö 6.4

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
VII/31	Amt für Umweltschutz und Energiefragen	**31/321/2026**

Informationen aus der Fluglärmkommission

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	17.11.2026	Ö	Kenntnisnahme	
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat	17.11.2026	Ö	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Unter TOP 20 „Anfragen“ der 6. Sitzung des Umweltverkehrs und Planungsausschusses und -beirats am 22.09.2026 wurde von Seiten des Ausschusses ein Bericht zur Fluglärmkommission (FLK), beispielsweise zum Zeitplan einer möglichen Flugroutenverlegung erbeten.

Die Sitzungen der FLK sind nicht öffentlich. Gemäß Geschäftsordnung der FLK berichtet der Vorsitzende über die Ergebnisse der FLK mittels Pressemitteilungen. Die aktuelle Pressemitteilung aus der 109. FLK vom 27.07.2026 ist dieser Mitteilung als Anlage angefügt. Dort finden sich auch Informationen zum derzeitigen Stand der alternativen Routenführung. Die dort genannte Berechnung durch die Deutsche Flugsicherung wird im Ergebnis in einer der nächsten FLK-Sitzungen vorgestellt. Die nächste Sitzung findet am 25.01.2027 statt. Weitere Informationen werden dann über den in der Geschäftsordnung geregelten Weg an die Öffentlichkeit gegeben bzw. über eine MzK an die entsprechenden Stadtratsgremien.

Für einen Inhaltlichen Austausch in öffentlichen Gremiensitzungen stehen der Fluglärmschutzbeauftragte des Luftamts Nordbayern sowie der Flughafen Nürnberg zur Verfügung.

Anlagen: Pressemitteilung zur 109. Sitzung der FLK

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

Ö 6.4

Fluglärmkommission Nürnberg berät über Lärmentlastung, Nachtflugentwicklung und neue Flugrouten

Die Fluglärmkommission Nürnberg hat sich in ihrer 109. Sitzung am Montag, 27. Juli 2026 am Albrecht Dürer Airport Nürnberg mit aktuellen Entwicklungen beim Fluglärm, der Verteilung nächtlicher Flugbewegungen sowie möglichen Maßnahmen zur weiteren Entlastung der Anwohnerinnen und Anwohner beschäftigt. Zudem standen turnusgemäße Neuwahlen des Vorstands an.

Die Fluglärmkommission ist das Beratungsorgan für die Genehmigungsbehörde des Flughafens Nürnberg (Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr), das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) sowie die Deutsche Flugsicherung (DFS). Die Aufgaben sowie die Zusammensetzung der Fluglärmkommission (ausführliche Bezeichnung „Kommission zum Schutz gegen Fluglärm und gegen Luftverunreinigungen durch Luftfahrzeuge für den Flughafen Nürnberg“) sind in § 32b Luftverkehrsgesetz geregelt. Sie besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Nürnberg, mehreren dem Flughafen unmittelbar benachbarten Städten und Gemeinden, der Flughafen Nürnberg GmbH, dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, der Fluglärm-Schutzgemeinschaft Nürnberg und Umgebung e.V., der IHK Nürnberg für Mittelfranken sowie drei Fluggesellschaften, denen der Flughafen als betriebliche Basis dient.

Entsprechend den Aufgaben jenseits des Fluglärmthemas wurde im Rahmen der Sitzung ein Antrag über Informationen zur Einrichtung von Messstellen für Ultrafeinstaub gestellt. Grundlage für diese Messstellen ist eine Vorgabe seitens der EU, deren Umsetzung in deutsches Recht jedoch noch aussteht.

Neuer Vorstand gewählt

Zu Beginn der Sitzung wurde der Vorstand neu gewählt. Zum Vorsitzenden wählten die Mitglieder Dr. Udo Raab, Leiter Standortpolitik und Unternehmensförderung der IHK Nürnberg für Mittelfranken, der Daniel F. Ulrich, dem ehemaligen Baureferent der Stadt Nürnberg, nachfolgt. Neue stellvertretende Vorsitzende ist die Nürnberger Stadträtin Catrin Seel. Das Amt des Schriftführers übernimmt weiterhin Mathias Kreitinger, Rechts- und Umweltreferent der Stadt Fürth.

Weniger Beschwerden trotz steigender Flugbewegungen

Der Fluglärmschutzbeauftragte Reiner Lux vom Luftamt Nordbayern stellte den Bericht zu den bei ihm in 2025 eingegangenen Beschwerden vor. Demnach ist die Zahl der Beschwerden gegenüber dem Vorjahr merklich zurückgegangen, obwohl die Flugbewegungen am Airport Nürnberg gestiegen waren.

Diskussion über nächtliche Startrichtungen

Ein weiterer Schwerpunkt war die Betriebsrichtungsverteilung bei nächtlichen Starts. Nach Angaben des Fluglärmschutzbeauftragten erfolgen in den Sommermonaten in den Kernnachtstunden zwischen 0 und 5 Uhr knapp 60 Prozent der Starts in Richtung Osten und rund 40 Prozent in Richtung Westen, denn Im Sommer treten im Gegensatz zum Winterhalbjahr verstärkt Ostwetterlagen auf. Aus der Kommission kam die Anregung, die nächtlichen Starts gleichmäßiger auf beide Richtungen zu verteilen. Eine solche Steuerung kann laut DFS aus Sicherheits- und betriebstechnischen Gründen allerdings nur in Ausnahmefällen erfolgen.

Alternative Route weiter geprüft

Ausführlich diskutierte die Kommission außerdem mögliche Varianten einer ausschließlich nachts nutzbaren Abflugstrecke über den Raum Erlangen und Herzogenaurach: Die Untersuchungen zeigen, dass eine weiter nach Westen verlagerte Flugroute zwar einzelne Bereiche entlasten könnte. Gleichzeitig würde die zu erwartende Streuung der Flugwege jedoch dazu führen, dass andere Siedlungsgebiete stärker betroffen wären. Die Kommission sprach sich deshalb für eine sogenannte NIROS-Berechnung durch die Deutsche Flugsicherung aus, um belastbare Daten über die Auswirkungen einer alternativen Streckenführung zu erhalten.

Flughafen berichtet über aktuelle Marktlage

Der Airport Nürnberg informierte über die aktuelle Geschäftsentwicklung und laufende Maßnahmen zur Reduzierung der Nachtflüge. Flughafengeschäftsführer Dr. Michael Hupe berichtete über das derzeit sehr herausfordernde Marktumfeld. Insbesondere der Iran-Krieg hatte zu einem deutlichen Rückgang der Reisebuchungen in den Monaten März und April geführt. Infolgedessen blieben auch die überwiegend touristisch geprägten Nachtflüge im zweiten Quartal dieses Jahres hinter den ursprünglichen Erwartungen zurück. Auch könnte sich die Erhöhung der Preisaufschläge für Nachtstarts zunehmend auf die Bewegungen auswirken.

Lärmentlastung durch mehrere Faktoren

Die stellvertretende Vorsitzende Catrin Seel zog als Fazit der Sitzung eine insgesamt positive Bilanz der aktuellen Entwicklung. Die Lärmentlastung für die Bevölkerung werde durch mehrere Faktoren begünstigt: höhere Entgelte für Fluggesellschaften, die nachts fliegen, den zunehmenden Einsatz moderner und leiser Flugzeuge sowie ein derzeit nur moderates Verkehrswachstum. Eine Arbeitsgruppe innerhalb der Fluglärmkommission erhielt den Auftrag, dieses Themenfeld zu vertiefen.

Ö 6.5

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
VII/31-2	Amt für Umweltschutz und Energiefragen	**31/324/2026**

Umweltrelevante Grundsatzbeschlüsse

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat	17.11.2026	Ö	Kenntnisnahme	
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	17.11.2026	Ö	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Die Auflistung der umweltrelevanten Grundsatzbeschlüsse dokumentiert die politischen und strategischen Bestrebungen der Stadt, sich verbindlich für den Schutz von Umwelt und Klima einzusetzen. Diese Grundsatzbeschlüsse findet insbesondere bei Planungen Beachtung. Die vorliegende Liste dient der Information über den aktuellen Stand.

Der Stadtrat der Stadt Erlangen hat durch städtische Grundsatzbeschlüsse Regelungen geschaffen, die neben dem auf höheren Ebenen festgelegtem Recht dem Natur-, Umwelt- und Klimaschutz dienen. Sie sind damit grundlegende und verpflichtende Vorgaben, die die Stadt langfristig lebenswert machen. Gleichzeitig sind sie wichtige Bausteine, um die Planungssicherheit von Projekten zu stärken und aufzuzeigen, wie sich die Stadt Erlangen zukunftsfähig entwickeln will.

Die rechtliche Umsetzbarkeit der städtischen Grundsatzbeschlüsse wird bei sämtlichen Planungen geprüft. Zu diesen Planungen zählen insbesondere Bauleitplan- sowie Baugenehmigungsverfahren – einschließlich der Anwendung des sogenannten Bau-Turbos. Sofern die Durchführbarkeit vorliegt, werden die Grundsatzbeschlüsse im weiteren Verlauf der Planungen berücksichtigt.

Anlage:

Umweltrelevante Grundsatzbeschlüsse Planung Amt 31

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

Umweltrelevante Grundsatzbeschlüsse Planung Amt 31

Was	Anmerkung
Nachhaltigkeitsstrategie	https://erlangen.de/uwao-api/faila/files/bypath/Dokumente/PDF-Formulare/31_Umweltamt/nachhaltigkeitsstrategie_der_stadt_erlangen.pdf
Kommunaler Wärmeplan	https://erlangen.de/aktuelles/waermeplanung
Hitzeaktionsplan	hitzeaktionsplan barrierefrei.pdf
Fahrplan Klima-Aufbruch (2022)	https://media.canvayo.com/uploads/sites/28bfe2237fc03404d6dcd483e7efa90f/2024/11/Klima-Aufbruch-Endbericht.pdf
Zweiter Statusbericht Klima-Aufbruch (Mai 2025)	https://ratsinfo.erlangen.de/to0050.asp?__ktonr=5069436
Klimaanpassungskonzept und räumliche Auswirkungen	https://erlangen.de/uwao-api/faila/files/bypath/Dokumente/PDF-Formulare/31_Umweltamt/31klima_B_Klimaanpassungskonzept_Stadt_Erlangen_Teil_A.pdf https://erlangen.de/uwao-api/faila/files/bypath/Dokumente/PDF-Formulare/31_Umweltamt/31klima_B_Klimaanpassungskonzept_Stadt_Erlangen_Teil_B.pdf https://erlangen.de/uwao-api/faila/files/bypath/Dokumente/PDF-Formulare/31_Umweltamt/31klima_B_Handout_KlAK.pdf
Klimafreundlicher Neubau für Wohn und Nichtwohngebäude	https://ratsinfo.erlangen.de/vo0050.asp?__kvonr=2137314
Leitfaden nachhaltige und energieeffiziente Gebäude - Bereich Städtische Gebäude	https://ratsinfo.erlangen.de/vo0050.asp?__kvonr=2137545
Solare Baupflicht (Regel-Festsetzung)	Federführend A61
Integration des Schwammstadtkonzeptes in Planungen und Vorhaben	https://ratsinfo.erlangen.de/vo0050.asp?__kvonr=2137545
Gewässerentwicklungsplan/Umsetzungskonzepte im Erlanger Stadtgebiet	Gewässer III. Ordnung (Stadt Erlangen)
Maßnahmen zur Verbesserung des städtischen Mikroklimas und der Fauna bei Neubau- und Sanierungsmaßnahmen durch das GME	https://ratsinfo.erlangen.de/vo0050.asp?__kvonr=2129601
Lärmaktionsplan 2024 inkl. ruhiger Gebiete	https://ratsinfo.erlangen.de/getfile.asp?id=18271057&type=do
Lichtleitlinie (2025)	https://erlangen.de/uwao-api/faila/files/bypath/Dokumente/PDF-

	Formulare/31_Umweltamt/lichtleitlinie.pdf?tn=1&q=normal&s=list
Biodiversitätsstrategie mit Biotopverbund-Konzept	In Erstellung
PV-Strategie	In Erstellung
Starkregengefahrenkarte	In Erstellung
Stadtbäume (EB 77)	Bei EB 77
Forstbetriebsplan (EB 77)	Bei EB 77

Ö 6.6

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
VI/24	Amt für Gebäudemanagement	**242/398/2026**

Antrag der SPD Fraktion 043/2026 Vogelschlag auch an städtischen Bestandsbauten vermeiden

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	06.10.2026	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	17.11.2026	Ö	Kenntnisnahme	
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat	17.11.2026	Ö	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

- Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.
- Der Antrag Nr. 043/2026 der SPD Fraktion vom 09.06.2026 bzgl. „Vogelschlag auch an städtischen Bestandsgebäuden vermeiden“ ist damit bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

Die Antragspunkte werden im Grundsatz bestätigt, bei Neubauten erfolgt daher bereits die Umsetzung entsprechender Maßnahmen. Die Hauptgefahr besteht jedoch an den Flächen der Bestandsgebäude. Hier ist es im Besonderen wichtig, dass die Stadt als Vorbild fungiert, um auch private Eigentümer für dieses Thema zu sensibilisieren, um mit relativ einfachen Mitteln hier einen Beitrag zum Tierwohl zu leisten.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

Die im Antrag genannte Zahl von Vogelschlag ist bislang nicht mit den Erfahrungen an städtischen Gebäuden vereinbar. Daher sollen zunächst die betroffenen Glasflächen erfasst werden, an denen erhöhter Vogelschlag registriert wurde. Anschließend erfolgt das Nachrüsten der Glasflächen mit geeigneter Folie (z.B. SEEN Punkte) gegen Vogelschlag.

3. Prozesse und Strukturen

Die Umsetzung kann unter Beachtung der Haushaltssituation und deren Vorgaben nur schrittweise und gezielt erfolgen, v.a. im Hinblick auf ansonsten bestehende aktuelle Pflichtaufgaben an Bestandsgebäuden, wie die grundsätzliche Erhaltung der Fenster bzw. der Funktionserhalt sowie die Nachrüstung von Sonnen- und ggfls. Blendschutz. Die Umsetzung erfolgt daher möglichst in paralleler Ausführung zu Unterhaltsarbeiten.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☐ *ja, positiv**
☐ *ja, negativ**
☒ *nein*

Wenn ja, negativ:
Bestehen alternative Handlungsoptionen?

☐ *ja**
☐ *nein**

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen
(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto: 521112
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

☐ werden nicht benötigt
☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
☒ sind beim GME derzeit nicht vorhanden

Anlagen: Antrag Nr. 043/2026 der SPD Fraktion

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb am 06.10.2026

Protokollvermerk:
Fr. Bock/Ref. VII stellt folgenden Änderungsantrag:

II. Begründung
1. Ergebnis/Wirkungen
Die Antragspunkte werden im Grundsatz bestätigt, bei Neubauten erfolgt daher bereits die Umsetzung entsprechender Maßnahmen. Die Hauptgefahr besteht jedoch an den Flächen der Bestandsgebäude. Hier ist es im Besonderen wichtig, dass die Stadt als Vorbild fungiert, um auch private Eigentümer für

dieses Thema zu sensibilisieren, um mit relativ einfachen Mitteln hier einen Beitrag zum Tierwohl, Artenschutz und Biodiversität zu leisten.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen
Die im Antrag genannte Zahl von Vogelschlag ist bislang nicht mit den Erfahrungen an städtischen Gebäuden vereinbar. Daher sollen zunächst die betroffenen Glasflächen erfasst werden, an denen erhöhter Vogelschlag registriert wurde oder eine hohe Gefährdungsbeurteilung (Größe und Gestaltung der Glasflächen, Transparenz bzw. Spiegelwirkung, angrenzende Vegetationsstrukturen sowie sonstige örtliche Gegebenheiten) vorliegt. Anschließend erfolgt das Nachrüsten der Glasflächen mit geeigneter Folie (z.B. SEEN Punkte) gegen Vogelschlag.

Diesem Änderungsantrag wird mit 12 gegen 0 Stimmen zugestimmt.
Dem Beschlussantrag wird ebenfalls mit 12 gegen 0 Stimmen zugestimmt.

Hr. Stadtrat Dr. Dees stellt den Antrag diesen TOP als Mitteilung zur Kenntnis im nächsten UVPA am 17.11.2026 vorzulegen.

Hiermit besteht einstimmig Einverständnis.

Ergebnis/Beschluss:

- Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.
- Der Antrag Nr. 043/2026 der SPD Fraktion vom 09.06.2026 bzgl. „Vogelschlag auch an städtischen Bestandsgebäuden vermeiden“ ist damit bearbeitet.

mit 12 gegen 0 Stimmen

Hr. Thurek	Fr. Oschmann
Vorsitzende/r	Schriftführer/in

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Ö 6.6

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen • Rathausplatz 1 • 91052 Erlangen

Oberbürgermeister Jörg Volleth
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO
Eingang: **09.06.2026**
Antragsnr.: **043/2026**
Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**
Zust. Referat: **VI / 24**
mit Referat:

09. Juni 2026

Antrag: Vogelschlag auch an städtischen Bestandsbauten vermeiden

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bei städtischen Neubauten werden inzwischen konsequent Markierungen angebracht, um Vogelschlag zu vermeiden und somit einen weiteren Beitrag zum Artenschutz zu leisten. Leider werden entsprechende Nacharbeiten an Bestandsgebäuden der Stadt bislang selbst bei Glasflächen mit besonders hoher Gefahr von Vogelschlag kaum bis gar nicht vorgenommen. Gerade bei großen Glasflächen sind jedoch Maßnahmen gegen Vogelanprall meist naturschutzfachlich notwendig.

Nach Einschätzung des Landesbunds für Vogel- und Naturschutz in Bayern e.V. sterben in Deutschland jährlich bis zu 100 Millionen Vögel infolge von Kollisionen mit Glasflächen. Besonders problematisch sind dabei sowohl transparente Glasflächen – etwa Glaswände an Bushaltestellen – als auch spiegelnde Glasfassaden, in denen sich Himmel, Bäume oder andere Landschaftselemente reflektieren. Mit zunehmender Größe der verglasten Fläche steigt auch das Risiko für Vogelschlag deutlich an.

Inzwischen liegt sogar eine Bewertungsmatrix vor, mit denen das Kollisionsrisiko einzelner Glasflächen oder zusammenhängender Glasfassaden abgeschätzt werden kann. Ebenso wurden verschiedene Schutzmaßnahmen auf ihre Wirksamkeit untersucht. Dabei hat sich gezeigt, dass aufgeklebte Vogelsilhouetten keinen wirksamen Schutz gegen Vogelschlag bieten – unabhängig von deren Farbe oder Gestaltung.

Um im Sinne von Biodiversität und Artenvielfalt voranzugehen, beantragt daher die SPD-Fraktion:

1. Die Nachrüstung von Glasflächen im Bestand mit Markierungen gegen Vogelschlag ist als Aufgabe von der Stadt umzusetzen.
   Angesichts der schlechten Haushaltssituation ist nur eine schrittweise Umsetzung möglich.
2. Die Verwaltung führt hierfür eine Priorisierung durch, wobei sowohl das Risiko als auch die Kosten für einzelne Flächen einbezogen werden. Insbesondere sind auch Synergieeffekte bei ohnehin anstehenden Arbeiten zu nutzen.
3. Die städtischen Töchter setzen dies ebenfalls bei ihren Bestandsbauten um.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Philipp Dees
Fraktionsvorsitzender

Dr. Andreas Richter
Sprecher für Umwelt und Klimaschutz

Katja Rabold-Knitter

f.d.R. Katja Rabold-Knitter
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

Ö 7

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
III/30; VI/61	Rechtsamt; Amt für Stadtplanung und Mobilität	**30/149/2026**

Änderung der Taxitarifordnung

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	17.11.2026	Ö	Gutachten	
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat	17.11.2026	Ö	Empfehlung	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	18.11.2026	Ö	Gutachten	
Stadtrat	26.11.2026	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

Bayerisches Landesamt für Maß und Gewicht, Industrie- und Handelskammer Nürnberg, Stadt Nürnberg, Stadt Fürth

I. Antrag

Die Verordnung zur Änderung der Verordnung über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für den Verkehr mit Taxen in der Stadt Erlangen (Taxitarifordnung) (Entwurf vom 16.10.2026, Anlage 1) wird beschlossen.

II. Begründung

Mit Schreiben vom 25.02.2026 beantragte die Taxi Erlangen e. G. Änderungen des örtlichen Taxitarifs. Die vorgeschlagene Preiserhöhung um ca. 5,3 % gegenüber dem seit 20.10.2025 geltenden Taxitarif liegt unter der ermittelten Kostensteigerung eines Taxiunternehmens, insbesondere mit Einbeziehung der seit Anfang März 2026 stark angestiegenen Kraftstoffpreise. Da der Taxitarif der Stadt Erlangen im Oktober 2025 geändert wurde, sind als Beobachtungszeitraum für die Preissteigerungen die Monate Oktober 2025 bis Mai 2026 zugrunde gelegt. Mit dem neuen Durchschnittspreis von 23,17 Euro, bezogen auf eine klassisches IHK-Standardfahrt (Grundpreis ohne Schalteinheit, 5 Besetztkilometer und 4 Minuten Wartezeit), würde die Stadt Erlangen im mittelfränkischen Tarifvergleich im oberen Bereich liegen. Die Anpassung des Taxitarifs erachtet die Verwaltung insbesondere aufgrund der stark angestiegenen Kraftstoffpreise als angemessen.
Die neu aufgenommene Vorschrift über Ordnungswidrigkeiten (§ 5) regelt die Ahndung von Verstößen gegen die Kernpflichten der Taxitarifordnung. Die Ermächtigung hierzu ergibt sich aus § 61 Abs. 1 Nr. 4 PBefG. Die Bestimmung dient dem Schutz des Verbrauchers, der Verbraucherin vor unzulässigen Preisabsprachen sowie der Sicherung eines fairen und geordneten Wettbewerbs innerhalb des lokalen Taxigewerbes. U.a. haben auch die Städte Nürnberg und Fürth jeweils eine derartige Regelung in ihren Verordnungen.
Alle erforderlichen Stellen wurden angehört und stimmen der Preisänderung zu. Auch in den Städten Nürnberg und Fürth lagen fast gleichlautende Anträge vor. In der Stadt Nürnberg und in der Stadt Fürth traten die Änderungen jeweils am 01.06.2026 in Kraft.

Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☒ *nein*

Haushaltsmittel

☒ werden nicht benötigt

Anlagen:

1. Verordnung zur Änderung der Verordnung über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für den Verkehr mit Taxen in der Stadt Erlangen (Taxitarifordnung), Entwurf vom 16.10.2026
2. Synopse

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Anlage 1
Entwurf vom 16.10.2026

Verordnung zur Änderung der Verordnung über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für den Verkehr mit Taxen in der Stadt Erlangen (Taxitarifordnung) vom 19. Juni 2008 (Die amtlichen Seiten Nr. 13 vom 26. Juni 2008), zuletzt geändert durch Änderungsverordnung vom 29. September 2025 (Die amtlichen Seiten Nr. 21 vom 9. Oktober 2025)

Die Stadt Erlangen erlässt aufgrund von § 51 Abs. 1 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. August 1990 (BGBl. I S. 1690), zuletzt geändert durch Art. 15 Infrastruktur-ZukunftsG vom 22. Juli 2026 (BGBl. 2026 I Nr. 224), und § 11 Nr. 1 der Delegationsverordnung (DeIV) vom 28. Januar 2014 (GVBl. S. 22, BayRS 103-2-V), zuletzt geändert durch § 3 der Verordnung vom 12. Mai 2026 (GVBl. S. 282), folgende Änderungsverordnung:

Art. 1

1. § 2 wird wie folgt geändert:
   a) In Abs. 1 wird der Betrag „4,70 Euro“ durch den Betrag „4,90 Euro“ und der Betrag „0,20 Euro“ durch den Betrag „0,30 Euro“ ersetzt.
   b) In Abs. 2 Nr. 1 wird der Betrag „4,90 Euro“ durch den Betrag „5,10 Euro“, die Angabe „40,82 Meter“ durch die Angabe „58,82 Meter“ und der Betrag „0,20 Euro“ durch den Betrag „0,30 Euro“ ersetzt.
   c) In Abs. 2 Nr. 2 wird der Betrag „2,60 Euro“ durch den Betrag „2,70 Euro“, die Angabe „76,92 Meter“ durch die Angabe „111,11 Meter“ und der Betrag „0,20 Euro“ durch den Betrag „0,30 Euro“ ersetzt.
   d) In Abs. 2 Nr. 3 wird der Betrag „2,10 Euro“ durch den Betrag „2,20 Euro“, die Angabe „95,24 Meter“ durch die Angabe „136,36 Meter“ und der Betrag „0,20 Euro“ durch den Betrag „0,30 Euro“ ersetzt.
   e) In Abs. 3 wird der Betrag „0,20 Euro“ durch den Betrag „0,30 Euro“, die Angabe „21,82 Sekunden“ durch die Angabe „27,00 Sekunden“ und der Betrag „33 Euro“ durch den Betrag „40,00 Euro“ ersetzt.
2. In § 3 Abs. 1 wird der Betrag „2,10 Euro“ durch den Betrag „2,20 Euro“ ersetzt.
3. Nach § 4 wird folgender § 5 neu eingefügt:

   „**§ 5 Ordnungswidrigkeiten**

   (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 61 Abs. 1 Nr. 4 PBefG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

   1. die in § 2 festgesetzten Beförderungsentgelte über- oder unterschreitet;
   2. entgegen § 2 Abs. 4 Nr. 4 den Fahrgast nicht vor Antritt der Fahrt auf den jeweils anfallenden Zonenzuschlag hinweist;
   3. entgegen § 2a Abs. 3 bei einer Festpreisvereinbarung den Tarifkorridor über- oder unterschreitet;
   4. entgegen § 2a Abs. 4 eine Fahrt zum Festpreis nicht vor Beginn der Beförderung im Fahrpreisanzeiger erfasst;
   5. entgegen § 2a Abs. 5 und 6 eine Fahrt zum Festpreis nicht oder nicht im vorgeschriebenen Umfang dokumentiert;
   6. entgegen § 4 Abs. 2 Fahrten im Rahmen einer vertraglichen Sondervereinbarung ohne die erforderliche Genehmigung durchführt;
   7. entgegen § 5 Abs. 4 die Verordnung nicht im Taxi mitführt oder den Fahrgästen auf Verlangen nicht vorzeigt;

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 61 Abs. 2 PBefG mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Euro geahndet werden.“

4. Der bisherige § 5 wird § 6.
5. Der bisherige § 6 wird § 7.

Art. 2

Diese Verordnung tritt am 21.12.2026 in Kraft.

Synoptische Darstellung der geänderten Vorschriften

Änderungen in **Fettdruck**; Überschriften sind unabhängig davon im Fettdruck.

Aktuelle Fassung	Geänderte Fassung
§ 2 Entgelte	**§ 2 Entgelte**
(1) Der Mindestfahrpreis für die Inanspruchnahme eines Taxis beträgt 4,70 Euro. In diesem Preis ist eine Fahrleistung von 0,20 Euro eingeschlossen. Der Grundpreis und eventuell bei dieser Fahrt zu erhebende Zuschläge sind auch dann zu entrichten, wenn die Fahrt aus Gründen, die der Besteller zu vertreten hat, nach der Auftragserteilung nicht durchgeführt wird.	(1) Der Mindestfahrpreis für die Inanspruchnahme eines Taxis beträgt **4,90 Euro**. In diesem Preis ist eine Fahrleistung von **0,30 Euro** eingeschlossen. Der Grundpreis und eventuell bei dieser Fahrt zu erhebende Zuschläge sind auch dann zu entrichten, wenn die Fahrt aus Gründen, die der Besteller zu vertreten hat, nach der Auftragserteilung nicht durchgeführt wird.
(2) Der Fahrpreis beträgt	(2) Der Fahrpreis beträgt
1. für den ersten gefahrenen Kilometer 4,90 Euro (je angefangene 40,82 Meter Fahrtstrecke 0,20 Euro); 2. für den zweiten bis einschließlich fünften Kilometer 2,60 Euro (je angefangene 76,92 Meter Fahrtstrecke 0,20 Euro); 3. für jeden weiteren Kilometer 2,10 Euro (je angefangene 95,24 Meter Fahrtstrecke 0,20 Euro).	1. für den ersten gefahrenen Kilometer **5,10 Euro** (je angefangene **58,82 Meter** Fahrtstrecke **0,30 Euro**); 2. für den zweiten bis einschließlich fünften Kilometer **2,70 Euro** (je angefangene **111,11 Meter** Fahrtstrecke **0,30 Euro**); 3. für jeden weiteren Kilometer **2,20 Euro** (je angefangene **136,36 Meter** Fahrtstrecke **0,30 Euro**).
(3) Für eine Wartezeit während der Dauer des Beförderungsvertrages dürfen 0,20 Euro je 21,82 Sekunden, das sind je Stunde 33 Euro, berechnet werden.	(3) Für eine Wartezeit während der Dauer des Beförderungsvertrages dürfen **0,30 Euro** je **27,00 Sekunden**, das sind je Stunde **40,00 Euro**, berechnet werden.
(4) Folgende Zuschläge werden erhoben: 1. Anforderung eines Kombifahrzeuges 3,00 Euro; 2. Anforderung eines Großraumfahrzeuges (mindestens fünf Fahrgastplätze) 7,50 Euro;	(4) Folgende Zuschläge werden erhoben: 1. Anforderung eines Kombifahrzeuges 3,00 Euro; 2. Anforderung eines Großraumfahrzeuges (mindestens fünf Fahrgastplätze) 7,50 Euro;

3. Anforderung eines Spezialtaxis zur Beförderung einer sitzenden Person im Klapp- oder Elektrorollstuhl 10,00 Euro; 4. Bei Beförderungsfahrten innerhalb des Pflichtfahrgebietes wird ein Zonenzuschlag erhoben, der sich in seiner Höhe nach der kleinsten bei dieser Fahrt besetzt berührten Zone richtet: Zone I: Kein Zuschlag Zone II: 7,50 Euro Zone III: 15,00 Euro Zone IV: 22,50 Euro Zone V: 30,00 Euro Zone VI: 37,50 Euro Der Fahrgast ist vor Antritt der Fahrt auf den anfallenden Zonenzuschlag hinzuweisen. 5. Bei Fahrten innerhalb des Pflichtfahrgebietes, die im Stadtgebiet Erlangen beginnen, das Stadtgebiet Erlangen verlassen und bei denen sich der Fahrgast wieder mit zum Ausgangspunkt der Fahrt, oder einem von der Fahrtstrecke her kürzer als der Ausgangspunkt der Fahrt befindlichem Ziel zurückbefördern lässt (Rückfahrt), wird die direkte, ununterbrochene Rückfahrt nicht berechnet, sondern pauschal ein Zuschlag von 6,00 € erhoben.	3. Anforderung eines Spezialtaxis zur Beförderung einer sitzenden Person im Klapp- oder Elektrorollstuhl 10,00 Euro; 4. Bei Beförderungsfahrten innerhalb des Pflichtfahrgebietes wird ein Zonenzuschlag erhoben, der sich in seiner Höhe nach der kleinsten bei dieser Fahrt besetzt berührten Zone richtet: Zone I: Kein Zuschlag Zone II: 7,50 Euro Zone III: 15,00 Euro Zone IV: 22,50 Euro Zone V: 30,00 Euro Zone VI: 37,50 Euro Der Fahrgast ist vor Antritt der Fahrt auf den anfallenden Zonenzuschlag hinzuweisen. 5. Bei Fahrten innerhalb des Pflichtfahrgebietes, die im Stadtgebiet Erlangen beginnen, das Stadtgebiet Erlangen verlassen und bei denen sich der Fahrgast wieder mit zum Ausgangspunkt der Fahrt, oder einem von der Fahrtstrecke her kürzer als der Ausgangspunkt der Fahrt befindlichem Ziel zurückbefördern lässt (Rückfahrt), wird die direkte, ununterbrochene Rückfahrt nicht berechnet, sondern pauschal ein Zuschlag von 6,00 € erhoben.
§ 3 Störungen der Taxameteruhr (1) Bei Störungen der Taxameteruhr ist der Beförderungspreis nach den tatsächlich gefahrenen Kilometern (lt. Kilometerzähler des Fahrzeugs) zu berechnen. Der Berechnungspreis von 2,10 Euro je Besetztkilometer ist zu Grunde zu legen. (2) In diesem Fall wird eine Wartezeit bis zu fünf Minuten nicht berechnet. Wird die Wartezeit von fünf Minuten überschritten, so wird für die ganze Wartezeit ein Entgelt nach § 2 Abs. 3 berechnet.	**§ 3 Störungen der Taxameteruhr** (1) Bei Störungen der Taxameteruhr ist der Beförderungspreis nach den tatsächlich gefahrenen Kilometern (lt. Kilometerzähler des Fahrzeugs) zu berechnen. Der Berechnungspreis von **2,20 Euro** je Besetztkilometer ist zu Grunde zu legen. (2) In diesem Fall wird eine Wartezeit bis zu fünf Minuten nicht berechnet. Wird die Wartezeit von fünf Minuten überschritten, so wird für die ganze Wartezeit ein Entgelt nach § 2 Abs. 3 berechnet

(3) § 2 Abs. 4 ist entsprechend anzuwenden	(3) § 2 Abs. 4 ist entsprechend anzuwenden
	§ 5 Ordnungswidrigkeiten **(1) Ordnungswidrig im Sinne des § 61 Abs. 1 Nr. 4 PBefG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig** **1. die in § 2 festgesetzten Beförderungsentgelte über- oder unterschreitet;** **2. entgegen § 2 Abs. 4 Nr. 4 den Fahrgast nicht vor Antritt der Fahrt auf den jeweils anfallenden Zonenzuschlag hinweist;** **3. entgegen § 2a Abs. 3 bei einer Festpreisvereinbarung den Tarifkorridor unter- oder überschreitet;** **4. entgegen § 2a Abs. 4 eine Fahrt zum Festpreis nicht vor Beginn der Beförderung im Fahrpreisanzeiger erfasst;** **5. entgegen § 2a Abs. 5 und 6 eine Fahrt zum Festpreis nicht oder nicht im vorgeschriebenen Umfang dokumentiert;** **6. entgegen § 4 Abs. 2 Fahrten im Rahmen einer vertraglichen Sondervereinbarung ohne die erforderliche Genehmigung durchführt;** **7. entgegen § 5 Abs. 4 die Verordnung nicht im Taxi mitführt oder den Fahrgästen auf Verlangen nicht vorzeigt;** **(2) Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 61 Abs. 2 PBefG mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Euro geahndet werden.“**
§ 5 Allgemeine Vorschriften (1) Die in dieser Verordnung festgesetzten Beförderungsentgelte dürfen nicht über- oder unterschritten werden. (2) Entgelte für Sonderleistungen, die vom Fahrgast zusätzlich zur Personenbeförderung gewünscht werden, sind vor Antritt der Fahrt zu vereinbaren.	**§ 6 Allgemeine Vorschriften** (1) Die in dieser Verordnung festgesetzten Beförderungsentgelte dürfen nicht über- oder unterschritten werden. (2) Entgelte für Sonderleistungen, die vom Fahrgast zusätzlich zur Personenbeförderung gewünscht werden, sind vor Antritt der Fahrt zu vereinbaren.

(3) Sofern der Fahrgast nichts anderes bestimmt, hat der Fahrer den kürzesten Weg zum Fahrtziel zu wählen, es sei denn, dass ein anderer Weg verkehrs- oder preisgünstiger ist und mit dem Fahrgast vereinbart wird (§ 38 BOKraft). Beim Ein- und Aussteigen sowie beim Aus- und Abladen des Gepäcks, hat der Fahrer dem Fahrgast behilflich zu sein. Der Fahrgast muss den auf der Taxameteruhr angezeigten Beförderungspreis jederzeit ablesen können.	(3) Sofern der Fahrgast nichts anderes bestimmt, hat der Fahrer den kürzesten Weg zum Fahrtziel zu wählen, es sei denn, dass ein anderer Weg verkehrs- oder preisgünstiger ist und mit dem Fahrgast vereinbart wird (§ 38 BOKraft). Beim Ein- und Aussteigen sowie beim Aus- und Abladen des Gepäcks, hat der Fahrer dem Fahrgast behilflich zu sein. Der Fahrgast muss den auf der Taxameteruhr angezeigten Beförderungspreis jederzeit ablesen können.
(4) Der Fahrer hat eine Ausfertigung dieser Verordnung mitzuführen. Den Fahrgästen ist auf Verlangen Einsicht zu gewähren (§ 10 BOKraft).	(4) Der Fahrer hat eine Ausfertigung dieser Verordnung mitzuführen. Den Fahrgästen ist auf Verlangen Einsicht zu gewähren (§ 10 BOKraft).
§ 6 Inkrafttreten	**§ 7 Inkrafttreten**
Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2008 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für den Verkehr mit Taxen in der Stadt Erlangen vom 1. März 2006 außer Kraft.	Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2008 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für den Verkehr mit Taxen in der Stadt Erlangen vom 1. März 2006 außer Kraft.

Ö 8

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
VI/61	Amt für Stadtplanung und Mobilität	**613/394/2026/1**

RSV Erlangen-Herzogenaurach, hier: Vorplanung

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat	17.11.2026	Ö	Empfehlung	
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	17.11.2026	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

66, 31, 23, EBE, EB77, Inklusionsbeauftrage, ZV StUB
Stadt Herzogenaurach
20 z.K.

StBR Anger, StBR Bruck, OBR Frauenaurach, OBR Kriegenbrunn jeweils zur Info

I. Antrag

1. Die Vorplanung der Radschnellverbindung Erlangen-Herzogenaurach wird beschlossen.
2. Der Aufnahme der nächsten Planungsstufe 2 (HOAI-Leistungsphase 3) und der dazugehörigen Gutachten wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das eisenbahnrechtliche Freistellungsverfahren für den benötigten Abschnitt der ehemaligen Aurachtalbahntrasse einzuleiten.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Nach Zusage der Förderung durch den Bund gemäß der Verwaltungsvereinbarung Radschnellwege 2017-2030 (Förderquote 75 %) wurde die Verwaltung beauftragt, die Planung für die Radschnellverbindung (RSV) zwischen Erlangen und Herzogenaurach aufzunehmen. Nach der erfolgreichen Vergabe der Planungsleistungen wurde im 1. Quartal 2024 mit der Planungsstufe 1, die die Leistungsphasen 1 + 2 nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) beinhaltet, begonnen.

Ziel der ersten Planungsstufe ist es, in einer Variantenuntersuchung die Vorzugstrasse anhand klarer Kriterien zu definieren und das grundlegende Planungskonzept zu erstellen. Die Variantenuntersuchung fokussierte sich dabei auf kleinräumige Varianten, da mit der Machbarkeitsstudie „Radschnellverbindungen Nürnberg, Fürth, Erlangen, Herzogenaurach, Schwabach und umgebende Landkreise“ von 2017 bereits großräumige Varianten untersucht und Vorzugstrassen definiert wurden. Das Planungskonzept fußt auf dem aktuellen Stand der Technik, den gültigen Rechtsvorschriften sowie den Vorgaben der Förderrichtlinie. Die folgenden Ausführungen erläutern die zentralen Planungsergebnisse, die mit den Lageplänen in zeichnerischer Form zum Beschluss vorliegen (siehe Anlage 1).

Die nun anschließende Planungsphase (HOAI-Leistungsphase 3, d.h. Entwurfsplanung) ist ein wichtiger Meilenstein, da die Entwurfsplanung als belastbare Verhandlungsgrundlage für Gespräche mit

Dritten (u. a. Autobahn GmbH, DB, Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung) zu Genehmigungsprozessen, Umsetzung und Finanzierung dient.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen
(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Variantenbewertung und Findung der Vorzugstrasse

Der 11,5 km lange Trassenkorridor wurde zu Beginn in 22 Abschnitte unterteilt. Innerhalb dieser Abschnitte wurden bis zu drei Varianten vertieft untersucht, die in Anlage 2 kartographisch dargestellt sind. Die Analyse wurde anschließend in eine umfassende Bewertungsmatrix überführt und bepunktet (siehe Anlage 3). In den drei Themenschwerpunkten Infrastruktur und Verkehr, Umwelt sowie Bau- und Kostenaufwand wurden 20 Bewertungskriterien bewertet und flossen in das Gesamtbewertungsergebnis ein. Zusätzlich wurde auf die Unterscheidung der Lage in Stadtraum und Naturraum Rücksicht genommen.

Im Gesamtergebnis wurde so eine Vorzugstrasse definiert. Diese sieht die Führung wie folgt vor:
- Beginn an der Gleisunterführung parallel der Werner-von-Siemens-Straße
- Michael-Vogel-Straße
- Brucker Radweg
- Am Brucker Bahnhof
- Wladimirstraße
- Radwegbrücke über A 73
- Gleisparalleler Weg zwischen Birkenstraße und Fürther Straße
- Landwirtschaftlicher Weg am Fuß des Bahndamms
- Radwegbrücke über Kraftwerkstraße und Main-Donau-Kanal
- Bahnhofsgelände Frauenaurach
- Aurachtalbahntrasse zwischen Frauenaurach und Kriegenbrunn
- Landwirtschaftlicher Weg parallel der ehemaligen Aurachtalbahn (inkl. Bieberweg und Vacher Straße) bis Galgenhofer Straße
- Ende am Knoten Hans-Maier-Straße/Galgenhofer Straße

Auf einige Planungsergebnisse soll hier, aufgrund ihrer Auswirkungen auf die Planung im Detail eingegangen werden. Grafische Darstellungen sind Anlage 4 zu entnehmen.

Erstens wurden die Endpunkte der ursprünglichen Trasse um einige Meter zurückversetzt.
Der Erlanger Endpunkt wurde vom Knoten Werner-von-Siemens-Straße/Nürnberger Straße um ca. 260 m zurückverlegt und liegt nun am östlichen Ende der Gleisunterquerung. Um die Nägelsbachstraße mit ausreichendem Standard zu queren wäre ein zusätzliches Brückenbauwerk auf der Südseite der Werner-von-Siemens-Straße nötig, da das nordseitige Bauwerk nicht weiter verbreitert werden kann. Aufgrund des potenziell nötigen Eingriffs in den ebenfalls von der StUB beplanten Knoten Werner-von-Siemens-Straße/Nürnberger Straße wird hier die Planung zurückgestellt, bis die StUB-Planung für diesen Bereich abgeschlossen ist. Sollte unter Berücksichtigung der StUB-Planung keine RSV-taugliche Querung hergestellt werden können, soll der Anschluss der RSV an die Innenstadt aufgefächert werden, d.h. auf mehrere Routen mit geringerem Ausbaustandard (vorzugsweise als Radvorrangroute (RVR)) ausgewichen werden.
Der Endpunkt in Herzogenaurach wurde vom Knoten Hans-Maier-Straße/Bahnhofsstraße zum Knoten Hans-Maier-Straße/Galgenhofer Straße zurückverlegt (ca. 500 m), da unter Berücksichtigung der StUB-Trasse und des Gewässerschutzes im Überflutungsberiecht der Mittleren Aurach ein Ausbau auf RSV-Standard schwierig ist. Das Ende wird ebenfalls aufgefächert und über verschiedene Routen an das Radverkehrsnetz der Stadt Herzogenaurach angebunden.

Zweitens der Knoten Felix-Klein-Straße/Am Brucker Bahnhof. Die Einbindung des Brucker Radwegs in den Knoten ist aufgrund der seitlich versetzten Lage zur Straße Am Brucker Bahnhof sowie der vorhandenen Busbeschleunigung weder planerisch trivial noch nutzerseitig intuitiv verständlich. Die

planerische Vorzugsvariante wäre die Einbindung des Brucker Radwegs als echter Knotenarm, der bis zur Einfahrt des hinter dem Autohaus liegenden Grundstücks als Fahrradstraße mit „Anlieger frei“ geführt würde. Da hierzu jedoch in die Zufahrt und Parkplatzfläche des Autohauses eingegriffen werden müsste, wurde eine Variante erarbeitet, die ohne Eingriff in die privaten Zufahrten umgesetzt werden kann.

Drittens die Überquerung der Kraftwerkstraße und des Main-Donau-Kanals. Um einen eigenständigen Brückenneubau zu vermeiden, wurde die Möglichkeit einer Verlagerung der RSV-Trasse auf die vorhandenen Brücken der Sylvaniastraße geprüft. Dazu würde die südliche Fahrspur als zwei-Richtungs-Radweg genutzt, während eine Engstellensignalisierung den Kfz-Verkehr auf der nördlichen Fahrspur regeln würde (d.h. beide Fahrtrichtungen würden ampelgesteuert abwechselnd dieselbe Fahrspur nutzen). Hierzu wurden zwei HBS-Berechnung durchgeführt, die eine prinzipielle Machbarkeit bestätigen, die mittlere Wartezeit für den Kfz-Verkehr betrüge in der Spitzenstunde knapp 42 Sekunden. Da die Lösung mittels Engstellensignalisierung von Straßenverkehrsbehörde und Anwohnern abgelehnt wird sieht der aktuelle Planstand weiterhin die Lösung mittels Brückenneubau vor, die in der Wertungsmatrix aufgrund der Bau- und Unterhaltskosten sowie dem Eingriff in den Naturraum schlechter abschneidet.

Viertens bestehen rechtliche Widersprüche zwischen einer straßenrechtlich zu widmenden Radverbindung und einer eisenbahnrechtlichen Widmung. In den Bereichen, in denen zwar in das gewidmete Flurstück, aber nicht in den Gleisbereich eingegriffen wird (v.a. Verbreiterung des Brucker Radwegs & des bahnparallelen Wegs östlich der Fürther Straße), ist nach erster Stellungnahme der DB eine Lösung möglich.
Im Abschnitt Frauenaurach-Kriegenbrunn ist die ursprünglich geplante Lösung mit einem im Falle einer Reaktivierung rück- bzw. umbaupflichtigen Weg aufgrund straßen- und eisenbahnrechtlicher Schwierigkeiten nicht umsetzbar. Hier muss nach gegenwärtiger Rechtslage die stillgelegte Aurachtalbahntrasse erst mittels eines Planfeststellungsverfahrens von Bahnbetriebszwecken freigestellt („entwidmet“) werden. Da dieses eine notwendige Vorbedingung der Baurechtsschaffung ist, muss dieses Verfahren aufgrund der möglichen Dauer baldmöglichst eingeleitet werden. Die Stadt Erlangen ist hierbei nach § 23 (2a) AEG auch ohne vorher erfolgten Grunderwerb als Gemeinde antragsberechtig.
Im Verkauf der Bahntrasse westlich von Kriegenbrunn ist kein Eingriff in den Gleisbereich nötig. Eingriffe in das Bahnflurstück werden hier soweit möglich minimiert.

Planungskonzept der Vorplanung

Fokus Radverkehr

Aufbauend auf die damit festgelegte Vorzugsvariante wurde ein durchgehendes Planungskonzept erarbeitet, das zusätzlich zur folgenden textlichen Ausführung den Lageplänen entnommen werden kann (Anlage 1).
Die RSV beginnt mit der bereits auf RSV-Standard ausgebauten Gleisunterführung und biegt am Zentralfriedhof in südlicher Richtung auf die Michael-Vogel-Straße ein. Die bestehende Fahrradstraße wird um den nördlichen Abschnitt (von der Fließbachstraße zum Schnittpunkt mit dem Radweg nördlich des Friedhofs) erweitert. Die Fahrradstraße Michael-Vogel-Straße wird entsprechend des städtischen „Leitfadens für Fahrradstraßen“ umgestaltet. Der Brucker Radweg wird mittels einer Stützmauer in Richtung der Bahngleise verbreitert. Im Abschnitt Am Brucker Bahnhof bis Wladimirstraße wird die RSV als Fahrradstraße geführt. An der Einmündung des Remarwegs wird die Trasse über einen Kreisverkehr von der Fahrbahn getrennt und quert als eigenständiger Radweg die Tennenloher Straße. Die bestehende, aber deutlich zu schmale Fuß-/Radwegebrücke über die A 73 wird mit einem Ersatzneubau ersetzt, der neben der Gleisbrücke auf den Birkenweg trifft. Zwischen Birkenweg und Fürther Straße wird der Weg analog zum Brucker Radweg mittels einer Stützmauer in Richtung Gleise verbreitert. Die Querung der Fürther Straße wird aus Gründen der Verkehrssicherheit mit einer LSA geregelt.

Die RSV erhält eine eigene Regnitzquerung, die im Wiesengrund auf den auszubauenden landwirtschaftlichen Weg trifft. Nach der Wiesengrundquerung wird ein straßenbegleitender Radweg mit eigenen Brückenbauwerken auf der Südseite der Sylvaniastraße geschaffen. Eine neue Querungshilfe auf der Kanal-Westseite erleichtert die Anbindung an den Kanalbetriebsweg (Trasse des künftigen Metropolradwegs Nürnberg-Bamberg). Nach einem kurzen Abschnitt als Fahrradstraße über das Bahnhofsgelände in Frauenaurach quert die RSV-Trasse die Sylvaniastraße im Bereich des ehemaligen Bahnübergangs und setzt sich erneut als straßenbegleitender Radweg entlang der Sylvania- und Hüttendorfer Straße bis zum Ortseingang Kriegenbrunn fort. Durch Kriegenbrunn wird die RSV über die Londoner, Wallenstein- und Gustav-Adolf-Straße als Fahrradstraße geführt. Am ehemaligen Bahnübergang in der Kriegenbrunner Straße setzt sich die Trasse auf dem auszubauenden landwirtschaftlichen Weg fort. Nach der Stadtgrenze geht der Weg in den Bieberweg in Niederndorf über, der als Fahrradstraße umgestaltet wird. An der Vacher Straße besteht ein Anschluss an die vom Staatlichen Bauamt Nürnberg geplante Radverbindung Niederndorf-Vach. Im Anschluss setzt sich der Ausbau des landwirtschaftlichen Weges an Hauptendorf vorbei bis zum Endpunkt am Knoten Hans-Maier-Straße/Galgenhofer Straße am Schaeffler-Osttor fort.

Fokus Fußverkehr

Gemäß den anerkannten Regeln der Technik ist entlang der RSV der Fußverkehr getrennt zu führen. Eine gemeinsame Führung ist nur außerorts und bei entsprechend schwacher Fußverkehrsfrequenz zulässig. Innerorts wird der Fußverkehr prinzipiell auf den bestehenden Gehwegen geführt. Wo möglich wird eine Verbreiterung des Gehweges eingeplant, um die notwendige sichere Führung herzustellen. Besonders Schulwege finden bei der Planung Berücksichtigung. Schwachstellen im Fußverkehrsnetz können durch die Planung der RSV optimiert werden. Somit sind zu Fuß Gehende als schwächste Verkehrsteilnehmer ebenfalls Profiteure der RSV-Planung.

Der Ausbau des bereits im Bestand sehr stark von Radfahrenden und zu Fuß Gehenden frequentierten Brucker Radwegs gehört durch die höhere Breite und klare Trennung zwischen Fuß- und Radverkehr zu den Teilprojekten mit dem größten Mehrwert für den Fußverkehr. Selbiges gilt für den (allerdings etwas weniger frequentierten) gleisparallelen Weg zwischen Birkenweg und Fürther Straße. Weitere Projekte mit deutlichem Mehrwert für den Fußverkehr sind der Neubau einer Regnitzbrücke für den Radverkehr, wodurch die bestehende barrierefreie Rampe ausschließlich dem Fußverkehr vorbehalten bleibt, sowie der Neubau der Brücken über Main-Donau-Kanal und Kraftwerkstraße, durch die sich auch die Fußverkehrsverbindung von Frauenaurach in den Wiesengrund verbessert. Auch der Ausbau der landwirtschaftlichen Wege im Wiesengrund und Aurachtal hat positive Auswirkungen auf den Fußverkehr, da auch hier eine Entflechtung vom Radverkehr vorgesehen ist. Zudem wird auch der Begegnungsverkehr mit dem hier zugelassenen landwirtschaftlichen Verkehr sicherer, da mehr Platz zum Ausweichen vorhanden ist.

Fokus ÖPNV

Durch die direkte Anbindung des S-Bahnhofs Erlangen-Bruck verbessert sich insbesondere für Frauenaurach, Kriegenbrunn und den Südwesten Brucks die intermodale Anbindung an den Schienenpersonennahverkehr.

Im Bereich der Straße Am Brucker Bahnhof besteht einerseits eine gute Anbindung an eine wichtige Haltestelle des Busnetzes, andererseits ergeben sich durch die Einbindung der RSV in den dortigen Knoten gegebenenfalls Einschränkungen für die bestehende ÖPNV-Beschleunigung in der Signalisierung. Diese muss in den anstehenden Planungsphasen weiter optimiert werden.

Fokus fließender und parkender Kfz-Verkehr

Der fließende Kfz-Verkehr wird entlang der RSV weiter wie im Bestand geführt. Anpassungen gibt es an Stellen, wo sie zur Erhöhung der Sicherheit und der Qualität der RSV sowie zur Erfüllung der Richtlinienkonformität notwendig sind. Durch geeignete Infrastruktur sollen Durchgangs- oder Schleichverkehre auf den Teilen der RSV ausgeschlossen werden, in der eine Mischnutzung mittels Fahrradstraße geplant wird. Dies bietet darüber hinaus den Vorteil, dass neben dem Radverkehr, auch die

Haupt- und Durchgangs-Kfz-Verkehre auf den für diese Nutzung zur Verfügung stehenden Straßen gebündelt und Anwohner von Verkehrslärm entlastet werden. Die Erreichbarkeit für den Quell- und Zielverkehr ist weiterhin gegeben.

In der Michael-Vogel-Straße soll die zuletzt mit BV 613/172/2022 beschlossene Einrichtungsführung für den Kfz-Verkehr umgesetzt werden, was gemeinsam mit einer Reduktion des Fahrbahnrandparkens eine besser einsehbare und damit sicherere Straße bewirkt. In Bereichen mit neu anzuordnenden Fahrradstraßen (vor allem Kriegenbrunn) ist ebenfalls zu prüfen, ob bisher mögliches Parken am Fahrbahnrand entfallen muss. Durch die Anlage eines Kreisverkehrs an der Einmündung Remarweg/Wladirmirstraße und die Trennung der RSV von der Wladimirstraße westlich davon muss eine geringe Anzahl an Stellplätzen in den Senkrechtparkbuchten entfallen.

Fokus landwirtschaftlicher Verkehr

Durch den Ausbau der landwirtschaftlichen Wege im Wiesengrund sowie entlang der Aurach entstehen auch für den landwirtschaftlichen Verkehr Vorteile, da durch die erhöhte Breite der Begegnungsfall mit Radfahrenden sicherer abzuwickeln ist. Bei einem Regelausbau auf volle 6 m Breite (4m Radweg, 2m Gehweg) ist zudem auch ohne weiteres der Begegnungsfall zwischen zwei landwirtschaftlichen Fahrzeugen möglich.

Fokus Umwelt

In der Planung der RSV wird aktiv darauf geachtet, unnötige Versiegelungen zu vermeiden und Chancen der Entsiegelung zu ergreifen. Wo möglich, werden Baumneupflanzungen eingeplant. Nichtsdestotrotz handelt es sich um eine Ausbauplanung, die daher auch mit einer zusätzlichen Flächenversiegelung und im unvermeidbaren Ausnahmefall auch mit Baumfällungen einher geht. Beides geschieht gemäß Planungsrecht nur im Einklang mit dem Umweltgutachten, das parallel und in Abstimmung mit der vorliegenden Planung erstellt wird.
Entsiegelungspotential besteht hierbei vorrangig auf dem Bahnhofsvorplatz Frauenaurach, wo im Zuge der Neuanlage des Weges auch bestehende, aber nicht mehr benötigte Asphaltflächen entfernt werden können. An der Kreuzung Michael-Vogel-Straße/Fließbachstraße besteht durch die Umlegung des Parkplatzes die Möglichkeit, diesen stellenweise zu entsiegeln und zu begrünen.
Zudem wurde eine Nachhaltigkeitsbewertung des Gesamtprojekts (Trasse Erlangen-Herzogenaurach und Erlangen-Nürnberg) durchgeführt, aus der sich weitere Handlungsempfehlungen ergaben. Diese werden soweit technisch und wirtschaftlich möglich berücksichtigt.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Das vorliegende Planungskonzept wurde im Vorfeld mit den entsprechend zu beteiligenden Dienststellen abgestimmt. Die Stellungnahmen, deren Inhalt sich auf den jetzigen Planungsstand bezogen, wurden bereits berücksichtigt. Alle weiteren Anmerkungen werden in der nächsten Planungsphase bearbeitet. Die Vorzugstrasse und das Planungskonzept wurden am 21.11.2024 in der AG Rad den Teilnehmenden vorgestellt. Die Öffentlichkeit wurde über Präsentationen in der öffentlichen Sitzung des Stadtteilbeirats Anger/Bruck am 25.03.2025, im Ortsbeirat Kriegenbrunn am 19.03.2025 und im Ortsbeirat Frauenaurach/Neuses am 26.03.2025 über die Vorzugstrasse und das Planungskonzept informiert. Die Herzogenauracher Öffentlichkeit wurde bei der Sitzung des dortigen Planungs- und Umweltausschusses am 08.04.2025 informiert. Vorschläge aus den Veranstaltungen zur kleinräumigen Trassenführung konnten noch in die Variantenuntersuchung aufgenommen und bewertet werden. Rückmeldungen zum Planungskonzept wurden geprüft und bestmöglich berücksichtigt.
Im September und Oktober 2025 wurden die fortgeschrittenen Planungen erneut mittels mehrstündiger Infostände und Befahrungen der Öffentlichkeit vorgestellt und weitere Anregungen aufgenommen (Erlangen Zentrum (Infostand auf dem Mobilitätstag am Rathaus) am 17.09.2025; Herzogenaurach (nur Befahrung) am 29.09.2025; Anger/Bruck am 01.10.2025; Kriegenbrunn/Frauenaurach am 15.10.2025).

Mit Aufnahme der nächsten Planungsstufe wird auf Grundlage der Vorplanung bis voraussichtlich zum 2. Quartal 2028 der Entwurf erarbeitet und die dazugehörigen Gutachten erstellt (unter anderem Sicherheitsaudit, Kampfmittelvorerkundung, Baugrundgutachten). Im Zuge dieser Phase wird geplant, die Trasse mit der interessierten Öffentlichkeit erneut zu begehen oder zu befahren, um die Planungen im Detail erläutern zu können.

Die Abstimmung mit dem ZV StUB (Projektüberschneidungen im Stadtgebiet Herzogenaurach) und der Stadt Herzogenaurach werden fortgeführt. Zudem steht die Verwaltung im Austausch mit der zuständigen Planfeststellungsbehörde, der Regierung von Mittelfranken, um das geeignete Verfahren zur Baurechtsschaffung zu fixieren.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass eine Umsetzung auf eisenbahnrechtlich gewidmeten Flurstücken nur nach vorangehender Freistellung des betreffenden Grundstücks beziehungsweise Grundstücksteils von Bahnbetriebszwecken möglich ist. Im Vorfeld sind die Planungseingriffe daher zwischen mit der Deutschen Bahn abzustimmen sowie die entsprechenden Anträge auf Freistellung beim Eisenbahnbundesamt in Nürnberg zu stellen. Dies stellt eine zwingende Voraussetzung dar, um die spätere Durchführung des Grunderwerbes rechtssicher und erfolgreich gewährleisten zu können.

Um auch außerhalb von Veranstaltungen über den Planungsstand und Fragen rund um die Radschnellverbindungen in Erlangen informieren zu können, wurde die städtische Website um relevante Informationen ergänzt. Diese können unter dem Link www.erlangen.de/radschnellweg erreicht werden.

Die Verwaltung weist ausdrücklich darauf hin, dass die Aufnahme der nächsten Planungsstufe nur vorbehaltlich der gegebenen Finanzierung stattfinden kann. Dafür müssen die Haushaltsmittel für 2027 ff wie beantragt zur Verfügung stehen. Eine Verzögerung der Planung und Beauftragung der nächsten Stufe gefährdet das Projektziel auf mehreren Ebenen (siehe BV 613/310/2024) sowie die Zuschussfähigkeit mit einer Förderquote von 75 %.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☒ *ja, positiv: Förderung des Radverkehrs und indirekt des Fußverkehrs als nachhaltige Mobilitätsformen*
☒ *ja, negativ*: Die Umsetzung ist mit baulichen Aktivitäten verbunden, welche nicht ohne entsprechenden Ressourceneinsatz möglich sind.*
☐ *nein*

Wenn ja, negativ:
Bestehen alternative Handlungsoptionen?

☒ *ja*: Mögliche Einstellung des Projektes mit allen negativen Konsequenzen auf Finanzen und Mobilitätsplanung.*
☒ *nein*: Um mehr Menschen für eine nachhaltige Mobilitätsform wie das Radfahren zu gewinnen, braucht es die dafür notwendige Infrastruktur als Pullfaktor. Diese denkt möglichst alle Menschen mit ihren individuellen Fähigkeiten mit und ermöglicht ein attraktives, direktes sowie zügiges und vor allen Dingen sicheres Fahrradfahren.*

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	ca. 380.000 €	bei IPNr.: 541.862
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen	Rückflüsse durch Förderung (75 %) & anteilige Übernahme der Stadt Herzogenaurach (30 % nach Abzug Förderung) i.H.v. ca. 314.000 €	

Haushaltsmittel

☐ werden nicht benötigt
☒ sind vorhanden auf IvP-Nr. 541.862
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
☐ sind nicht vorhanden

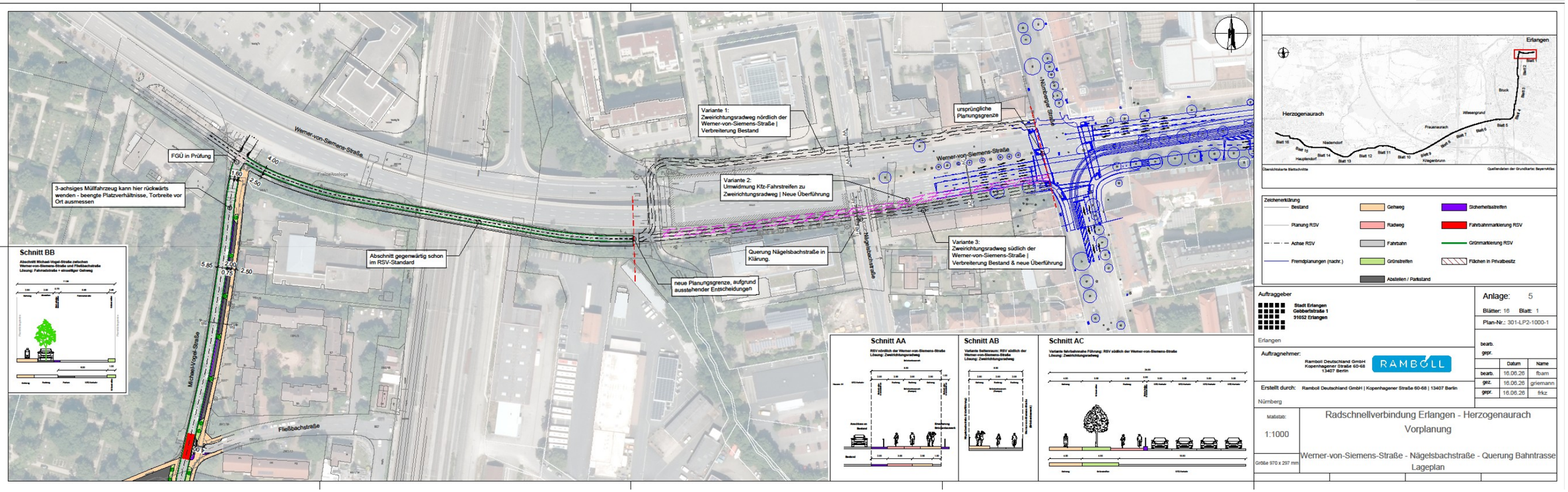
Anlagen:

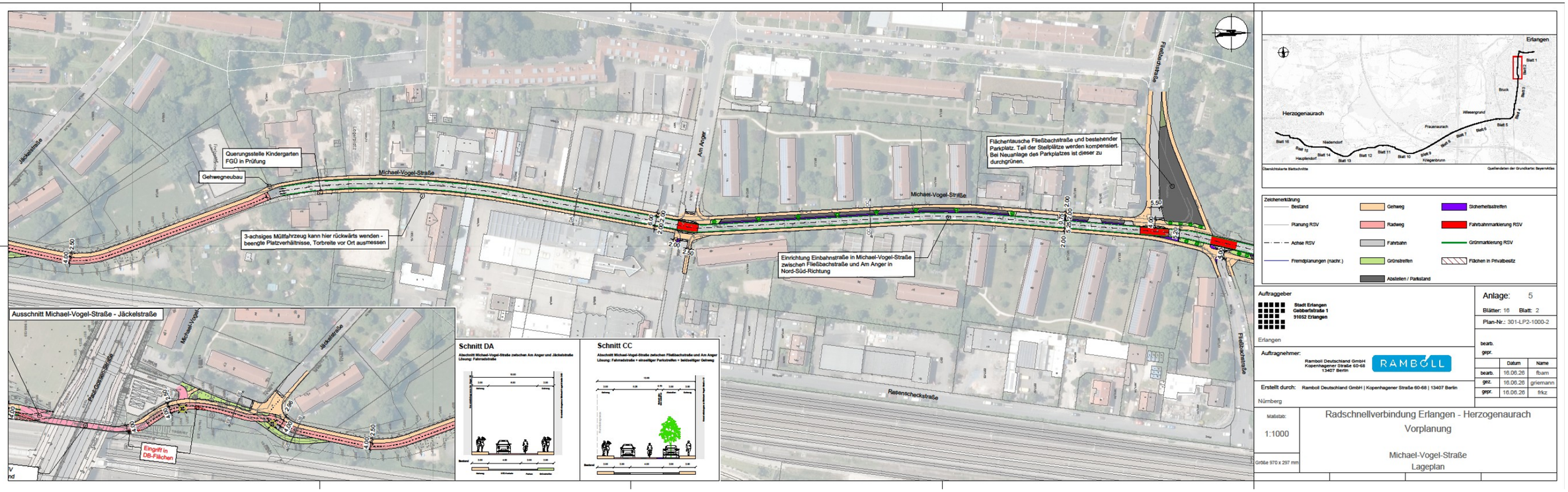
Anlage 1 – Lagepläne
Anlage 2 – Übersichtskarte
Anlage 3 – Bewertungsmatrix
Anlage 4 – Darstellungen Planungsfokusse

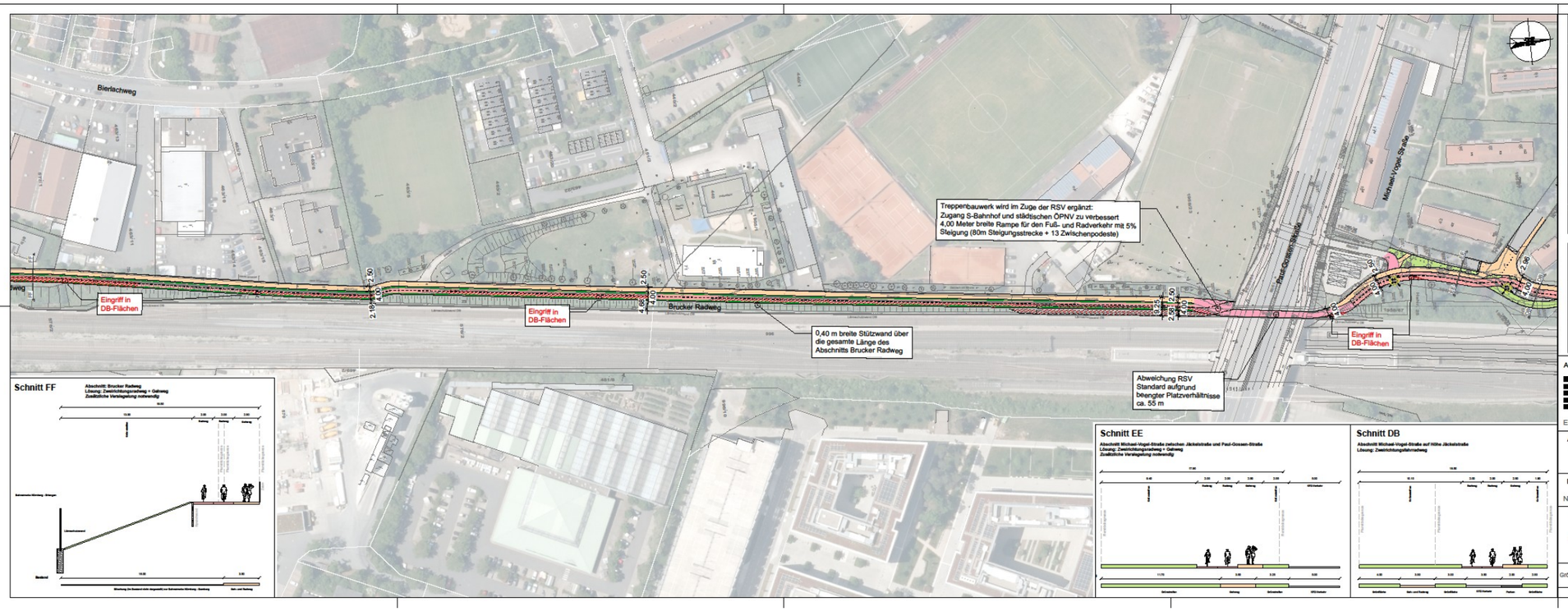
III. Abstimmung

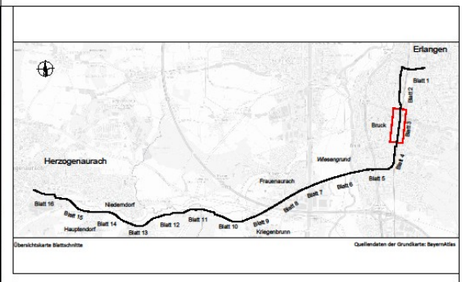
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang


Variante 1: Zweirichtungsradweg nördlich der Werner-von-Siemens-Straße | Verbreiterung Bestand
Variante 2: Umwidmung Kfz-Fahrstreifen zu Zweirichtungsradweg | Neue Überführung
Variante 3: Zweirichtungsradweg südlich der Werner-von-Siemens-Straße | Verbreiterung Bestand & neue Überführung
ursprüngliche Planungsgrenze
neue Planungsgrenze, aufgrund ausstehender Entscheidungen
Querung Nägelsbachstraße in Klärung.
Abschnitt gegenwärtig schon im RSV-Standard
FGÜ in Prüfung
3-achsiges Müllfahrzeug kann hier rückwärts wenden - beengte Platzverhältnisse, Torbreite vor Ort ausmessen
Werner-von-Siemens-Straße
Nürnberger Straße
Nägelsbachstraße
Michael-Vogel-Straße
Fließbachstraße
Schnitt BB
Schnitt AA
Schnitt AB
Schnitt AC
Herzogenaurach
Erlangen
Zeichenerklärung
Bestand
Planung RSV
Achse RSV
Fremdplanungen (nachr.)
Gehweg
Radweg
Fahrbahn
Grünstreifen
Abstellen / Parkstand
Sicherheitsstreifen
Fahrbahnmarkierung RSV
Grünmarkierung RSV
Flächen in Privatbesitz
Auftraggeber
Stadt Erlangen
Gebbertstraße 1
91052 Erlangen
Erlangen
Auftragnehmer:
Ramboll Deutschland GmbH
Kopenhagener Straße 60-68
13407 Berlin
Erstellt durch: Ramboll Deutschland GmbH | Kopenhagener Straße 60-68 | 13407 Berlin
Nürnberg
Anlage: 5
Blätter: 16 Blatt: 1
Plan-Nr.: 301-LP2-1000-1
bearb.
gepr.
Datum Name
bearb. 16.06.26 fbam
gez. 16.06.26 griemann
gepr. 16.06.26 frkz
Maßstab: 1:1000
Größe 970 x 297 mm
Radschnellverbindung Erlangen - Herzogenaurach
Vorplanung
Werner-von-Siemens-Straße - Nägelsbachstraße - Querung Bahntrasse
Lageplan


Querungsstelle Kindergarten FGÜ in Prüfung
Gehwegneubau
3-achsiges Müllfahrzeug kann hier rückwärts wenden - beengte Platzverhältnisse, Torbreite vor Ort ausmessen
Einrichtung Einbahnstraße in Michael-Vogel-Straße zwischen Fließbachstraße und Am Anger in Nord-Süd-Richtung
Flächentausche Fließbachstraße und bestehender Parkplatz. Teil der Stellplätze werden kompensiert. Bei Neuanlage des Parkplatzes ist dieser zu durchgrünen.
Michael-Vogel-Straße
Jäckelstraße
Am Anger
Fließbachstraße
Resenscheckstraße
Ausschnitt Michael-Vogel-Straße - Jäckelstraße
Eingriff in DB-Flächen
Schnitt DA
Schnitt CC
Herzogenaurach
Erlangen
Zeichenerklärung
Bestand
Planung RSV
Achse RSV
Fremdplanungen (nachr.)
Gehweg
Radweg
Fahrbahn
Grünstreifen
Abstellen / Parkstand
Sicherheitsstreifen
Fahrbahnmarkierung RSV
Grünmarkierung RSV
Flächen in Privatbesitz
Auftraggeber
Stadt Erlangen
Gebbertstraße 1
91052 Erlangen
Erlangen
Auftragnehmer:
Ramboll Deutschland GmbH
Kopenhagener Straße 60-68
13407 Berlin
Erstellt durch: Ramboll Deutschland GmbH | Kopenhagener Straße 60-68 | 13407 Berlin
Nürnberg
Anlage: 5
Blätter: 16 Blatt: 2
Plan-Nr.: 301-LP2-1000-2
bearb.
gepr.
Datum Name
bearb. 16.06.26 fbam
gez. 16.06.26 griemann
gepr. 16.06.26 frkz
Maßstab: 1:1000
Größe 970 x 297 mm
Radschnellverbindung Erlangen - Herzogenaurach
Vorplanung
Michael-Vogel-Straße
Lageplan





Zeichenerklärung

Bestand	Gehweg	Sicherheitsstreifen
Planung RSV	Radweg	Fahrbahnmarkierung RSV
Achse RSV	Fahrbahn	Grünmarkierung RSV
Fremdplanungen (nachr.)	Grünstreifen	Flächen in Privatbesitz
	Abstellen / Parkstand	

Auftraggeber
Stadt Erlangen
Gebbertstraße 1
91052 Erlangen
Erlangen

Auftragnehmer:
Ramboll Deutschland GmbH
Kopenhagener Straße 60-68
13407 Berlin
RAMBOLL

Erstellt durch: Ramboll Deutschland GmbH | Kopenhagener Straße 60-68 | 13407 Berlin
Nürnberg

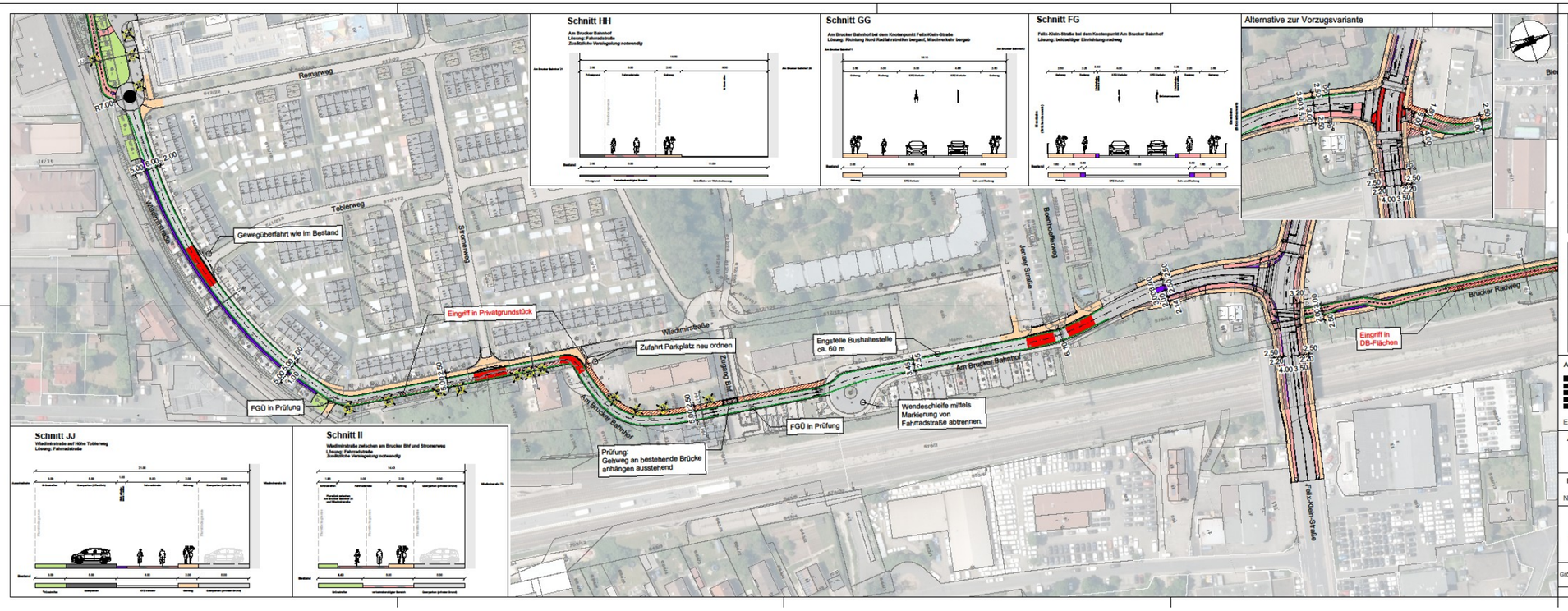
Anlage: 5
Blätter: 16 Blatt: 3
Plan-Nr.: 301-LP2-1000-3

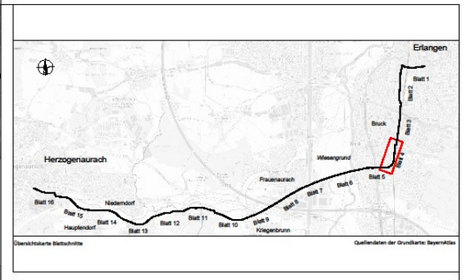
	Datum	Name
bearb.	16.06.26	fbam
gez.	16.06.26	griemann
gepr.	16.06.26	frkz

Maßstab: 1:1000
Größe 970 x 297 mm

Radschnellverbindung Erlangen - Herzogenaurach
Vorplanung

Brucker Radweg
Lageplan





Zeichenerklärung

Bestand	Gehweg	Sicherheitsstreifen
Planung RSV	Radweg	Fahrbahnmarkierung RSV
Achse RSV	Fahrbahn	Grünmarkierung RSV
Fremdplanungen (nachr.)	Grünstreifen	Flächen in Privatbesitz
	Abstellen / Parkstand	

Auftraggeber
Stadt Erlangen
Gebbertstraße 1
91052 Erlangen
Erlangen

Auftragnehmer:
Ramboll Deutschland GmbH
Kopenhagener Straße 60-68
13407 Berlin
RAMBOLL

Erstellt durch: Ramboll Deutschland GmbH | Kopenhagener Straße 60-68 | 13407 Berlin
Nürnberg

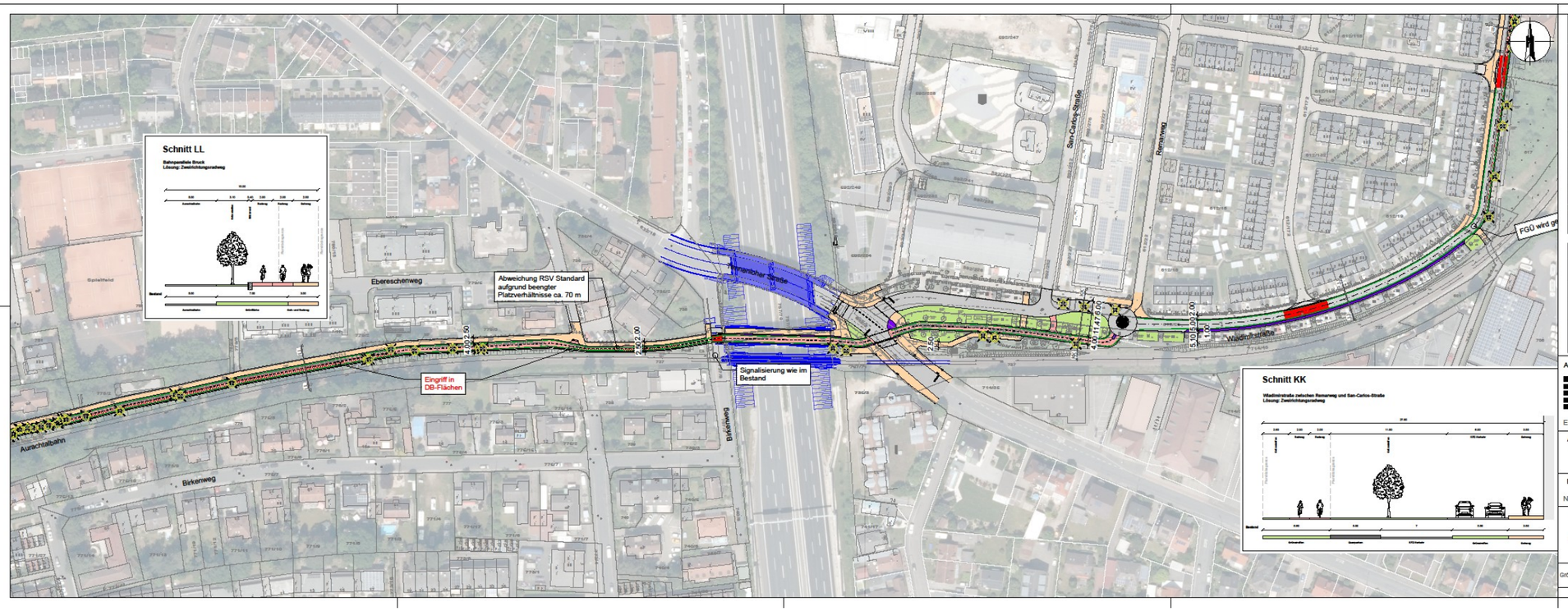
Anlage: 5
Blätter: 16 Blatt: 4
Plan-Nr.: 301-LP2-1000-4

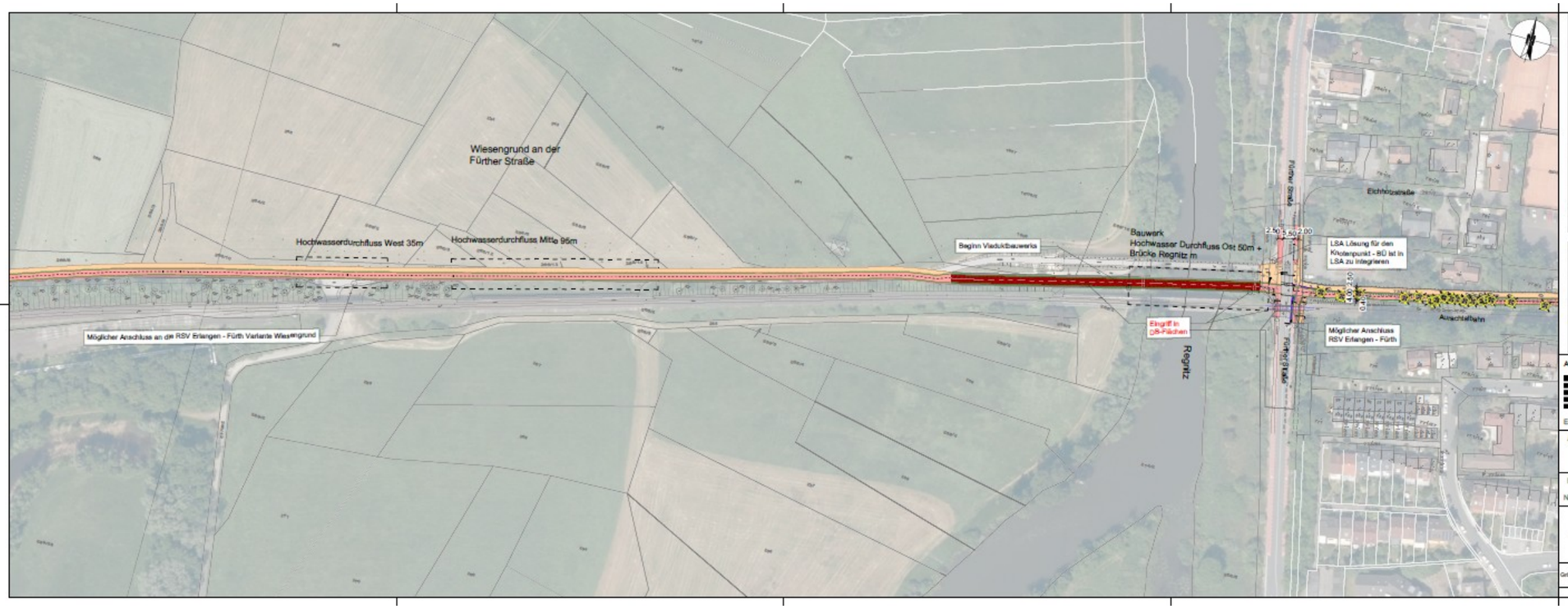
	Datum	Name
bearb.	16.06.26	fbam
gez.	16.06.26	griemann
gepr.	16.06.26	frkz

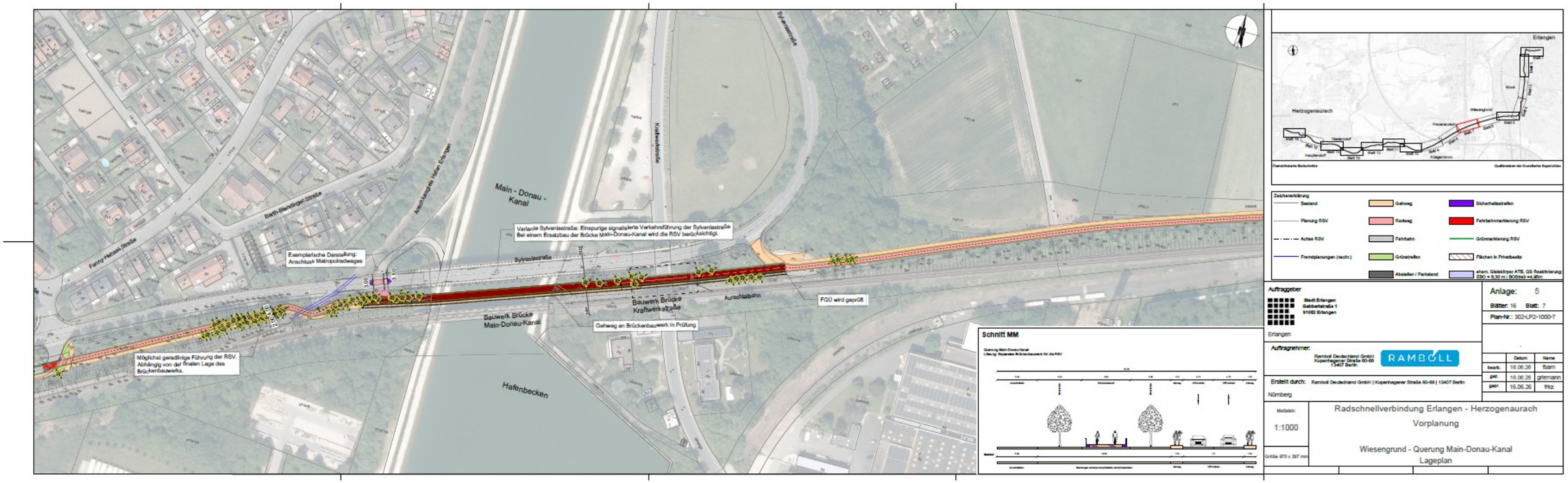
Maßstab: 1:1000
Größe 970 x 297 mm

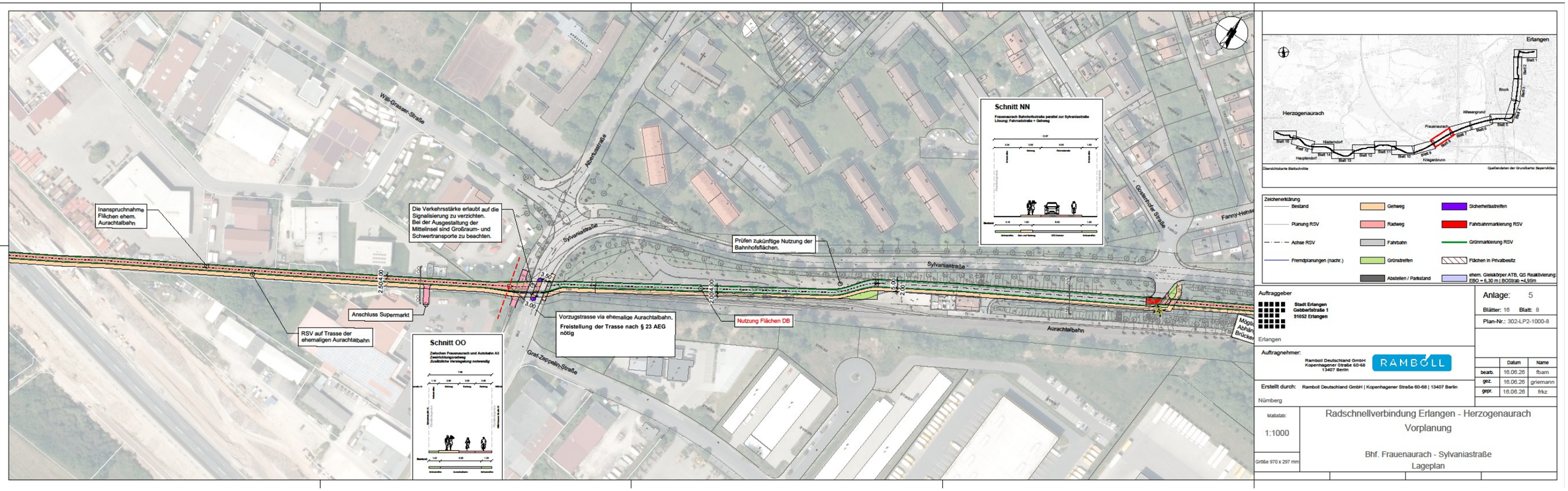
Radschnellverbindung Erlangen - Herzogenaurach
Vorplanung

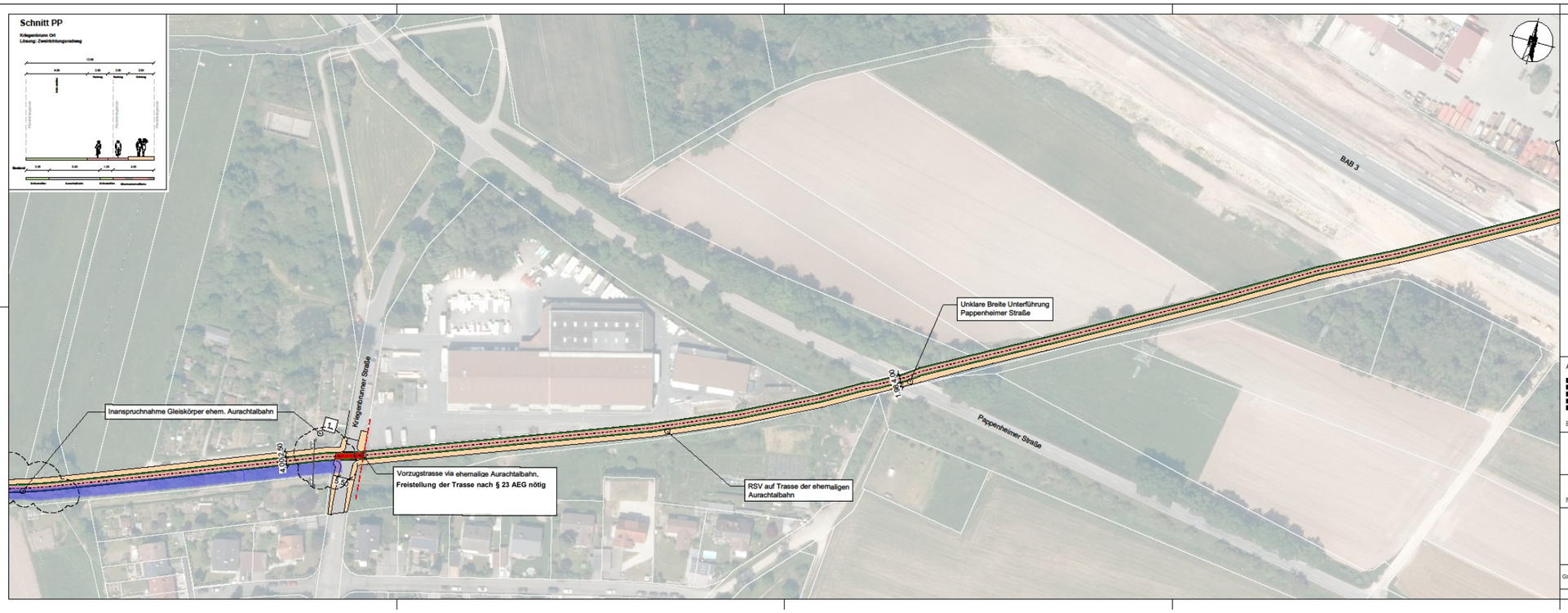
Felix-Klein-Straße - Brucker Bahnhof - Wladimirstraße
Lageplan

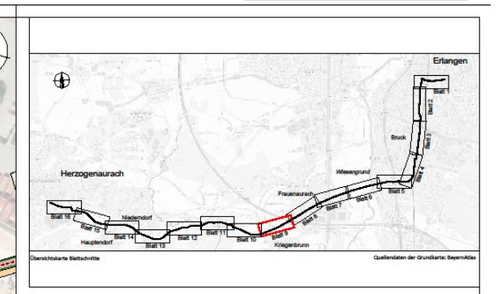

Schnitt LL
Bahnparallele Bruck
Lösung: Zweirichtungsradweg
Schnitt KK
Wladimirstraße zwischen Reinarweg und San-Carlos-Straße
Lösung: Zweirichtungsradweg
Abweichung RSV Standard aufgrund beengter Platzverhältnisse ca. 70 m
Eingriff in DB-Flächen
Signalisierung wie im Bestand
Ebereschenweg
Birkenweg
Aurachtalbahn
Hemhofer Straße
San-Carlos-Straße
Reinarweg
Wladimirstraße
FGÜ wird ge
Erlangen
Herzogenaurach
Zeichenerklärung
Bestand
Planung RSV
Achse RSV
Fremdplanungen (nachr.)
Gehweg
Radweg
Fahrbahn
Grünstreifen
Abstellen / Parkstand
Sicherheitsstreifen
Fahrbahnmarkierung RSV
Grünmarkierung RSV
Flächen in Privatbesitz
ehem. Gleiskörper ATB, QS Reaktivierung EBO = 6,30 m | BOStrab =4,95m
Auftraggeber
Stadt Erlangen
Gebbertstraße 1
91052 Erlangen
Erlangen
Auftragnehmer:
Ramboll Deutschland GmbH
Kopenhagener Straße 60-68
13407 Berlin
RAMBØLL
Erstellt durch: Ramboll Deutschland GmbH | Kopenhagener Straße 60-68 | 13407 Berlin
Nürnberg
Anlage: 5
Blätter: 17 Blatt: 5
Plan-Nr.: 302-LP2-1000-5
Datum Name
bearb. 16.06.26 fbam
gez. 16.06.26 griemann
gepr. 16.06.26 frkz
Maßstab: 1:1000
Größe 970 x 297 mm
Radschnellverbindung Erlangen - Herzogenaurach
Vorplanung
Wladimirstraße - Querung A73 - Bahnparallele Bruck
Lageplan


Wiesengrund an der Fürther Straße
Hochwasserdurchfluss West 35m
Hochwasserdurchfluss Mitte 95m
Beginn Viaduktbauwerks
Bauwerk Hochwasser Durchfluss Ost 50m + Brücke Regnitz m
Eingriff in DB-Flächen
Möglicher Anschluss an die RSV Erlangen - Fürth Variante Wiesengrund
Möglicher Anschluss RSV Erlangen - Fürth
LSA Lösung für den Knotenpunkt - BÜ ist in LSA zu integrieren
Eichholzstraße
Fürther Straße
Regnitz
Aurachtalbahn
Erlangen
Herzogenaurach
Zeichenerklärung
Bestand
Planung RSV
Achse RSV
Fremdplanungen (nachr.)
Gehweg
Radweg
Fahrbahn
Grünstreifen
Abstellen / Parkstand
Sicherheitsstreifen
Fahrbahnmarkierung RSV
Grünmarkierung RSV
Flächen in Privatbesitz
ehem. Gleiskörper ATB, QS Reaktivierung EBO = 6,30 m | BOStrab =4,95m
Auftraggeber
Stadt Erlangen
Gebbertstraße 1
91052 Erlangen
Erlangen
Auftragnehmer:
Ramboll Deutschland GmbH
Kopenhagener Straße 60-68
13407 Berlin
RAMBØLL
Erstellt durch: Ramboll Deutschland GmbH | Kopenhagener Straße 60-68 | 13407 Berlin
Nürnberg
Anlage: 5
Blätter: 16 Blatt: 6
Plan-Nr.: 302-LP2-1000-6
Datum Name
bearb. 16.06.26 fbam
gez. 16.06.26 griemann
gepr. 16.06.26 frkz
Maßstab: 1:1000
Größe 970 x 297 mm
Radschnellverbindung Erlangen - Herzogenaurach
Vorplanung
Fürther Straße - Wiesengrund
Lageplan


Main - Donau - Kanal
Sylvaniastraße
Kraftwerkstraße
Bath-Blendinger-Straße
Fanny-Hensel-Straße
Anschlussgleis Hafen Erlangen
Exemplarische Darstellung: Anschluss Metropolradweges
Variante Sylvaniastraße: Einspurige signalisierte Verkehrsführung der Sylvaniastraße Bei einem Ersatzbau der Brücke Main-Donau-Kanal wird die RSV berücksichtigt.
Bauwerk Brücke Main-Donau-Kanal
Bauwerk Brücke Kraftwerkstraße
Aurachtalbahn
FGÜ wird geprüft
Gehweg an Brückenbauwerk in Prüfung
Hafenbecken
Möglichst geradlinige Führung der RSV. Abhängig von der finalen Lage des Brückenbauwerks.
Schnitt MM
Erlangen
Herzogenaurach
Zeichenerklärung
Bestand
Planung RSV
Achse RSV
Fremdplanungen (nachr.)
Gehweg
Radweg
Fahrbahn
Grünstreifen
Abstellen / Parkstand
Sicherheitsstreifen
Fahrbahnmarkierung RSV
Grünmarkierung RSV
Flächen in Privatbesitz
Auftraggeber
Stadt Erlangen
Gebbertstraße 1
91052 Erlangen
Anlage: 5
Blätter: 16 Blatt: 7
Plan-Nr.: 302-LP2-1000-7
Auftragnehmer:
Ramboll Deutschland GmbH
Kopenhagener Straße 60-68
13407 Berlin
Erstellt durch: Ramboll Deutschland GmbH | Kopenhagener Straße 60-68 | 13407 Berlin
Nürnberg
Maßstab: 1:1000
Größe 970 x 297 mm
Radschnellverbindung Erlangen - Herzogenaurach
Vorplanung
Wiesengrund - Querung Main-Donau-Kanal
Lageplan


Wilh.-Grasser-Straße
Abtsbergstraße
Sylvaniastraße
Graf-Zeppelin-Straße
Fanny-Hensel-Straße
Inanspruchnahme Flächen ehem. Aurachtalbahn
Die Verkehrsstärke erlaubt auf die Signalisierung zu verzichten. Bei der Ausgestaltung der Mittelinsel sind Großraum- und Schwertransporte zu beachten.
Prüfen zukünftige Nutzung der Bahnhofsflächen.
Anschluss Supermarkt
RSV auf Trasse der ehemaligen Aurachtalbahn
Vorzugstrasse via ehemalige Aurachtalbahn, Freistellung der Trasse nach § 23 AEG nötig
Nutzung Flächen DB
Aurachtalbahn
Schnitt OO
Schnitt NN
Erlangen
Herzogenaurach
Zeichenerklärung
Bestand
Planung RSV
Achse RSV
Fremdplanungen (nachr.)
Gehweg
Radweg
Fahrbahn
Grünstreifen
Abstellen / Parkstand
Sicherheitsstreifen
Fahrbahnmarkierung RSV
Grünmarkierung RSV
Flächen in Privatbesitz
Auftraggeber
Stadt Erlangen
Gebbertstraße 1
91052 Erlangen
Anlage: 5
Blätter: 16 Blatt: 8
Plan-Nr.: 302-LP2-1000-8
Auftragnehmer:
Ramboll Deutschland GmbH
Kopenhagener Straße 60-68
13407 Berlin
Erstellt durch: Ramboll Deutschland GmbH | Kopenhagener Straße 60-68 | 13407 Berlin
Nürnberg
Maßstab: 1:1000
Größe 970 x 297 mm
Radschnellverbindung Erlangen - Herzogenaurach
Vorplanung
Bhf. Frauenaurach - Sylvaniastraße
Lageplan





Zeichenerklärung

Bestand	Gehweg	Sicherheitsstreifen
Planung RSV	Radweg	Fahrbahnmarkierung RSV
Achse RSV	Fahrbahn	Grünmarkierung RSV
Fremdplanungen (nachr.)	Grünstreifen	Flächen in Privatbesitz
	Abstellen / Parkstand	ehem. Gleiskörper ATB, QS Reaktivierung; EBO = 6,30 m | BOStrab =4,95m

Auftraggeber
Stadt Erlangen
Gebbertstraße 1
91052 Erlangen
Erlangen

Auftragnehmer:
Ramboll Deutschland GmbH
Kopenhagener Straße 60-68
13407 Berlin

Erstellt durch: Ramboll Deutschland GmbH | Kopenhagener Straße 60-68 | 13407 Berlin
Nürnberg

Anlage: 5
Blätter: 16 Blatt: 9
Plan-Nr.: 302-LP2-1000-9

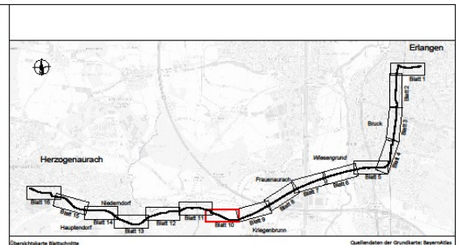
	Datum	Name
bearb.	16.06.26	fbarn
gez.	16.06.26	griemann
gepr.	16.06.26	frkz

Maßstab: 1:1000
Größe 970 x 297 mm

Radschnellverbindung Erlangen - Herzogenaurach
Vorplanung

A3 - Pappenheimer Straße - Kriegenbrunner Straße
Lageplan





Zeichenerklärung

Bestand	Gehweg	Sicherheitsstreifen
Planung RSV	Radweg	Fahrbahnmarkierung RSV
Achse RSV	Fahrbahn	Grünmarkierung RSV
Fremdplanungen (nachr.)	Grünstreifen	Flächen in Privatbesitz
	Abstellen / Parkstand	ehem. Gleiskörper ATB, QS Reaktivierung; EBO = 6,30 m | BOStrab =4,95m

Auftraggeber
Stadt Erlangen
Gebbertstraße 1
91052 Erlangen
Erlangen

Auftragnehmer:
Ramboll Deutschland GmbH
Kopenhagener Straße 60-68
13407 Berlin

Erstellt durch: Ramboll Deutschland GmbH | Kopenhagener Straße 60-68 | 13407 Berlin
Nürnberg

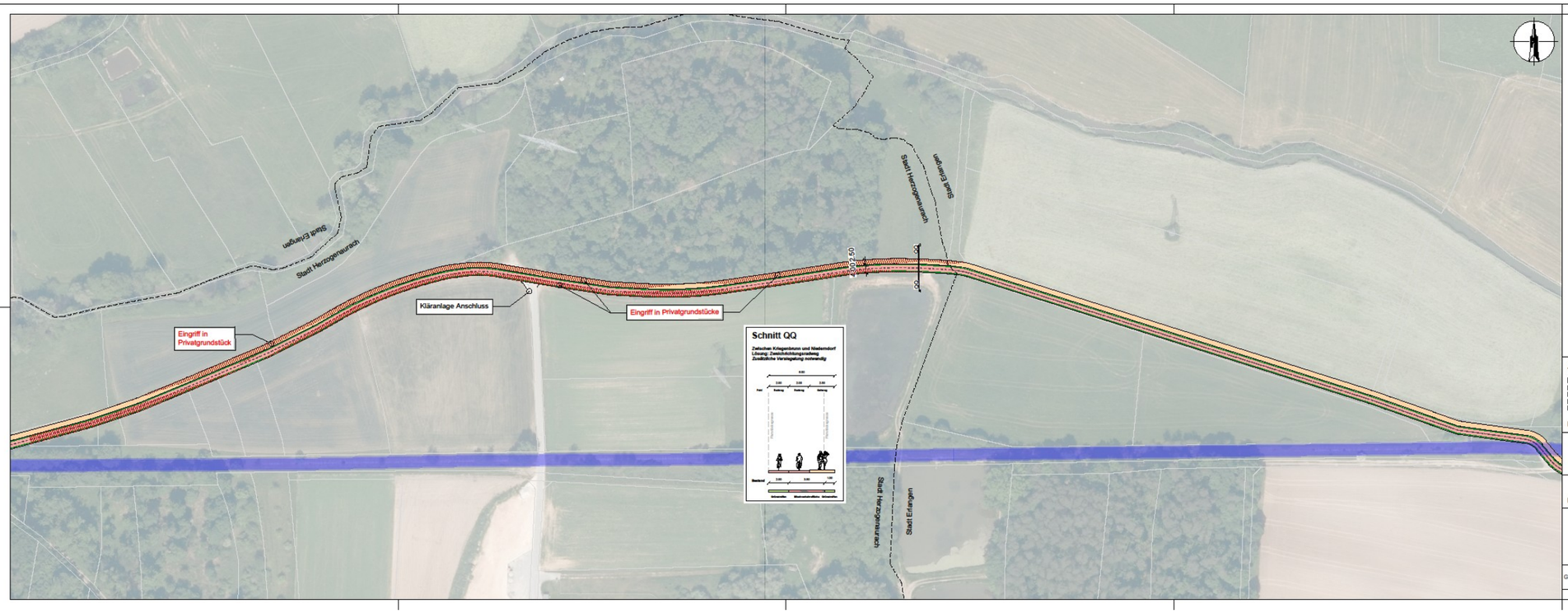
Anlage: 5
Blätter: 16 Blatt: 10
Plan-Nr.: 302-LP2-1000-10

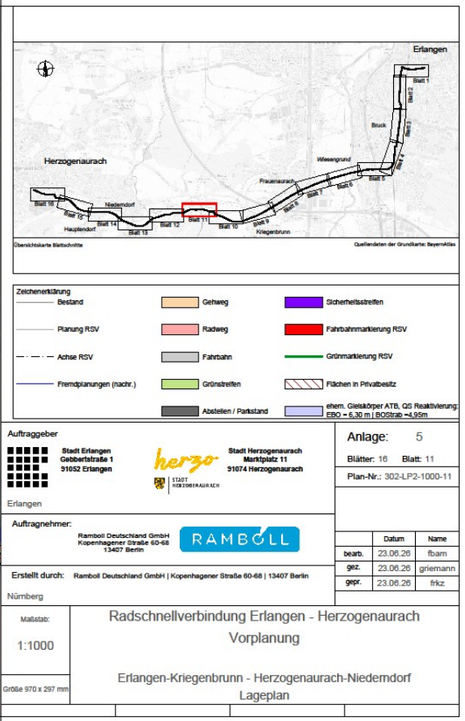
	Datum	Name
bearb.	16.06.26	fbarn
gez.	16.06.26	griemann
gepr.	16.06.26	frkz

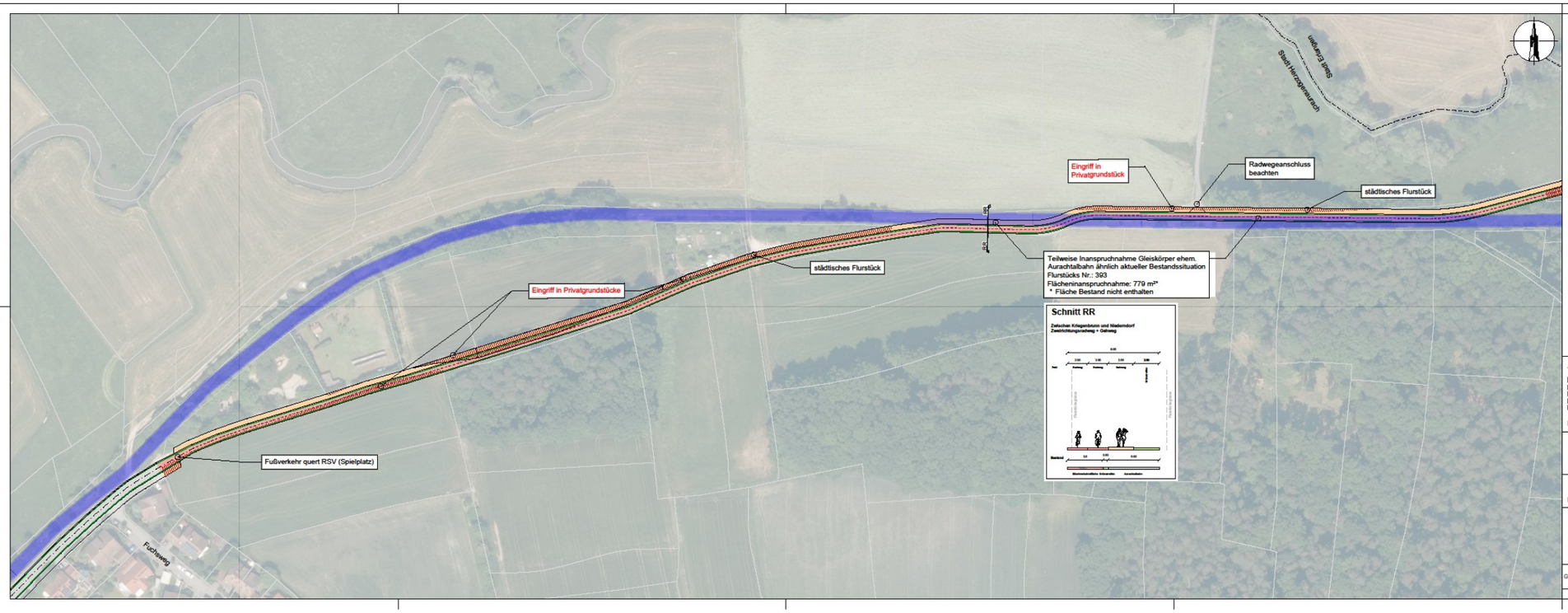
Maßstab: 1:1000
Größe 970 x 297 mm

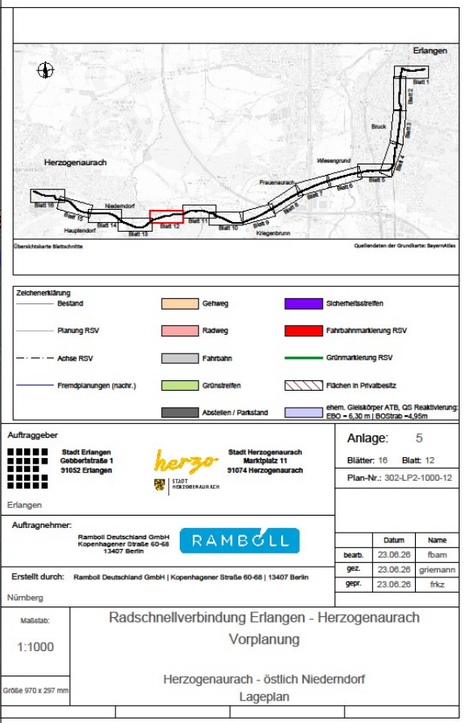
Radschnellverbindung Erlangen - Herzogenaurach
Vorplanung

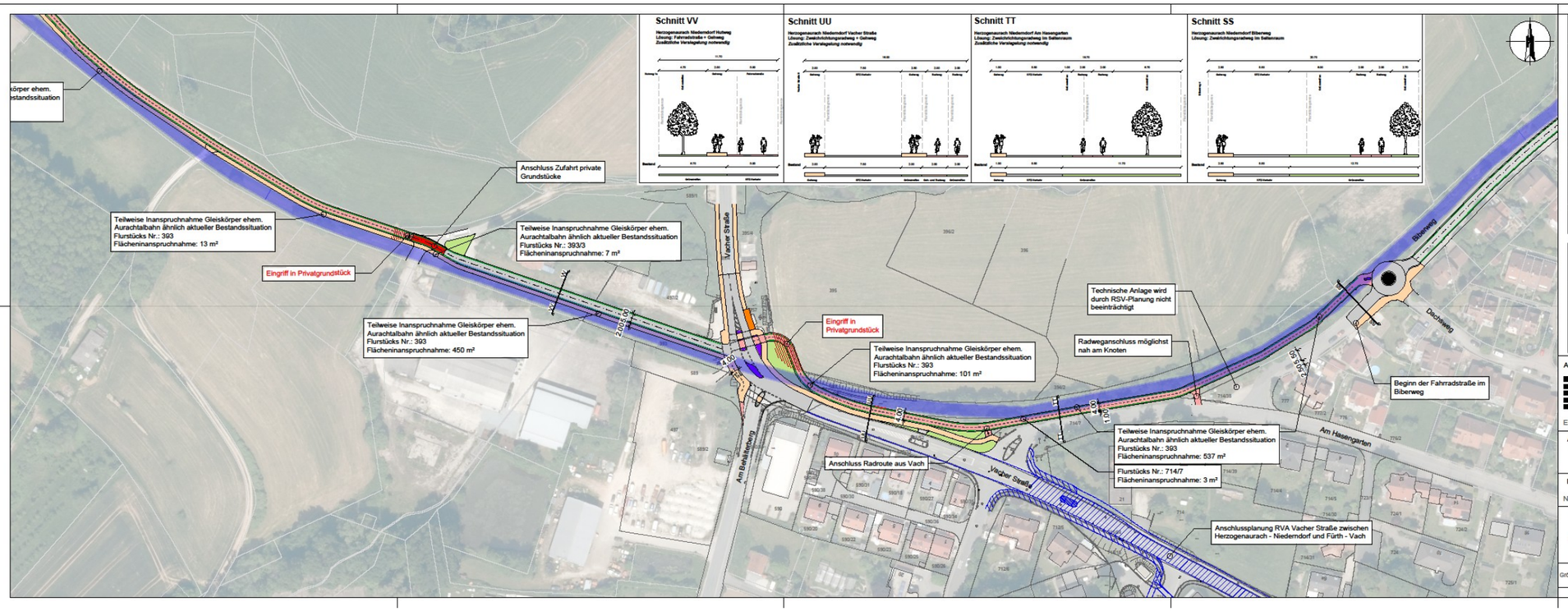
Westlich Kriegenbrunn Straße
Lageplan

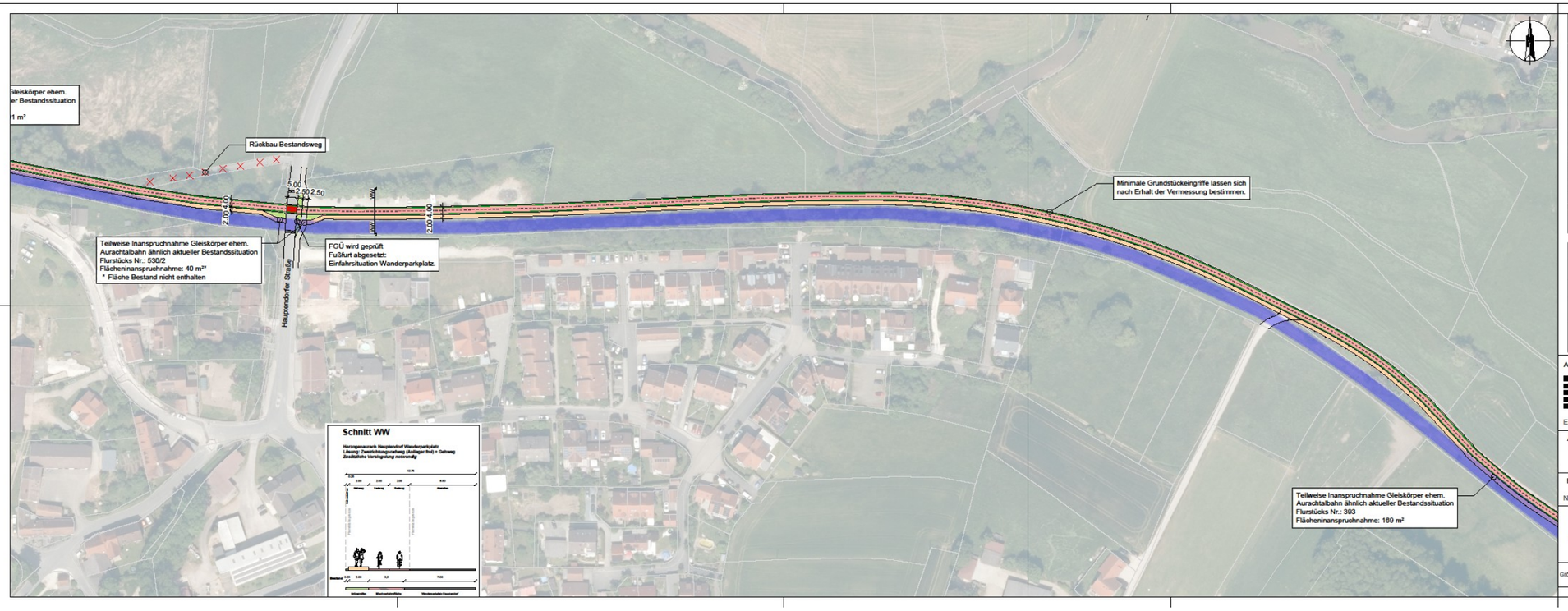

Stadt Erlangen
Stadt Herzogenaurach
Kläranlage Anschluss
Eingriff in Privatgrundstücke
Eingriff in Privatgrundstück
Schnitt QQ
Zwischen Kriegenbrunn und Niederndorf
Lösung: Zweirichtungsradweg
Zusätzliche Verkehrsregelung notwendig
Stadt Herzogenaurach
Stadt Erlangen

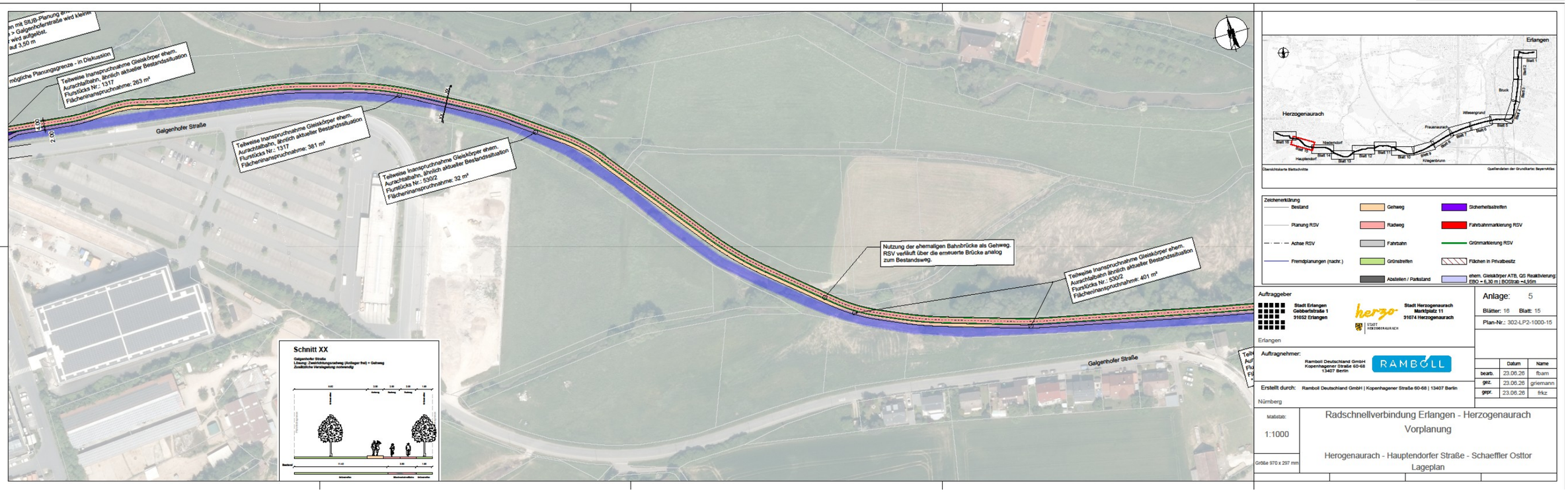

Erlangen
Herzogenaurach
Zeichenerklärung
Bestand
Planung RSV
Achse RSV
Fremdplanungen (nachr.)
Gehweg
Radweg
Fahrbahn
Grünstreifen
Abstellen / Parkstand
Sicherheitsstreifen
Fahrbahnmarkierung RSV
Grünmarkierung RSV
Flächen in Privatbesitz
ehem. Gleiskörper ATB, QS Reaktivierung
EBO – 6,30 m | BOStrab –4,95m
Auftraggeber
Stadt Erlangen
Gebbertstraße 1
91052 Erlangen
Stadt Herzogenaurach
Marktplatz 11
91074 Herzogenaurach
Auftragnehmer:
Ramboll Deutschland GmbH
Kopenhagener Straße 60-68
13407 Berlin
Erstellt durch: Ramboll Deutschland GmbH | Kopenhagener Straße 60-68 | 13407 Berlin
Nürnberg
Anlage: 5
Blätter: 16 Blatt: 11
Plan-Nr.: 302-LP2-1000-11
Datum Name
bearb. 23.06.26 fbam
gez. 23.06.26 griemann
gepr. 23.06.26 frkz
Maßstab: 1:1000
Größe 970 x 297 mm
Radschnellverbindung Erlangen - Herzogenaurach
Vorplanung
Erlangen-Kriegenbrunn - Herzogenaurach-Niederndorf
Lageplan

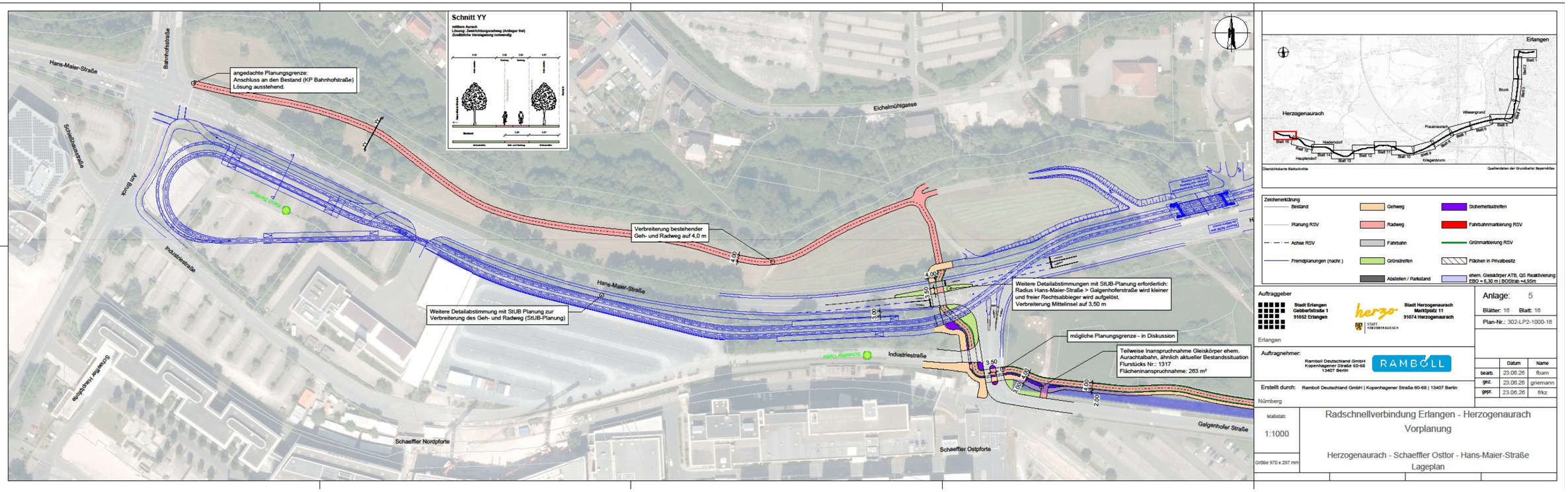

Stadt Erlangen
Stadt Herzogenaurach
Eingriff in Privatgrundstück
Radwegeanschluss beachten
städtisches Flurstück
städtisches Flurstück
Eingriff in Privatgrundstücke
Teilweise Inanspruchnahme Gleiskörper ehem. Aurachtalbahn ähnlich aktueller Bestandssituation
Flurstücks Nr.: 393
Flächeninanspruchnahme: 779 m²*
* Fläche Bestand nicht enthalten
Schnitt RR
Zwischen Kriegenbrunn und Niederndorf
Zweirichtungsradweg + Gehweg
Fußverkehr quert RSV (Spielplatz)
Fuchsweg

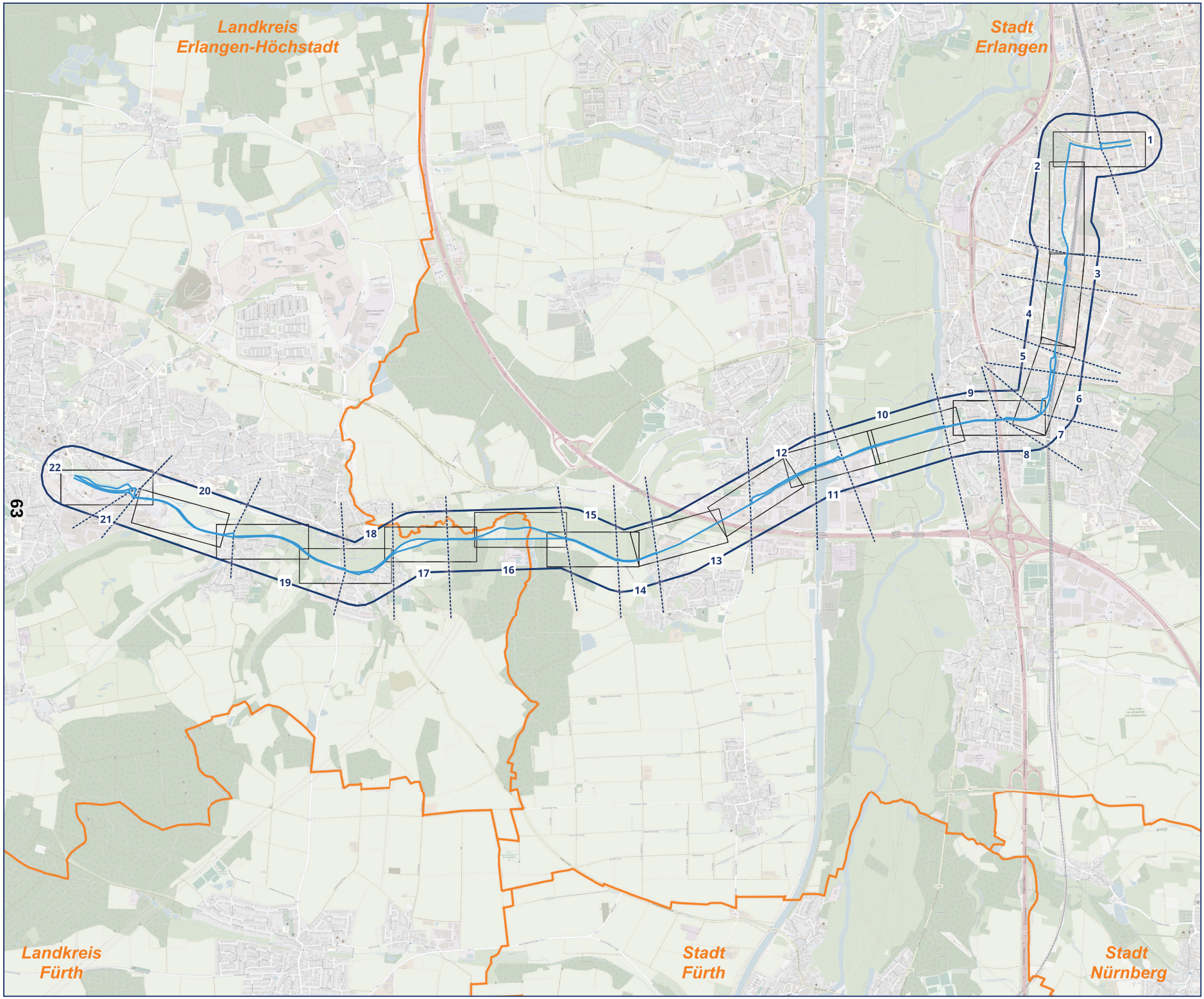

Erlangen
Herzogenaurach
Zeichenerklärung
Bestand
Planung RSV
Achse RSV
Fremdplanungen (nachr.)
Gehweg
Radweg
Fahrbahn
Grünstreifen
Abstellen / Parkstand
Sicherheitsstreifen
Fahrbahnmarkierung RSV
Grünmarkierung RSV
Flächen in Privatbesitz
ehem. Gleiskörper ATB, QS Reaktivierung
EBO – 6,30 m | BOStrab –4,95m
Auftraggeber
Stadt Erlangen
Gebbertstraße 1
91052 Erlangen
Stadt Herzogenaurach
Marktplatz 11
91074 Herzogenaurach
Auftragnehmer:
Ramboll Deutschland GmbH
Kopenhagener Straße 60-68
13407 Berlin
Erstellt durch: Ramboll Deutschland GmbH | Kopenhagener Straße 60-68 | 13407 Berlin
Nürnberg
Anlage: 5
Blätter: 16 Blatt: 12
Plan-Nr.: 302-LP2-1000-12
Datum Name
bearb. 23.06.26 fbam
gez. 23.06.26 griemann
gepr. 23.06.26 frkz
Maßstab: 1:1000
Größe 970 x 297 mm
Radschnellverbindung Erlangen - Herzogenaurach
Vorplanung
Herzogenaurach - östlich Niederndorf
Lageplan


Schnitt VV
Schnitt UU
Schnitt TT
Schnitt SS
Anschluss Zufahrt private Grundstücke
Teilweise Inanspruchnahme Gleiskörper ehem. Aurachtalbahn ähnlich aktueller Bestandssituation Flurstücks Nr.: 393 Flächeninanspruchnahme: 13 m²
Eingriff in Privatgrundstück
Teilweise Inanspruchnahme Gleiskörper ehem. Aurachtalbahn ähnlich aktueller Bestandssituation Flurstücks Nr.: 393/3 Flächeninanspruchnahme: 7 m²
Teilweise Inanspruchnahme Gleiskörper ehem. Aurachtalbahn ähnlich aktueller Bestandssituation Flurstücks Nr.: 393 Flächeninanspruchnahme: 450 m²
Eingriff in Privatgrundstück
Teilweise Inanspruchnahme Gleiskörper ehem. Aurachtalbahn ähnlich aktueller Bestandssituation Flurstücks Nr.: 393 Flächeninanspruchnahme: 101 m²
Technische Anlage wird durch RSV-Planung nicht beeinträchtigt
Radweganschluss möglichst nah am Knoten
Beginn der Fahrradstraße im Biberweg
Teilweise Inanspruchnahme Gleiskörper ehem. Aurachtalbahn ähnlich aktueller Bestandssituation Flurstücks Nr.: 393 Flächeninanspruchnahme: 537 m²
Flurstücks Nr.: 714/7 Flächeninanspruchnahme: 3 m²
Anschluss Radroute aus Vach
Anschlussplanung RVA Vacher Straße zwischen Herzogenaurach - Niederndorf und Fürth - Vach
Vacher Straße
Am Bahndamm
Am Hasengarten
Biberweg
Dachsweg
Erlangen
Herzogenaurach
Zeichenerklärung
Bestand
Planung RSV
Achse RSV
Fremdplanungen (nachr.)
Gehweg
Radweg
Fahrbahn
Grünstreifen
Abstellen / Parkstand
Sicherheitsstreifen
Fahrbahnmarkierung RSV
Grünmarkierung RSV
Flächen in Privatbesitz
Auftraggeber
Stadt Erlanger Gebbertstraße 1 91052 Erlangen
Stadt Herzogenaurach Marktplatz 11 91074 Herzogenaurach
Anlage: 5
Blätter: 16 Blatt: 13
Plan-Nr.: 302-LP2-1000-13
Auftragnehmer:
Ramboll Deutschland GmbH Kopenhagener Straße 60-68 13407 Berlin
Erstellt durch: Ramboll Deutschland GmbH | Kopenhagener Straße 60-68 | 13407 Berlin
Nürnberg
Maßstab: 1:1000
Größe 970 x 297 mm
Radschnellverbindung Erlangen - Herzogenaurach
Vorplanung
Herzogenaurach - Vacher Straße
Lageplan


Rückbau Bestandsweg
Teilweise Inanspruchnahme Gleiskörper ehem. Aurachtalbahn ähnlich aktueller Bestandssituation Flurstücks Nr.: 530/2 Flächeninanspruchnahme: 40 m² * Fläche Bestand nicht enthalten
FGÜ wird geprüft Fußfurt abgesetzt: Einfahrsituation Wanderparkplatz.
Hauptendorfer Straße
Minimale Grundstückeingriffe lassen sich nach Erhalt der Vermessung bestimmen.
Teilweise Inanspruchnahme Gleiskörper ehem. Aurachtalbahn ähnlich aktueller Bestandssituation Flurstücks Nr.: 393 Flächeninanspruchnahme: 169 m²
Schnitt WW
Erlangen
Herzogenaurach
Zeichenerklärung
Bestand
Planung RSV
Achse RSV
Fremdplanungen (nachr.)
Gehweg
Radweg
Fahrbahn
Grünstreifen
Abstellen / Parkstand
Sicherheitsstreifen
Fahrbahnmarkierung RSV
Grünmarkierung RSV
Flächen in Privatbesitz
Auftraggeber
Stadt Erlanger Gebbertstraße 1 91052 Erlangen
Stadt Herzogenaurach Marktplatz 11 91074 Herzogenaurach
Anlage: 5
Blätter: 16 Blatt: 14
Plan-Nr.: 302-LP2-1000-14
Auftragnehmer:
Ramboll Deutschland GmbH Kopenhagener Straße 60-68 13407 Berlin
Erstellt durch: Ramboll Deutschland GmbH | Kopenhagener Straße 60-68 | 13407 Berlin
Nürnberg
Maßstab: 1:1000
Größe 970 x 297 mm
Radschnellverbindung Erlangen - Herzogenaurach
Vorplanung
Herzogenaurach - Hauptendorfer Straße
Lageplan


Galgenhofer Straße
Teilweise Inanspruchnahme Gleiskörper ehem. Aurachtalbahn, ähnlich aktueller Bestandssituation Flurstücks Nr.: 1317 Flächeninanspruchnahme: 263 m²
Teilweise Inanspruchnahme Gleiskörper ehem. Aurachtalbahn, ähnlich aktueller Bestandssituation Flurstücks Nr.: 1317 Flächeninanspruchnahme: 381 m²
Teilweise Inanspruchnahme Gleiskörper ehem. Aurachtalbahn, ähnlich aktueller Bestandssituation Flurstücks Nr.: 530/2 Flächeninanspruchnahme: 32 m²
Nutzung der ehemaligen Bahnbrücke als Gehweg. RSV verläuft über die erneuerte Brücke analog zum Bestandsweg.
Teilweise Inanspruchnahme Gleiskörper ehem. Aurachtalbahn, ähnlich aktueller Bestandssituation Flurstücks Nr.: 530/2 Flächeninanspruchnahme: 401 m²
Schnitt XX
Galgenhofer Straße
Lösung: Zweirichtungsradweg (Anlieger frei) + Gehweg
Zusätzliche Versiegelung notwendig
Bestand
Erlangen
Herzogenaurach
Übersichtskarte Blattschnitte
Quelldaten der Grundkarte: BayernAtlas
Zeichenerklärung
Bestand
Planung RSV
Achse RSV
Fremdplanungen (nachr.)
Gehweg
Radweg
Fahrbahn
Grünstreifen
Abstellen / Parkstand
Sicherheitsstreifen
Fahrbahnmarkierung RSV
Grünmarkierung RSV
Flächen in Privatbesitz
ehem. Gleiskörper ATB, QS Reaktivierung EBO – 6,30 m | BOStrab –4,95m
Auftraggeber
Stadt Erlangen
Gebbertstraße 1
91052 Erlangen
Stadt Herzogenaurach
Marktplatz 11
91074 Herzogenaurach
Erlangen
Auftragnehmer:
Ramboll Deutschland GmbH
Kopenhagener Straße 60-68
13407 Berlin
Erstellt durch: Ramboll Deutschland GmbH | Kopenhagener Straße 60-68 | 13407 Berlin
Nürnberg
Anlage: 5
Blätter: 16 Blatt: 15
Plan-Nr.: 302-LP2-1000-15
bearb. 23.06.26 fbam
gez. 23.06.26 griemann
gepr. 23.06.26 frkz
Maßstab: 1:1000
Größe 970 x 297 mm
Radschnellverbindung Erlangen - Herzogenaurach
Vorplanung
Herogenaurach - Hauptendorfer Straße - Schaeffler Osttor
Lageplan


Hans-Maier-Straße
Bahnhofstraße
Schleifmühlstraße
Am Bruck
Industriestraße
Schaeffler Haupttore
Schaeffler Nordpforte
Schaeffler Ostpforte
Eichelmühlgasse
angedachte Planungsgrenze:
Anschluss an den Bestand (KP Bahnhofstraße)
Lösung ausstehend.
Schnitt YY
mittlere Aurach
Lösung: Zweirichtungsradweg (Anlieger frei)
Zusätzliche Versiegelung notwendig
Verbreiterung bestehender Geh- und Radweg auf 4,0 m
Weitere Detailabstimmung mit StUB Planung zur Verbreiterung des Geh- und Radweg (StUB-Planung)
Weitere Detailabstimmungen mit StUB-Planung erforderlich:
Radius Hans-Maier-Straße > Galgenhoferstraße wird kleiner und freier Rechtsabbieger wird aufgelöst.
Verbreiterung Mittelinsel auf 3,50 m
mögliche Planungsgrenze - in Diskussion
Teilweise Inanspruchnahme Gleiskörper ehem. Aurachtalbahn, ähnlich aktueller Bestandssituation
Flurstücks Nr.: 1317
Flächeninanspruchnahme: 263 m²
Erlangen
Herzogenaurach
Übersichtskarte Blattschnitte
Quelldaten der Grundkarte: BayernAtlas
Zeichenerklärung
Bestand
Planung RSV
Achse RSV
Fremdplanungen (nachr.)
Gehweg
Radweg
Fahrbahn
Grünstreifen
Abstellen / Parkstand
Sicherheitsstreifen
Fahrbahnmarkierung RSV
Grünmarkierung RSV
Flächen in Privatbesitz
ehem. Gleiskörper ATB, QS Reaktivierung EBO – 6,30 m | BOStrab –4,95m
Auftraggeber
Stadt Erlangen
Gebbertstraße 1
91052 Erlangen
Stadt Herzogenaurach
Marktplatz 11
91074 Herzogenaurach
Erlangen
Auftragnehmer:
Ramboll Deutschland GmbH
Kopenhagener Straße 60-68
13407 Berlin
Erstellt durch: Ramboll Deutschland GmbH | Kopenhagener Straße 60-68 | 13407 Berlin
Nürnberg
Anlage: 5
Blätter: 16 Blatt: 16
Plan-Nr.: 302-LP2-1000-16
bearb. 23.06.26 fbam
gez. 23.06.26 griemann
gepr. 23.06.26 frkz
Maßstab: 1:1000
Größe 970 x 297 mm
Radschnellverbindung Erlangen - Herzogenaurach
Vorplanung
Herzogenaurach - Schaeffler Osttor - Hans-Maier-Straße
Lageplan



Übersichtskarte

Legende

Radschnellverbindung
- Trassenvarianten

Untersuchungsgebiet
- Trassenkorridor
- Grenzen zw. Untersuchungsabschnitten
- 1 Nummern der Untersuchungsabschnitte
- Landkreisgrenzen

Sonstiges
- Blattschnitte der Lagepläne

Anlage 2 zu BV 613/394/2026/1

0 0,5 1 1,5 km

1:20.000

EPSG:25832 - ETRS89 / UTM Zone 32N
© OpenStreetMap Mitwirkende (www.openstreetmap.org)
© Bayrische Vermessungsverwaltung (www.geodaten.bayern.de)

Radschnellverbindung (Vorplanung)
Erlangen - Herzogenaurach

Bearbeitung und inhaltliche Darstellung:
Ramboll Deutschland GmbH
Kopenhagener Straße 60-68
13407 Berlin

Im Auftrag von:
Stadt Erlangen
Stadt Erlangen
Amt für Stadtplanung und Mobilität
Gebbertstraße 1, 91052 Erlangen

herzo
Stadt Herzogenaurach
Amt für Planung, Natur und Umwelt
Marktplatz 11, 91074 Herzogenaurach

Datum: 25.03.2025

Bewertung RSV-Korridor Erlangen - Herzogenaurach	Gewichtung	Abschnitt 1		Abschnitt 2	Abschnitt 3		Abschnitt 4	Abschnitt 5		Abschnitt 6		Abschnitt 7		Abschnitt 8		Abschnitt 9		Abschnitt 10	
		1.1	1.2	2.0	3.1	3.2	4.0	5.1	5.2	6.1	6.2	7.1	7.2	8.1	8.2	9.1	9.2	10.1	10.2
Bewertungskriterien Infrastruktur und Verkehr	**100%**	**2,1**	**1,9**	**1,7**	**2,0**	**1,8**	**1,8**	**2,2**	**2,2**	**2,2**	**2,4**	**2,2**	**1,7**	**2,0**	**1,8**	**2,2**	**1,5**	**2,4**	**2,1**
Trassenmerkmale	**45%**	2,1	1,8	1,4	1,5	1,9	1,7	2,5	2,6	1,7	2,8	2,0	1,4	1,4	1,9	2,6	1,4	2,6	1,7
Direktheit/Umwegefaktor	5%	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,1	1,0	1,0	1,1	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Knotenpunkte	10%	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	5,0	1,0	3,0	1,0	3,0	3,0	1,0	1,0	3,0	1,0	1,0	1,0
Steigungsstrecken	10%	3,0	3,0	1,4	2,7	3,3	3,0	2,4	3,0	1,1	3,0	1,0	1,0	1,0	1,0	5,0	1,0	3,3	1,0
Hochwasserschutz (HQ)	5%	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	4,4	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	4,5	1,0
Stressfaktor/Erholung (Gesundheitsbelastung)	5%	5,0	3,4	2,6	1,2	1,2	1,0	3,8	5,0	3,0	5,0	3,0	1,0	0,8	5,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Soziale Kontrolle	5%	3,0	2,2	1,9	2,3	3,2	3,0	1,0	5,0	1,0	5,0	1,0	1,0	3,0	3,0	1,5	3,0	5,0	5,0
Städtebauliche Auswirkungen (Denkmalschutz und Grunderwerb)	5%	1,0	1,0	1,0	1,0	2,4	1,0	1,0	3,0	1,0	5,0	1,0	1,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,6	3,0
Trassenpotenziale	**20%**	2,0	2,0	2,0	3,0	3,0	2,5	2,2	3,5	3,4	4,0	2,5	2,5	3,0	3,0	2,5	2,5	3,0	5,0
Einzugsbereich (Einwohnende & Areitsplätze)	5%	1,0	1,0	1,0	3,0	3,0	3,0	1,6	3,0	2,5	3,0	3,0	3,0	5,0	5,0	3,0	3,0	5,0	5,0
Regionale ÖPNV-Intermodalität	5%	5,0	5,0	5,0	1,0	1,0	5,0	5,0	5,0	1,0	3,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
Verknüpfung Radverkehr (Netzeinbindung)	10%	1,0	1,0	1,0	4,0	4,1	1,0	1,0	3,0	5,0	5,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	5,0
Auswirkungen/Konflikte Verkehrssystem	**35%**	2,1	1,9	2,1	2,1	1,1	1,6	1,8	1,0	2,1	1,0	2,1	1,6	2,1	1,0	1,6	1,0	1,6	1,0
Fußverkehr	10%	5,0	4,2	1,9	4,8	1,2	3,0	1,6	1,0	2,5	1,0	1,0	1,0	5,0	1,0	3,0	1,0	3,3	1,0
ÖPNV	10%	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	2,4	1,0	1,9	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
MIV (fließend)	5%	1,0	1,0	2,6	1,0	1,0	1,0	2,4	1,0	2,2	1,0	3,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
MIV (ruhend)	5%	1,0	1,0	3,5	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,7	1,0	5,0	5,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Wirtschaftsverkehr	5%	1,0	1,0	2,6	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,7	1,0	3,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Bewertungskriterien Umwelt	**100%**	**1,0**	**2,3**	**1,0**	**2,4**	**2,7**	**2,7**	**1,5**	**3,1**	**1,0**	**4,0**	**1,0**	**4,4**	**1,4**	**3,1**	**2,7**	**3,1**	**3,8**	**4,0**
Auswirkungen auf die Naherholung	15%	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Auswirkungen auf Biotope, Tiere, Pflanzen und Schutzgebiete	65%	1,0	2,6	1,0	2,7	2,6	3,0	1,6	3,0	1,0	5,0	1,0	5,0	1,0	3,0	3,0	3,0	4,7	5,0
Versiegelung (Indikator für Auswirkungen auf Boden, Wasser, Klima und Fläche)	20%	1,0	2,6	1,0	2,7	4,1	3,0	1,6	5,0	1,0	3,0	1,0	5,0	3,0	5,0	3,0	5,0	3,0	3,0
Bewertungskriterien Bau- und Kostenaufwand	**100%**	**3,0**	**2,6**	**1,0**	**1,8**	**3,7**	**3,6**	**1,2**	**5,0**	**1,2**	**2,2**	**1,0**	**2,2**	**3,0**	**5,0**	**3,0**	**5,0**	**1,9**	**5,0**
Neu-/Umbau	30%	3,0	4,2	1,0	3,0	4,8	5,0	1,6	5,0	1,7	5,0	1,0	5,0	3,0	5,0	3,0	5,0	3,3	5,0
Ingenieurbauwerke (Über-/Unterführungen)	70%	3,0	1,8	1,0	1,3	3,2	3,0	1,0	5,0	1,0	1,0	1,0	1,0	3,0	5,0	3,0	5,0	1,3	5,0
Gesamtbewertungsergebnis	**100%** **100%**	**2,1**	**2,2**	**1,4**	**2,1**	**2,5**	**2,5**	**1,8**	**3,1**	**1,6**	**2,8**	**1,6**	**2,5**	**2,1**	**2,9**	**2,5**	**2,8**	**3,0**	**3,8**
Platzierung je Variante je Abschnitt		**1**	**2**	**1**	**1**	**2**	**1**	**1**	**2**	**1**	**2**	**1**	**2**	**1**	**2**	**1**	**2**	**1**	**2**

RAMBØLL Bright ideas. Sustainable change.

Vorlage: 8

Anlage 3 zu BV 613/394/2026

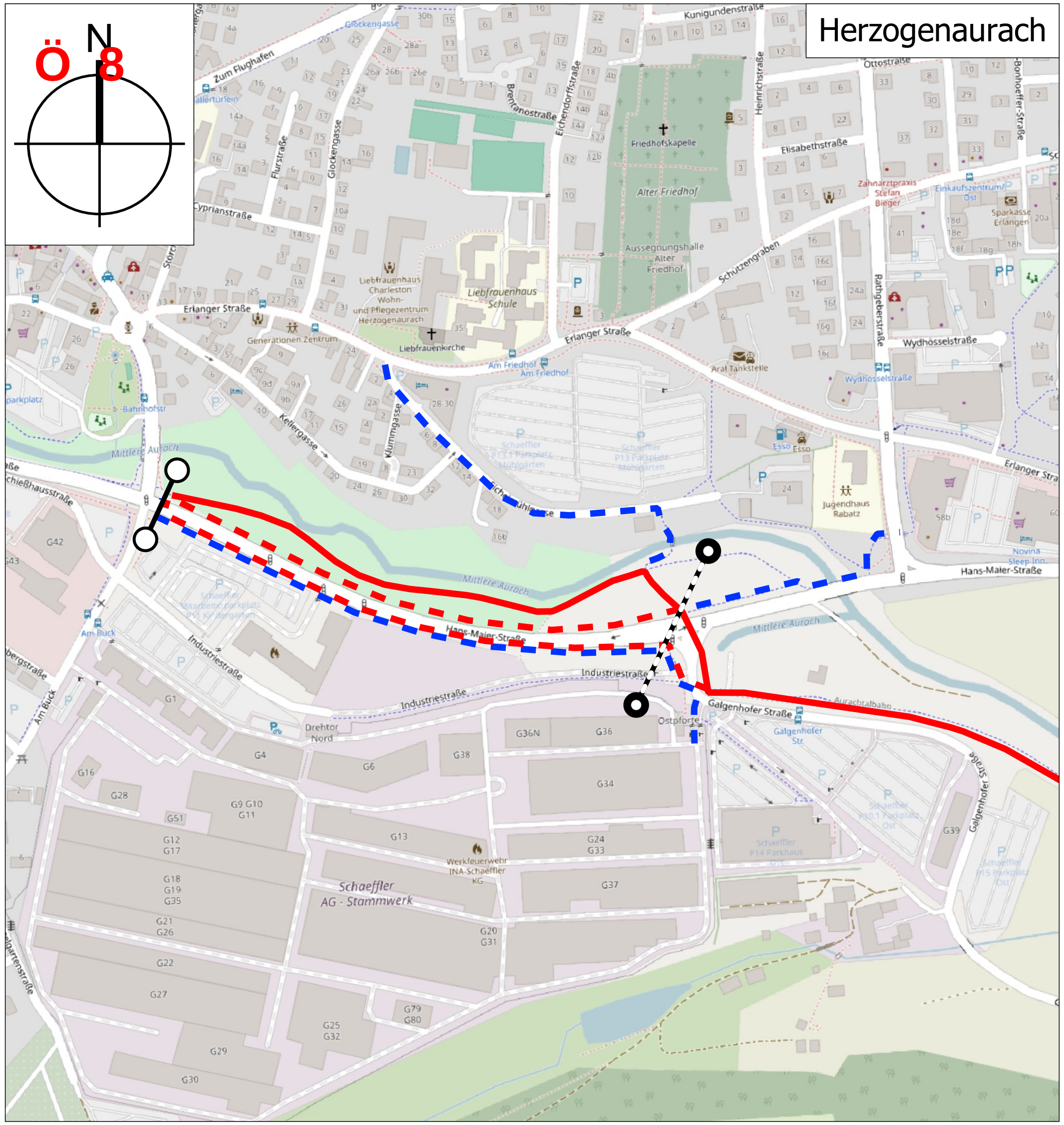
Bewertung RSV-Korridor Erlangen - Herzogenaurach	Gewichtung	Abschnitt 11		Abschnitt 12		Abschnitt 13	Abschnitt 14		Abschnitt 15		Abschnitt 16		Abschnitt 17		Abschnitt 18		Abschnitt 19	
		11.1	11.2	12.1	12.2	13.0	14.1	14.2	15.1	15.2	16.1	16.2	17.1	17.2	18.1	18.2	19.1	19.2
Bewertungskriterien Infrastruktur und Verkehr	**100%**	**2,7**	**2,1**	**2,5**	**2,5**	**2,6**	**1,9**	**1,7**	**1,8**	**1,7**	**1,9**	**1,8**	**2,2**	**2,0**	**1,8**	**1,9**	**1,8**	**1,5**
Trassenmerkmale	**45%**	1,9	1,8	2,8	2,7	1,7	1,7	1,7	1,4	1,7	1,4	1,7	1,4	1,4	1,7	1,2	1,6	1,5
Direktheit/Umwegefaktor	5%	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Knotenpunkte	10%	1,0	1,0	3,0	3,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	3,0	1,0	1,0	1,0
Steigungsstrecken	10%	1,4	1,0	4,4	4,7	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,1
Hochwasserschutz (HQ)	5%	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	2,6	1,0
Stressfaktor/Erholung (Gesundheitsbelastung)	5%	4,6	3,0	3,0	5,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	3,5	1,0	1,4	1,0
Soziale Kontrolle	5%	3,4	5,0	3,0	1,2	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	1,0	3,0	4,6	5,0
Städtebauliche Auswirkungen (Denkmalschutz und Grunderwerb)	5%	2,6	1,8	2,7	1,0	3,0	3,0	3,0	1,0	3,0	1,0	3,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Trassenpotenziale	**20%**	4,2	5,0	4,1	4,5	6,3	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	5,0	5,0	2,6	4,0	2,5	2,5
Einzugsbereich (Einwohnende & Areitsplätze)	5%	2,0	5,0	3,0	3,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	3,0	3,0	5,0	5,0
Regionale ÖPNV-Intermodalität	5%	5,0	5,0	3,5	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	3,0	3,0	3,0	3,0
Verknüpfung Radverkehr (Netzeinbindung)	10%	5,0	5,0	5,0	5,0	7,7	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	5,0	5,0	2,2	5,0	1,0	1,0
Auswirkungen/Konflikte Verkehrssystem	**35%**	2,7	1,0	1,0	1,2	1,6	1,6	1,0	1,6	1,0	1,9	1,1	1,6	1,0	1,4	1,6	1,6	1,0
Fußverkehr	10%	4,6	1,0	1,0	1,4	3,0	3,0	1,0	3,0	1,0	3,0	1,0	3,0	1,0	1,5	3,0	3,0	1,0
ÖPNV	10%	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
MIV (fließend)	5%	4,3	1,0	1,0	1,4	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	2,0	1,0	1,0	2,0	1,0	1,0	1,0
MIV (ruhend)	5%	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,1	1,0	1,0	1,0	1,0
Wirtschaftsverkehr	5%	2,6	1,0	1,0	1,2	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	3,0	1,0	1,0	1,0	1,5	1,0	1,0	1,0
Bewertungskriterien Umwelt	**100%**	**1,3**	**3,6**	**4,0**	**3,8**	**4,0**	**2,7**	**4,0**	**2,7**	**4,0**	**2,7**	**4,0**	**2,7**	**4,0**	**1,4**	**4,0**	**3,8**	**4,0**
Auswirkungen auf die Naherholung	15%	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,1
Auswirkungen auf Biotope, Tiere, Pflanzen und Schutzgebiete	65%	1,4	4,2	4,9	4,7	5,0	3,0	5,0	3,0	5,0	3,0	5,0	3,0	5,0	1,5	5,0	4,6	5,0
Versiegelung (Indikator für Auswirkungen auf Boden, Wasser, Klima und Fläche)	20%	1,4	3,8	3,2	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	1,5	3,0	3,0	3,0
Bewertungskriterien Bau- und Kostenaufwand	**100%**	**1,5**	**3,3**	**2,2**	**2,1**	**2,2**	**1,6**	**2,2**	**1,6**	**2,2**	**1,6**	**2,2**	**1,6**	**2,2**	**1,1**	**2,2**	**1,6**	**2,2**
Neu-/Umbau	30%	2,6	5,0	5,0	4,8	5,0	3,0	5,0	3,0	5,0	3,0	5,0	3,0	5,0	1,5	5,0	3,0	5,0
Ingenieurbauwerke (Über-/Unterführungen)	70%	1,0	2,6	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Gesamtbewertungsergebnis	**### ###**	**2,0**	**2,8**	**2,8**	**2,8**	**3,2**	**2,2**	**3,0**	**2,2**	**3,0**	**2,2**	**3,0**	**2,3**	**3,1**	**1,4**	**3,0**	**2,7**	**2,9**
Platzierung je Variante je Abschnitt		**1**	**2**	**2**	**1**	**1**	**1**	**2**	**1**	**2**	**1**	**2**	**1**	**2**	**1**	**2**	**1**	**2**

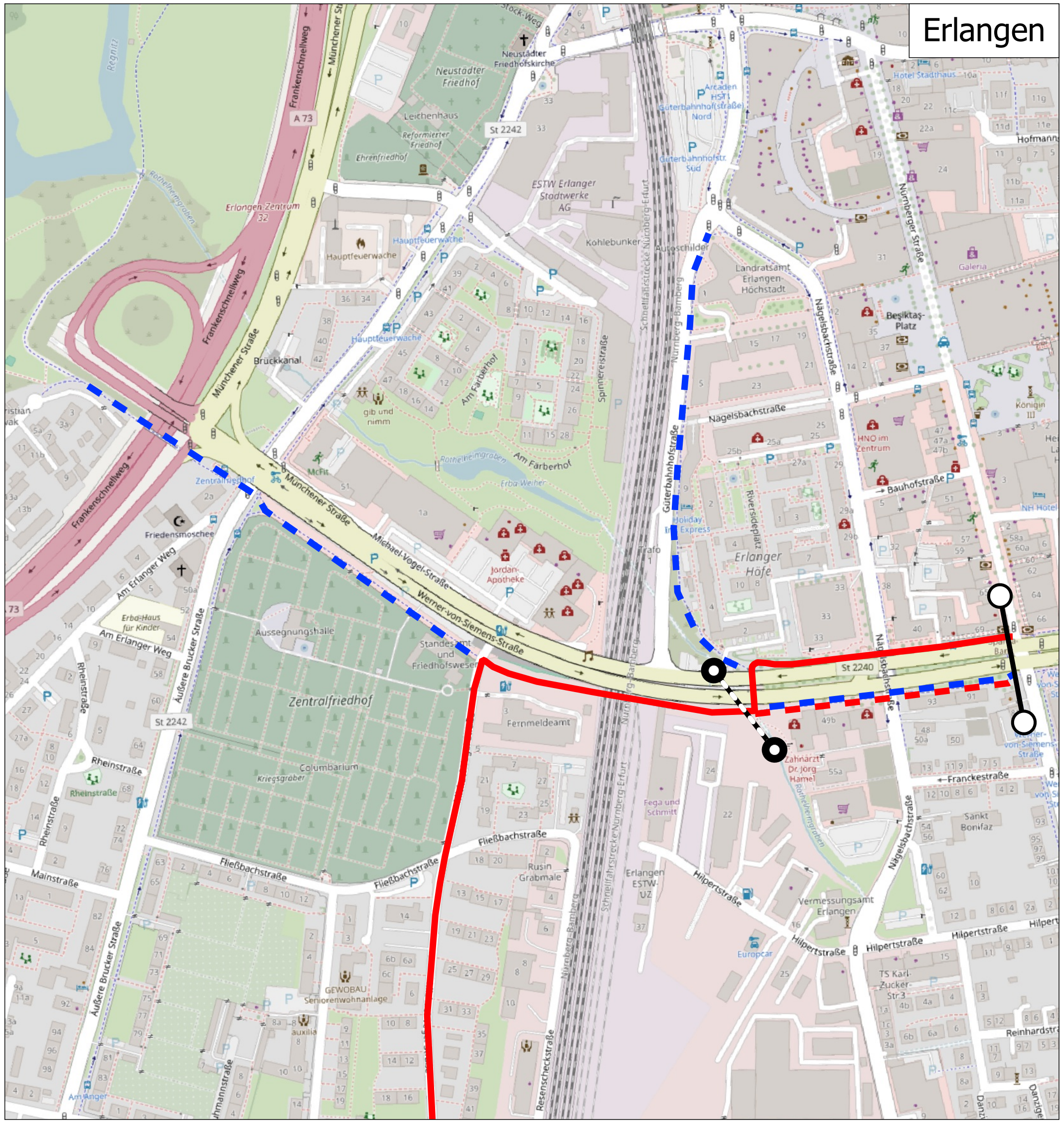
RAMBOLL Bright ideas. Sustainable change.

Anlage 3 zu BV 613/394/2026

Bewertung RSV-Korridor Erlangen - Herzogenaurach	Gewichtung	Abschnitt 20		Abschnitt 21		Abschnitt 22		
		20.1	20.2	21.1	21.2	22.1	22.2	22.3
Bewertungskriterien Infrastruktur und Verkehr	**100%**	**1,7**	**1,4**	**2,2**	**1,3**	**1,7**	**1,5**	**2,0**
Trassenmerkmale	**45%**	1,7	1,4	2,3	1,0	1,7	1,9	1,4
Direktheit/Umwegefaktor	5%	1,0	1,0	1,1	1,0	1,1	1,0	1,0
Knotenpunkte	10%	1,0	1,0	5,0	1,0	1,0	3,0	1,0
Steigungsstrecken	10%	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Hochwasserschutz (HQ)	5%	3,0	1,0	1,0	1,0	3,0	1,0	1,0
Stressfaktor/Erholung (Gesundheitsbelastung)	5%	1,0	1,0	5,0	0,7	3,0	5,0	5,0
Soziale Kontrolle	5%	5,0	5,0	1,0	1,0	3,0	1,0	1,0
Städtebauliche Auswirkungen (Denkmalschutz und Grunderwerb)	5%	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Trassenpotenziale	**20%**	2,0	2,0	1,0	1,5	2,0	1,5	1,0
Einzugsbereich (Einwohnende & Areitsplätze)	5%	3,0	3,0	1,0	1,0	3,0	1,0	1,0
Regionale ÖPNV-Intermodalität	5%	3,0	3,0	1,0	3,0	3,0	3,0	1,0
Verknüpfung Radverkehr (Netzeinbindung)	10%	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Auswirkungen/Konflikte Verkehrssystem	**35%**	1,6	1,0	2,7	1,6	1,6	1,0	3,3
Fußverkehr	10%	3,0	1,0	5,0	1,0	3,0	1,0	5,0
ÖPNV	10%	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	5,0
MIV (fließend)	5%	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
MIV (ruhend)	5%	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Wirtschaftsverkehr	5%	1,0	1,0	5,0	5,0	1,0	1,0	1,0
Bewertungskriterien Umwelt	**100%**	**4,0**	**4,0**	**2,7**	**3,1**	**4,0**	**4,4**	**3,1**
Auswirkungen auf die Naherholung	15%	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Auswirkungen auf Biotope, Tiere, Pflanzen und Schutzgebiete	65%	5,0	5,0	3,0	3,0	5,0	5,0	3,0
Versiegelung (Indikator für Auswirkungen auf Boden, Wasser, Klima und Fläche)	20%	3,0	3,0	3,0	5,0	3,0	5,0	5,0
Bewertungskriterien Bau- und Kostenaufwand	**100%**	**1,6**	**2,2**	**1,6**	**2,2**	**1,6**	**2,2**	**2,2**
Neu-/Umbau	30%	3,0	5,0	3,0	5,0	3,0	5,0	5,0
Ingenieurbauwerke (Über-/Unterführungen)	70%	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Gesamtbewertungsergebnis	**###** **###**	**2,8**	**2,9**	**2,3**	**2,4**	**2,8**	**3,1**	**2,6**
Platzierung je Variante je Abschnitt		**1**	**2**	**1**	**2**	**2**	**3**	**1**

RAMBOLL Bright ideas. Sustainable change.





Legende

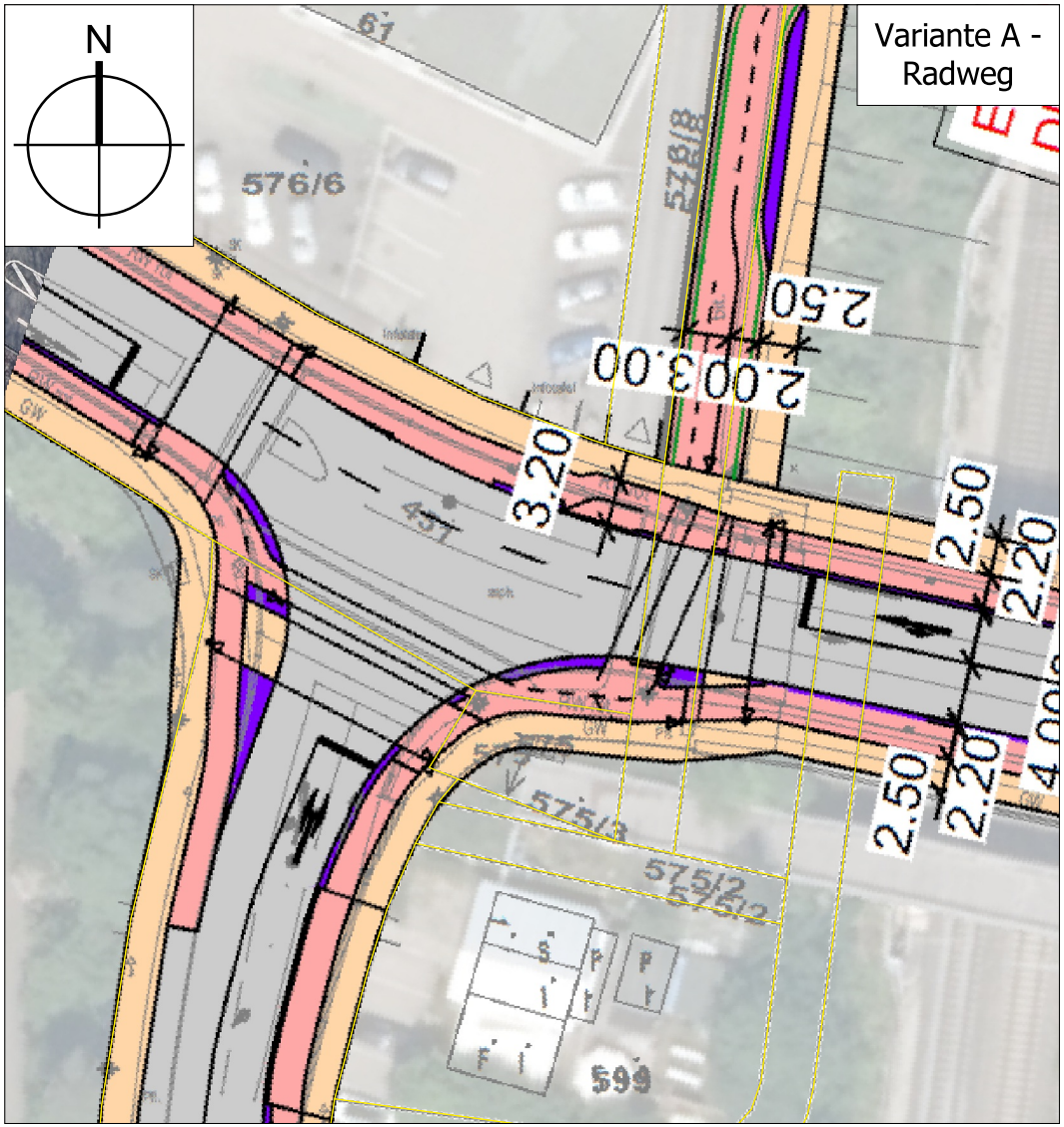
- Vorzugstrasse
- Auffächerung
- untersuchte Variante
- Planungsgrenze (alt)
- Planungsgrenze (neu)

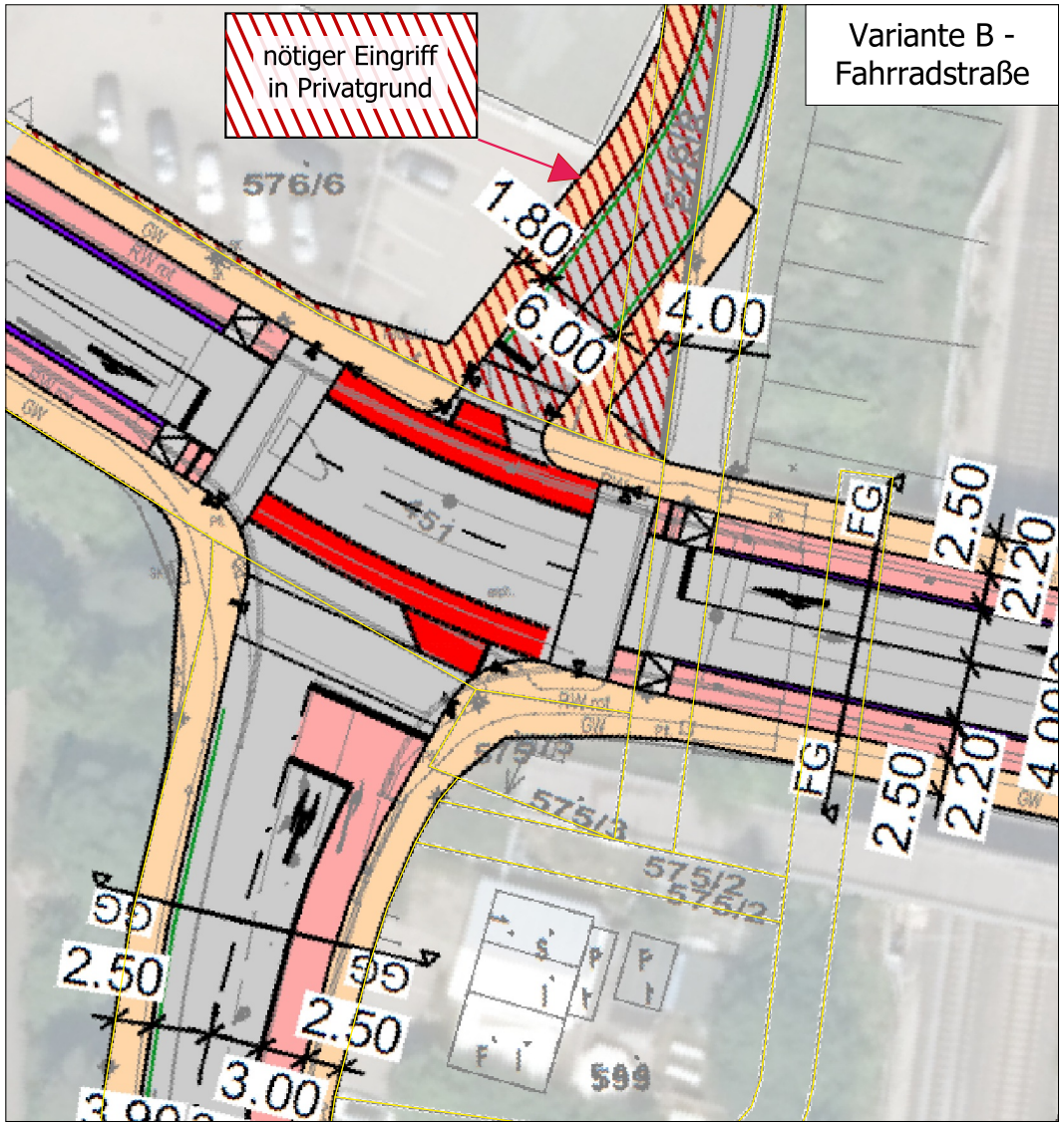
Amt für Stadtplanung und Mobilität

Anlage 4 zu BV 613/394/2026/1

(1/4) Auffächerung der Endstrecken

Maßstab: 1:7.000 (in A4)	Gezeichnet: 613 / Wagner	Erstellt am: 27.10.2026





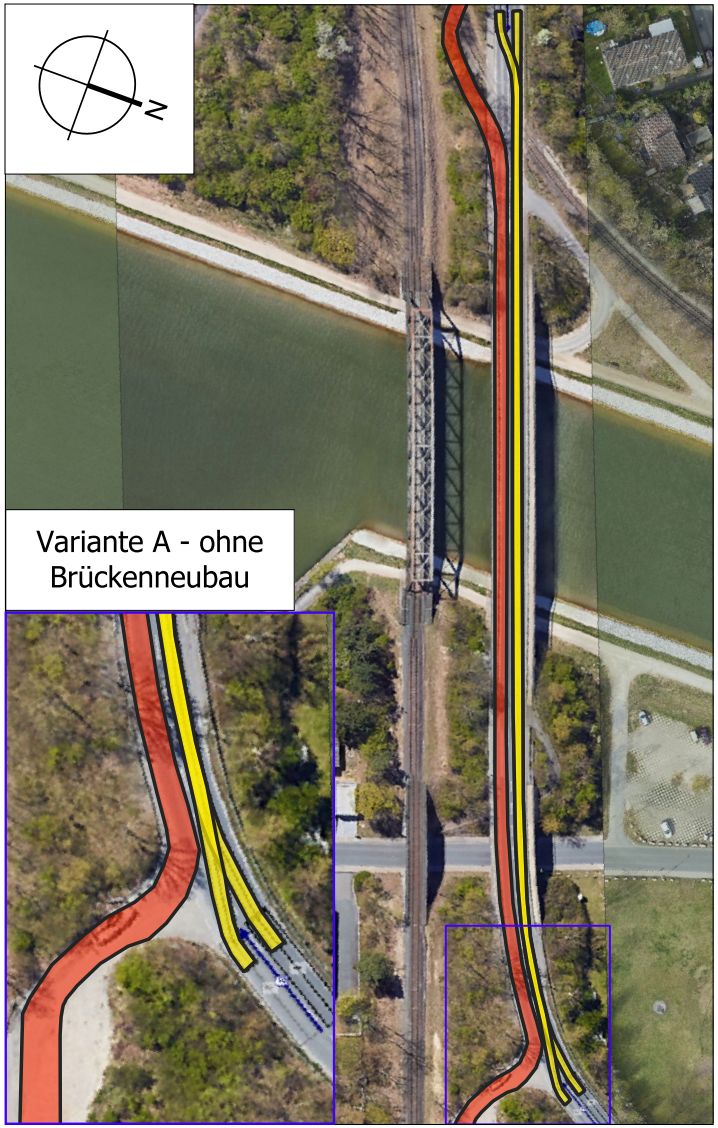
Die Variante A wird weiterverfolgt, da die Umsetzung ohne Eingriff in private Grundstrücke nordwestlich des Knotens möglich ist. Die Knotenpunktgestaltung wird im Verlauf der Entwurfsplanung in einem Sicherheitsaudit geprüft und gegebenenfall weiter angepasst. Die in der Signalsteuerung vorhandene Busbeschleunigung soll beibehalten werden.

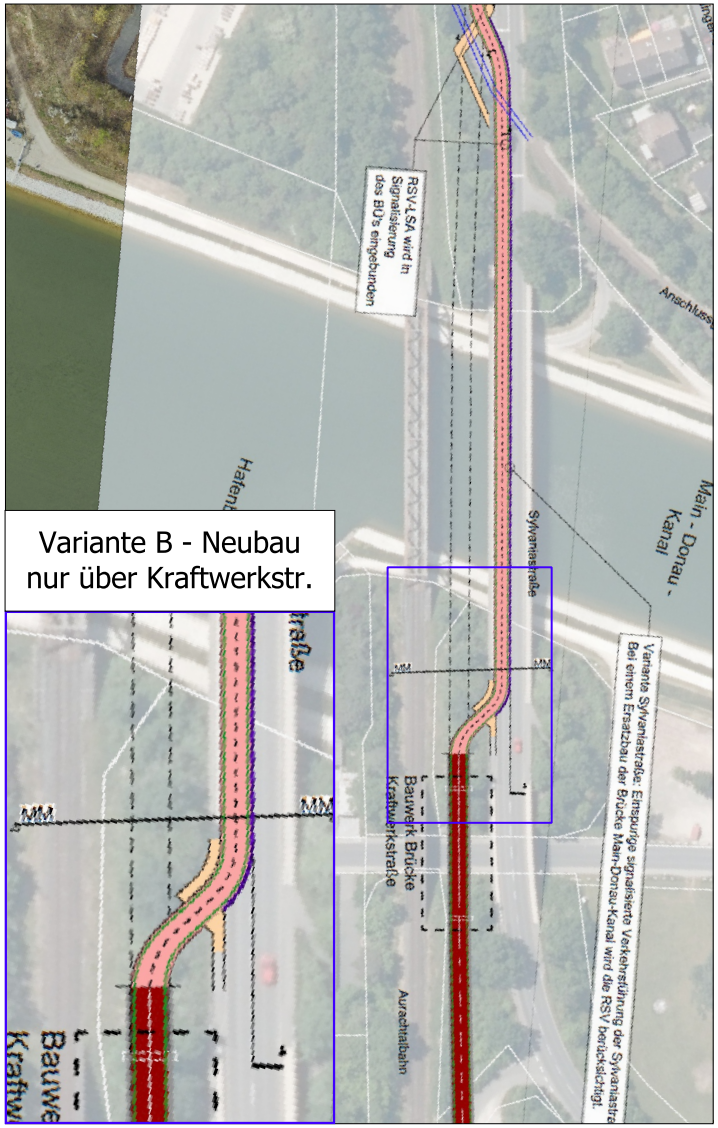
Amt für Stadtplanung und Mobilität

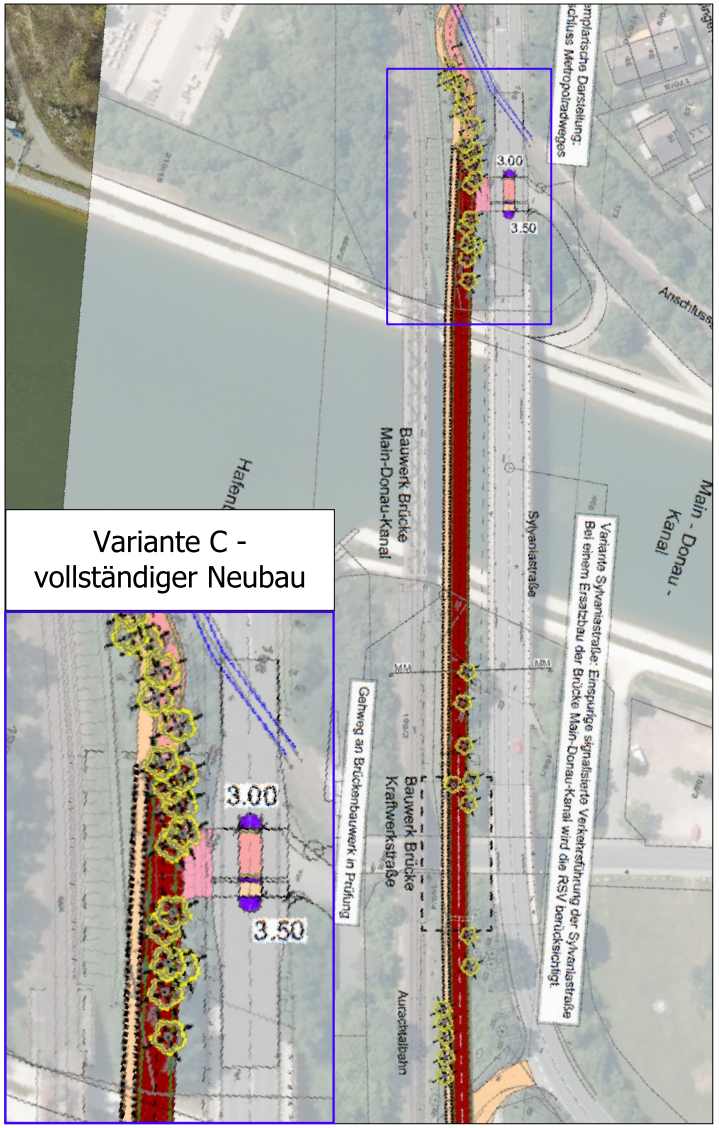
Anlage 4 zu BV 613/394/2026/1

(2/4) Felix-Klein-Straße / Am Brucker Bahnhof / Brucker Radweg

Maßstab: 1:500 (in A4)	Gezeichnet: 613 / Wagner	Erstellt am: 27.10.2026







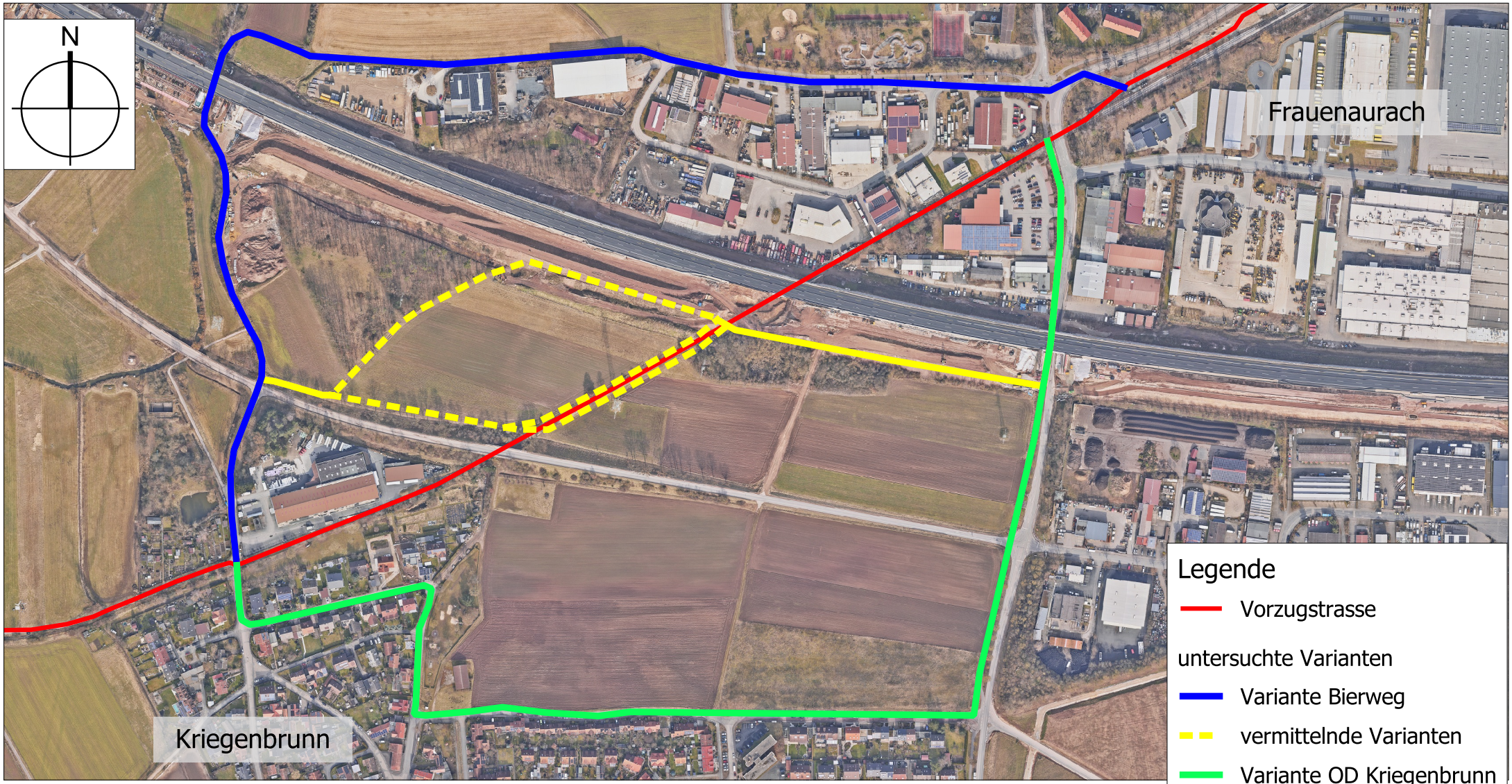
Für einen möglichen Verzicht auf einen Brückenneubau über den Main-Donau-Kanal und die Kraftwerkstraße (Var. A und B) wurde eine Engstellensignalisierung nach HBS berechnet, d.h. der Kfz-Verkehr würde signalisiert abwechselnd auf dem nördlichen Fahrstreifen und der Radverkehr davon unabhängig im Zwei-Richtungs-Verkehr auf dem südlichen Fahrstreifen. Diese ergibt eine durchschnittliche Wartezeit für den Kfz-Verkehr von 64 s (Var. A; entspricht QSV D) bzw. 42 s (Var. B; entspricht QSV B/C) für die ungünstigere Richtung in der Spitzenstunde.
Da die Varianten A und B von verschiedenen Beteiligten kritisch gesehen werden wird Variante C weiterverfolgt, d.h der Neubau einer Rad- & Fußbrücke über Kanal und Kraftwerkstraße.

Amt für Stadtplanung und Mobilität

Anlage 4 zu BV 613/394/2026/1

(3/4) Überquerung Main-Donau-Kanal & Kraftwerkstraße bei Frauenaurach

Maßstab: 1:2.000 (in A4)	Gezeichnet: 613 / Wagner	Erstellt am: 27.10.2026



Es wurden verschiedene Alternativen zu einer Freistellung der Bahntrasse geprüft. Alle Alternativen weisen im Vergleich zur Nutzung der Bahntrasse jedoch deutliche Nachteile auf, darunter u.a.

Bierweg & vermittelnde Varianten: Umwelt- und Gewässerschutz, hoher Umbau-Aufwand und Versieglung landwirtschaftlich genutzter Fläche, Umwegigkeit. Ortsdurchfahrt (OD) Kriegenbrunn: Steigungen, Versieglung landwirtschaftlich genutzter Flächen, Konflikte mit Kfz- und Busverkehr, Umwegigkeit.

Daher wird trotz der Notwendigkeit einer Freistellung nach § 23 AEG weiter an der Vorzugstrasse festgehalten.

Amt für Stadtplanung und Mobilität

Anlage 4 zu BV 613/394/2026/1

(4/4) Aurachtalbahn Frauenaurach-Kriegenbrunn

Maßstab: 1:5.000 (in A4)	Gezeichnet: 613 / Wagner	Erstellt am: 27.10.2026

Ö 8

Vorplanung Radschnellverbindung Erlangen-Herzogenaurach

22.09.2026

Stadt
Erlangen

Amt für Stadtplanung und Mobilität

Fachlicher Input

© Stadt Erlangen

Wieso eigentlich schnell?

Das „schnell“ in Radschnellverbindungen bezieht sich neben der Vermeidung von Umwegen vor allem auf Kreuzungen und Ampeln. Hier soll der Radverkehr bevorzugt behandelt werden, um lange Wartezeiten zu vermeiden. Dies kann auch durch Brücken oder Tunnel sichergestellt werden. Dadurch gelingt es den Radfahrenden schneller an ihr Ziel zu kommen, da man kaum stehen bleiben muss.

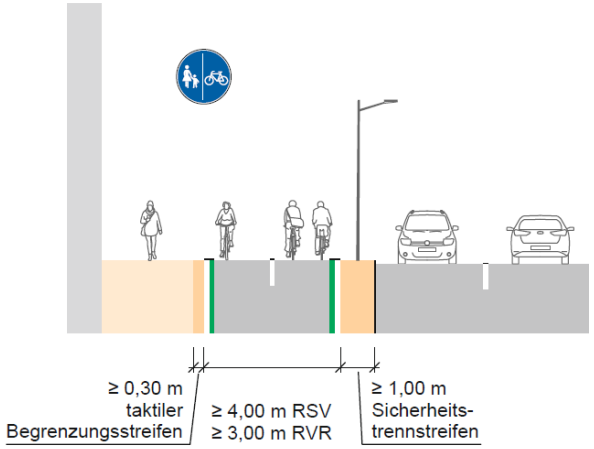
„Schnell“ bedeutet hier „mit wenig Zeitverlust“, *nicht „mit hoher Geschwindigkeit“!*

© Stadt Erlangen

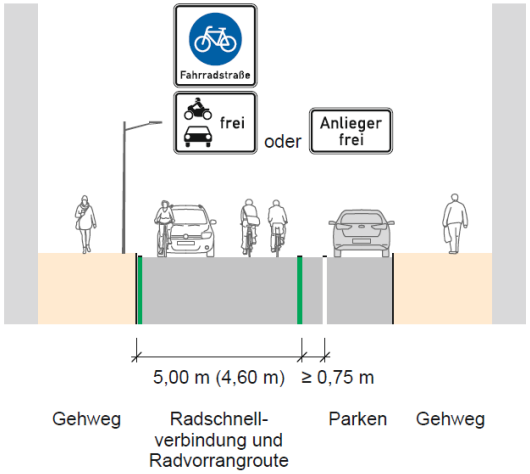
Wie sieht eine Radschnellverbindung aus?

Regelquerschnitte nach H RSV

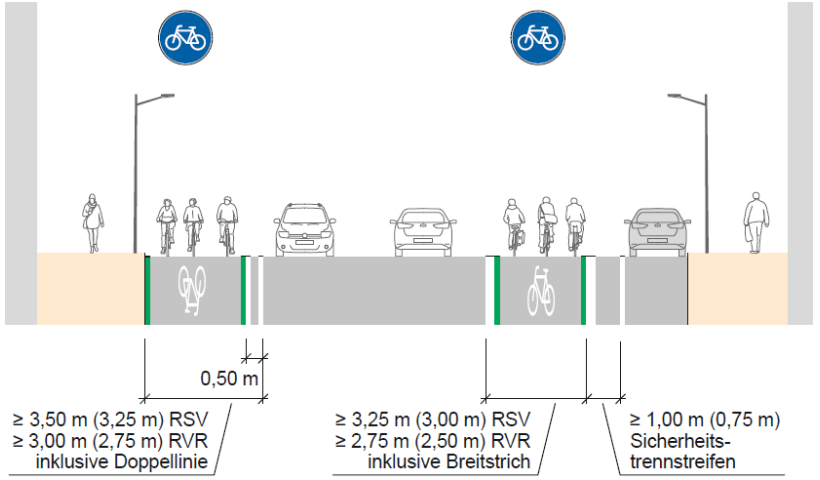
Radweg



Fahrradstraße



Radfahrstreifen



Quelle: H RSV 2021

Wie sieht eine Radschnellverbindung aus?

Beispiele für Bestandsinfrastruktur auf RSV-Standard


Weg nördlich Zentralfriedhof



Pommernstraße


Bayernstraße

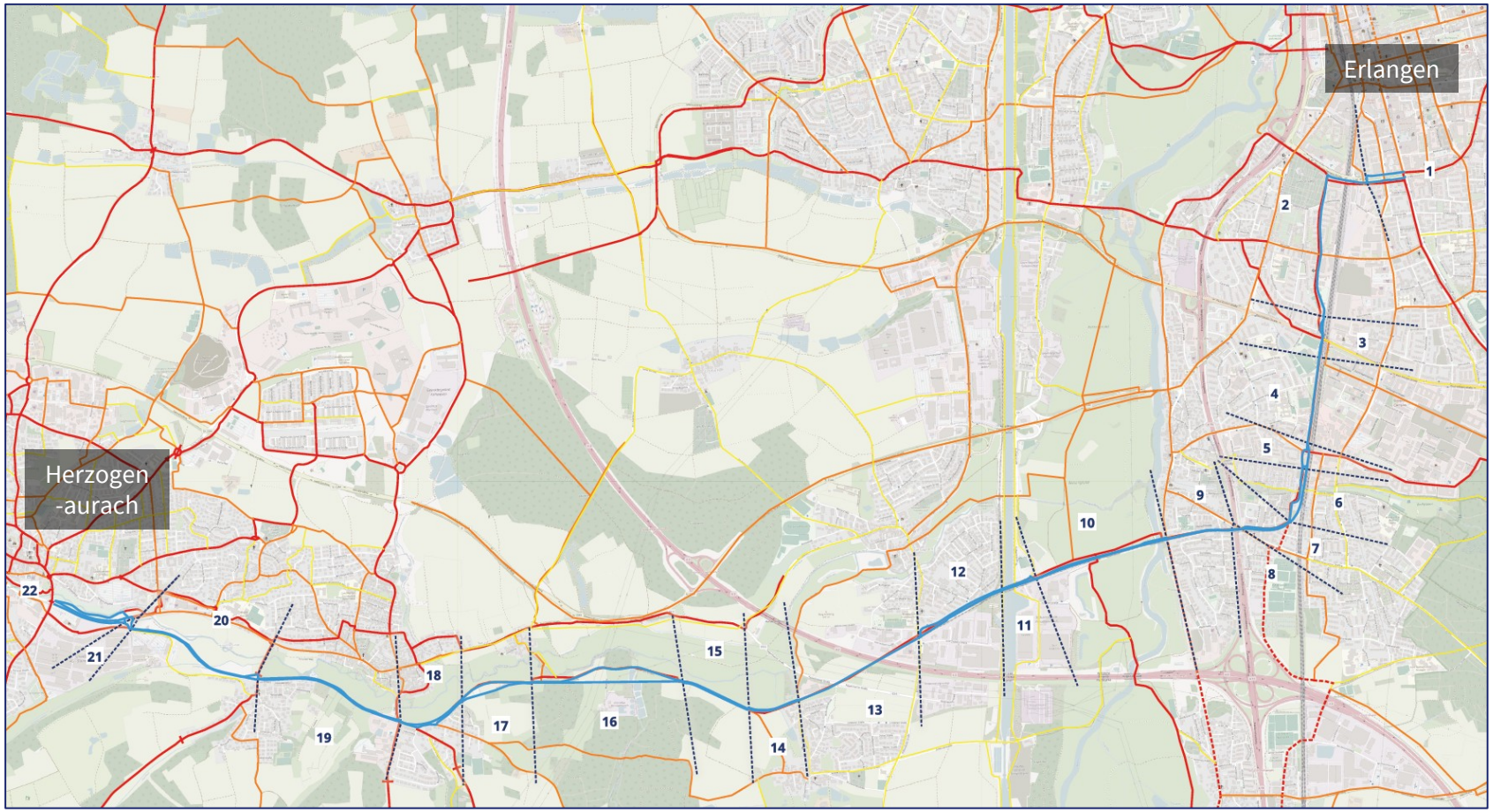
Fotos: Daleiden-Lorper, Stadt Erlangen

Vorzugstrasse

© Stadt Erlangen

Wo verläuft die Radschnellverbindung?

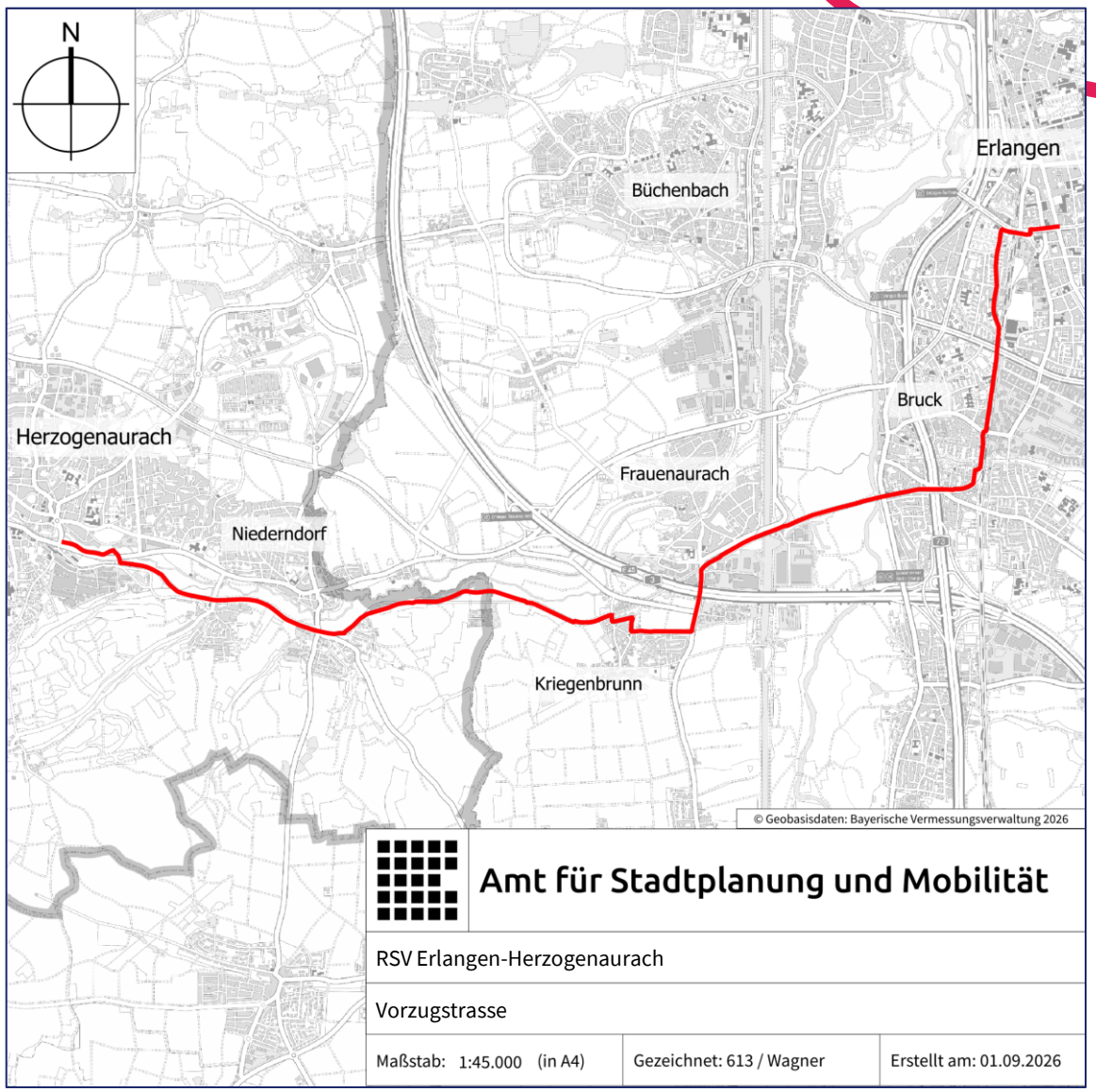
- Großräumige Variantenunter-suchung bereits durch Machbarkeitsstudie 2017
- Kleinräumige Variantenunter-suchung zur Definition der Vorzugstrasse
  - Analyse von 22 Abschnitten mit mehreren Varianten
  - Bewertung in 20 Kategorien



Wo verläuft die Radschnellverbindung?

Die Vorzugstrasse verläuft:

- Geh-/Radweg neben der Werner-von-Siemens-Straße
- Fahrradstraße Michael-Vogel-Straße
- Brucker Radweg
- Am Brucker Bahnhof & Wladimirstraße (Anschluss S-Bahn)
- Brücke über A 73
- Parallel zur Aurachtalbahn bis Frauenaurach
- Durch Kriegenbrunn (Hüttendorfer Straße, Londoner Straße, Wallensteinstraße, Gustav-Adolf-Straße)
- Parallel zur Aurachtalbahn bis Herzogenaurach (Kreuzung Galgenhofer Str./Hans-Maier-Straße)
- Radweg im Aurachtal bis Bahnhofstraße



Planungskonzept
Abschnittsbetrachtung

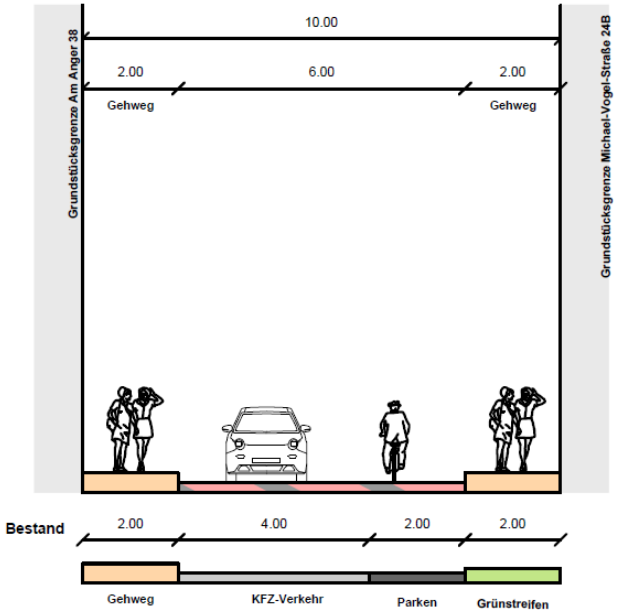
© Stadt Erlangen

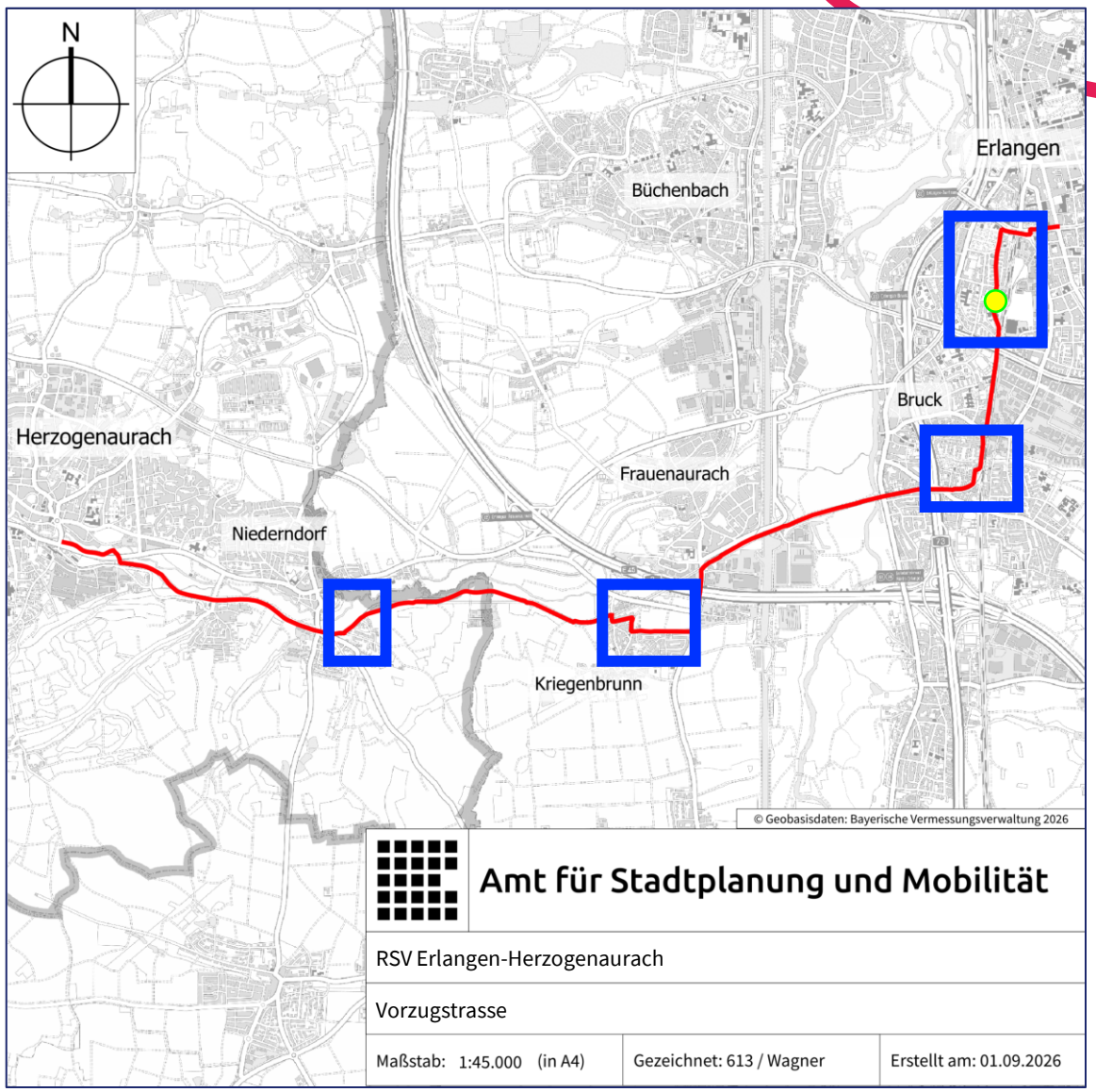
Abschnitte in Wohngebieten

Führung in der Regel als Fahrradstraße, meist als Markierung im Bestand; teilweise mit ampelgeregelten Knoten an den Zufahrten

Schnitt DA

Abschnitt Michael-Vogel-Straße zwischen Am Anger und Jäckelstraße
Lösung: Fahrradstraße



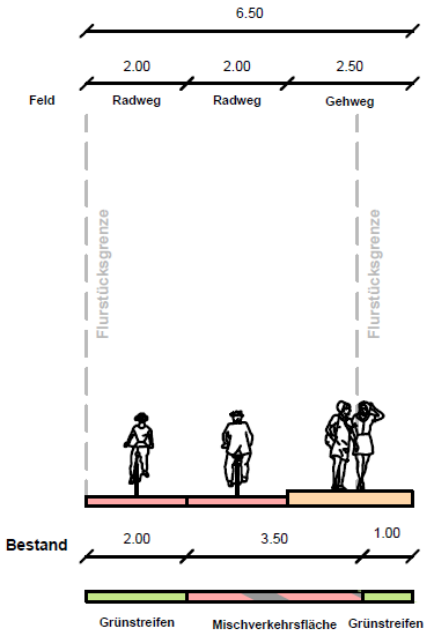


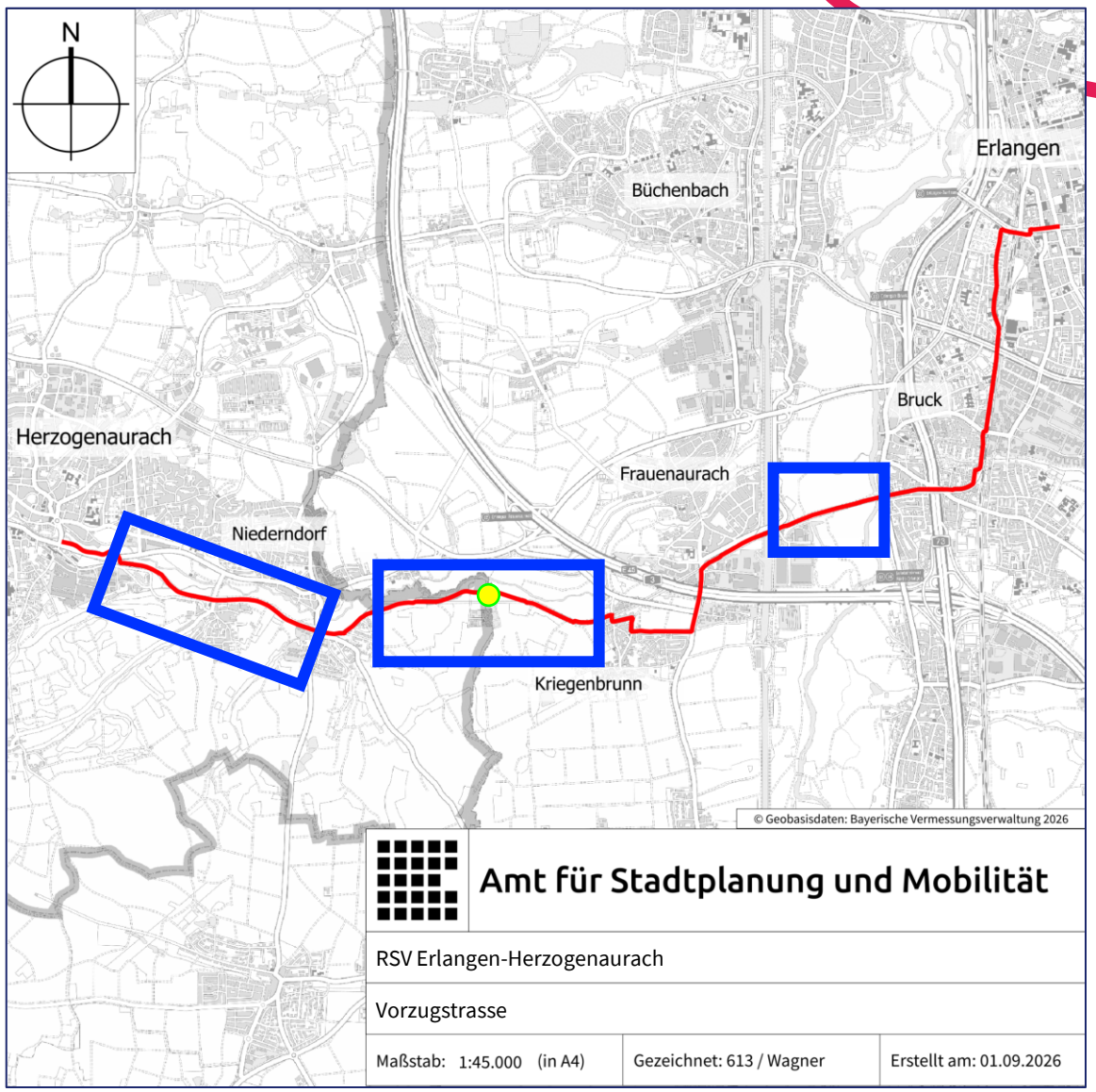
Abschnitte in landwirtschaftlich genutzten Gebieten

Führung in der Regel als Radweg und begleitender Gehweg mit Freigabe für den landwirtschaftlichen Verkehr

Schnitt QQ

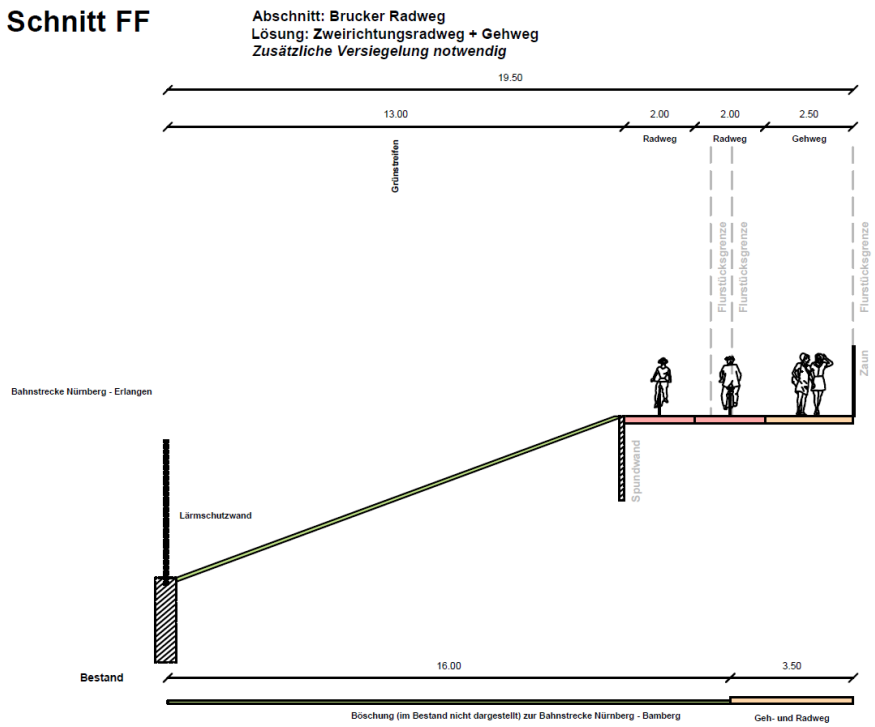
Zwischen Kriegenbrunn und Niederndorf
Lösung: Zweichrichtungsradweg
Zusätzliche Versiegelung notwendig

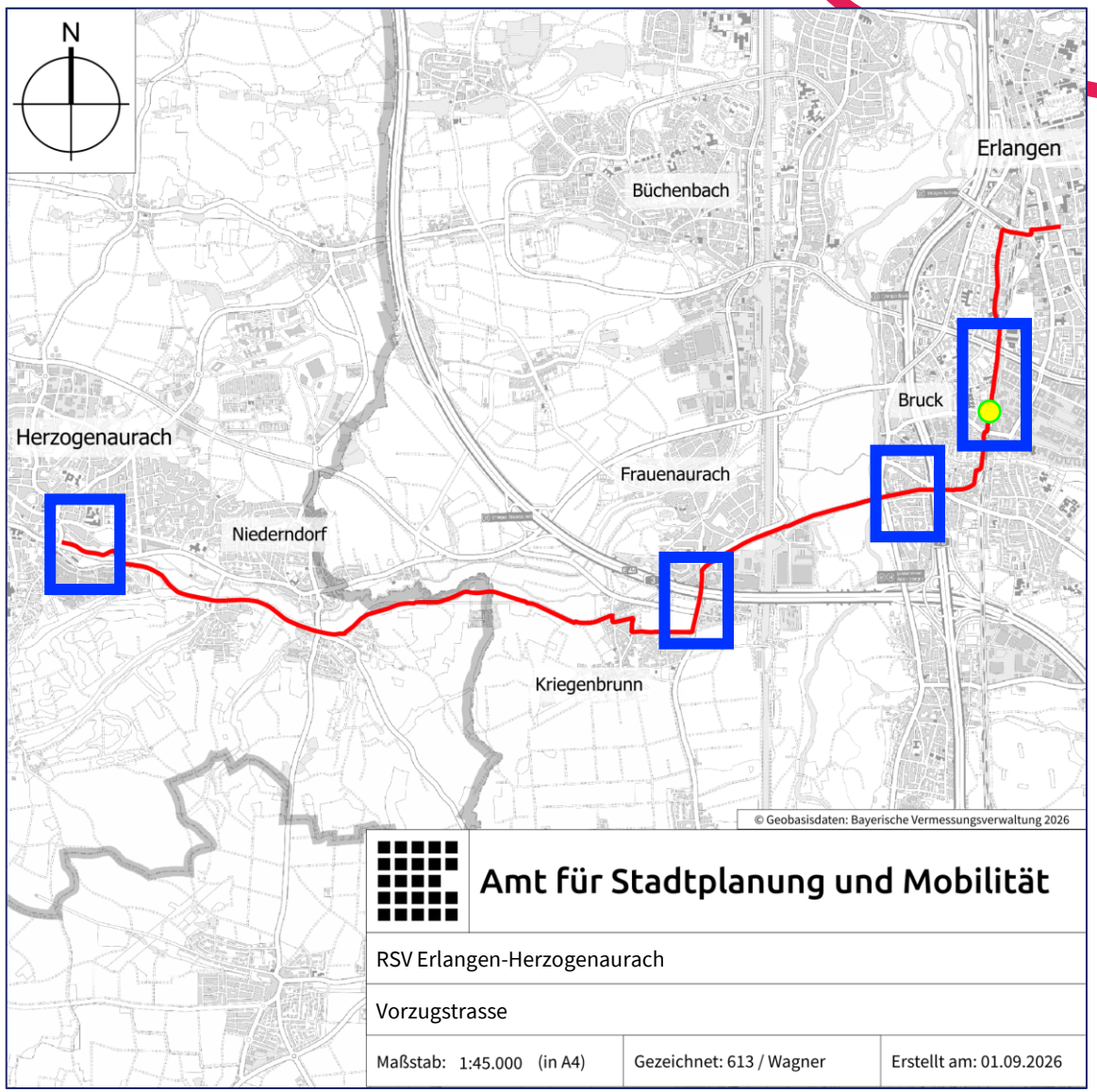




Abschnitte mit bestehenden Geh-/Radwegen

In der Regel Ausbau auf ausreichende Breite (falls nötig mit unterstützendem Ingenieurbauwerk), Trennung von Rad- und Fußverkehrsflächen





Öffentlichkeitsarbeit

© Stadt Erlangen

Wo gibt’s Informationen?

→ erlangen.de/radschnellweg



© Stadt Erlangen

Welche Termine fanden statt?

21.11.2024 AG Rad

19.03.2025 StBR Anger/Bruck

25.03.2025 OBR Kriegenbrunn

26.03.2025 OBR Frauenaurach/Neuses

08.04.2025 Planungs- & Umweltausschuss UA Herzogenaurach

17.09.2025 Mobilitätstag am Rathaus

29.09.2025 Befahrung Abschnitt Herzogenaurach

01.10.2025 Infostand & Befahrung Abschnitt Anger/Bruck

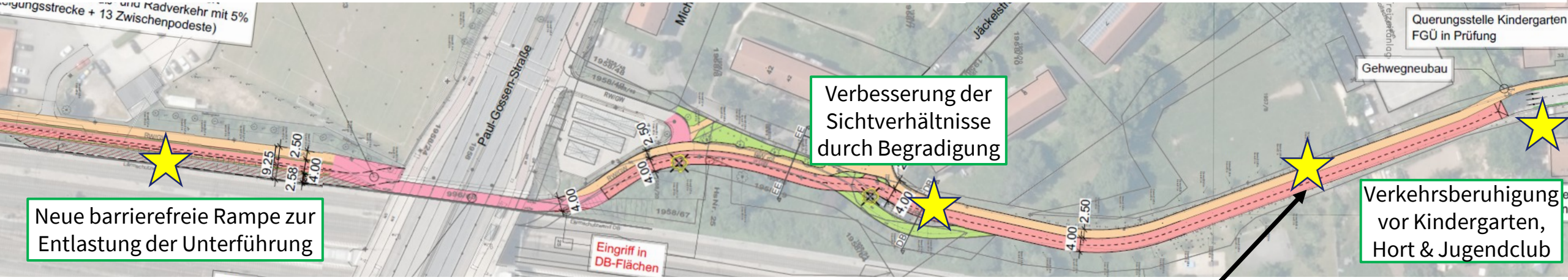
15.10.2025 Infostand & Befahrung Abschnitt Kriegenbrunn-Frauenaurach

© Stadt Erlangen

Planungskonzept
Beispielhafte Verbesserungen und kritische Punkte

© Stadt Erlangen

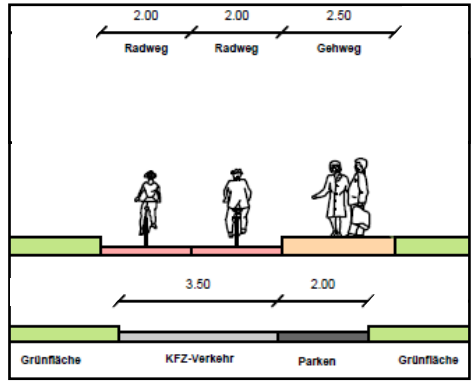
Michael-Vogel.Straße



Neue barrierefreie Rampe zur Entlastung der Unterführung

Verbesserung der Sichtverhältnisse durch Begradigung

Verkehrsberuhigung vor Kindergarten, Hort & Jugendclub



Ziel

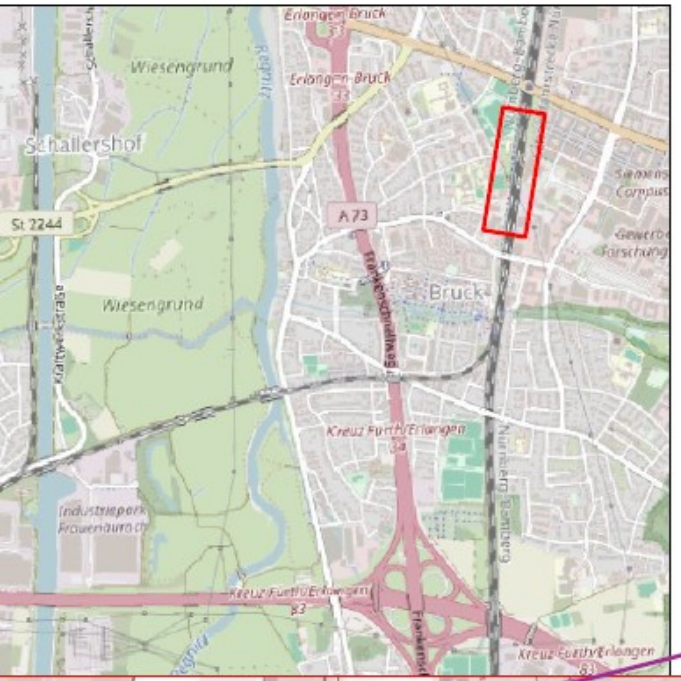
Bestand



Neuer Gehweg, Trennung von Fuß- und Radverkehr, mehr Platz für Fuß- & Radverkehr

© Stadt Erlangen

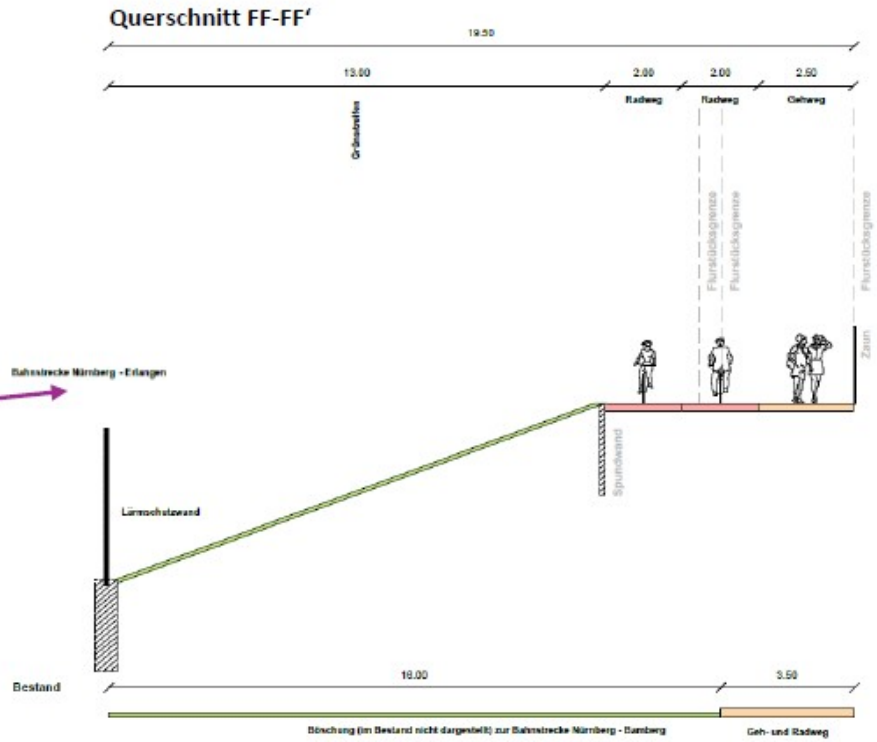
Stützmauer „Brucker Radweg“

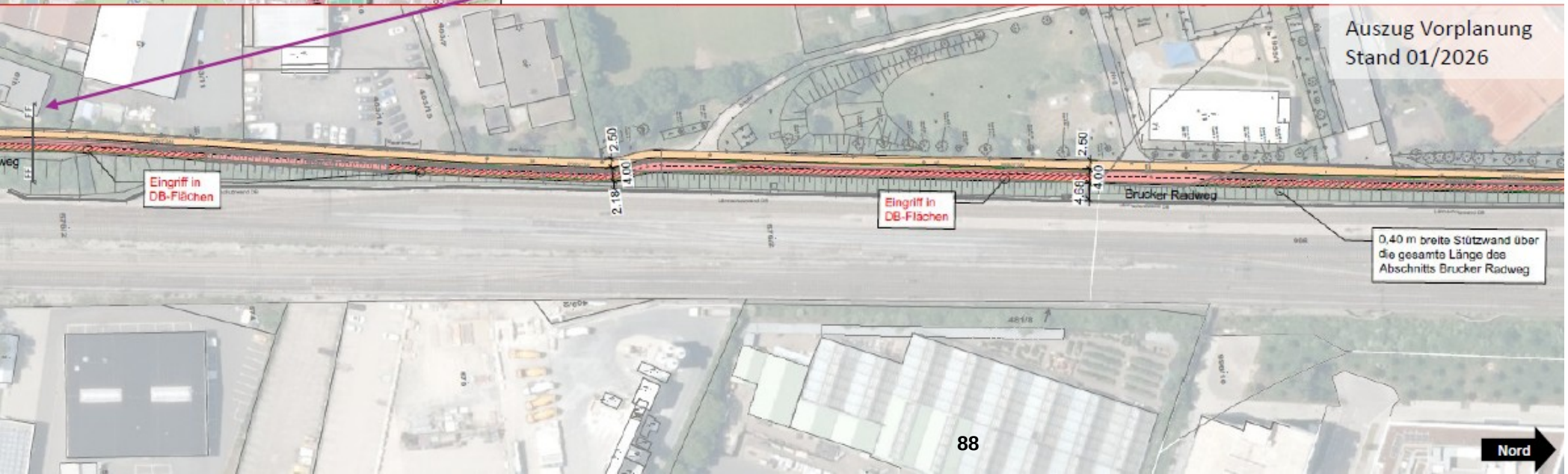


Abschnitt zwischen S-Bahnhöfen „Paul-Gossen Straße“ und „Bruck“ (genauer: zwischen Brücke Paul-Gossen-Straße und Brücke Felix-Klein-Straße)

kein Eingriff in Gleis nötig, aber eine Stützwand (Höhe noch nicht abschließend geklärt) – siehe Querschnitt

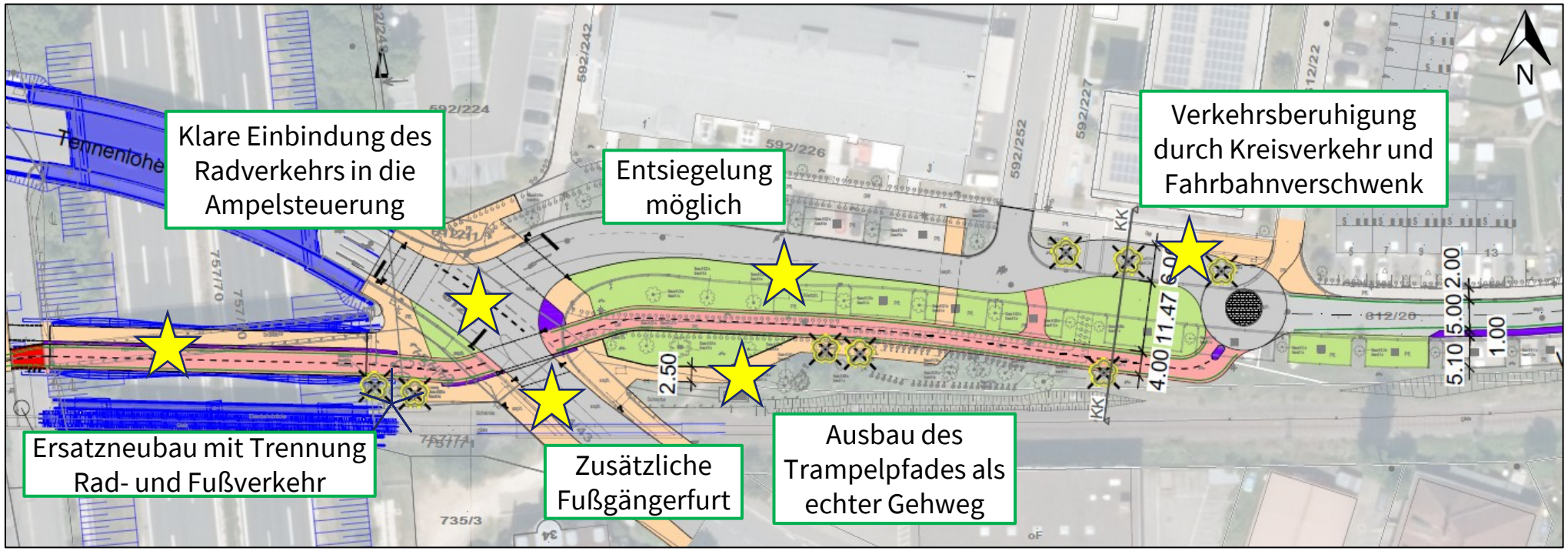
Richtung Norden vermutlich höhere Stützwand, da Böschungsbreite abnehmend





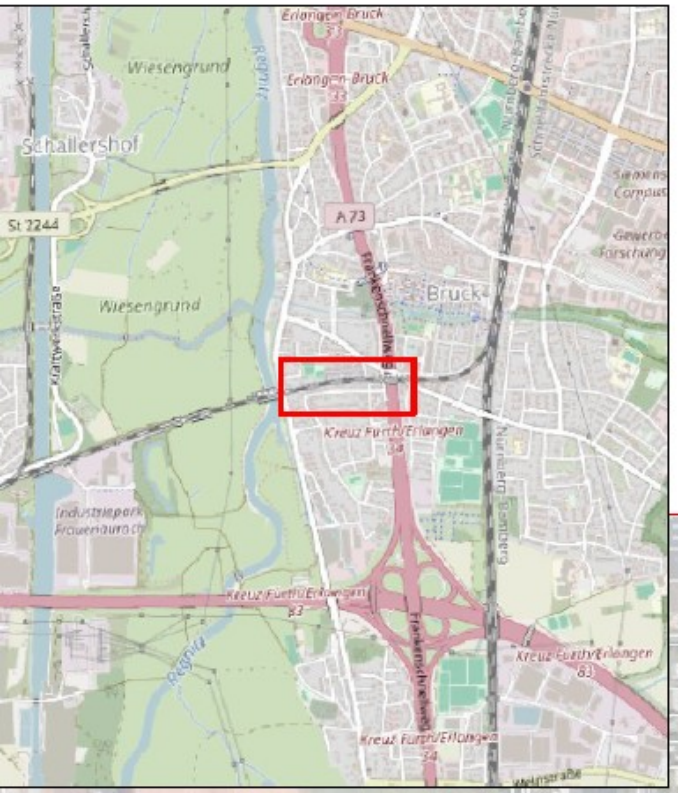
© Stadt Erlangen

Wladimirstraße / Tennenloher Straße

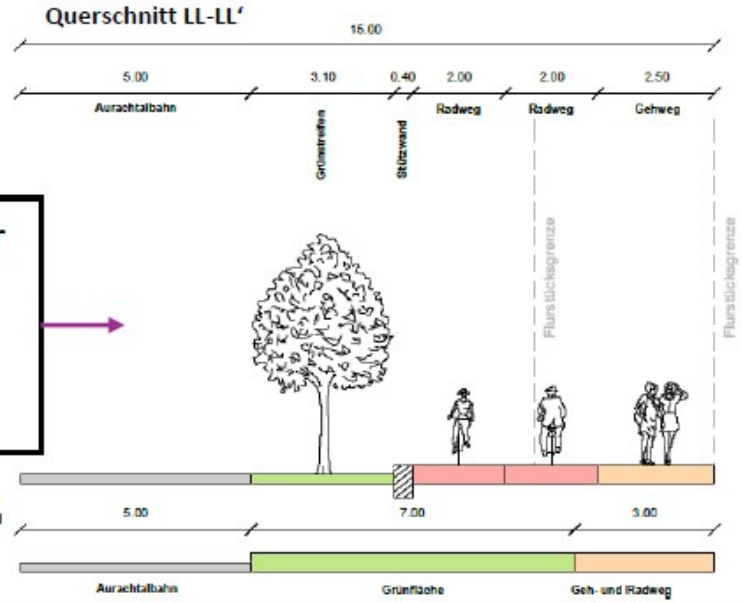


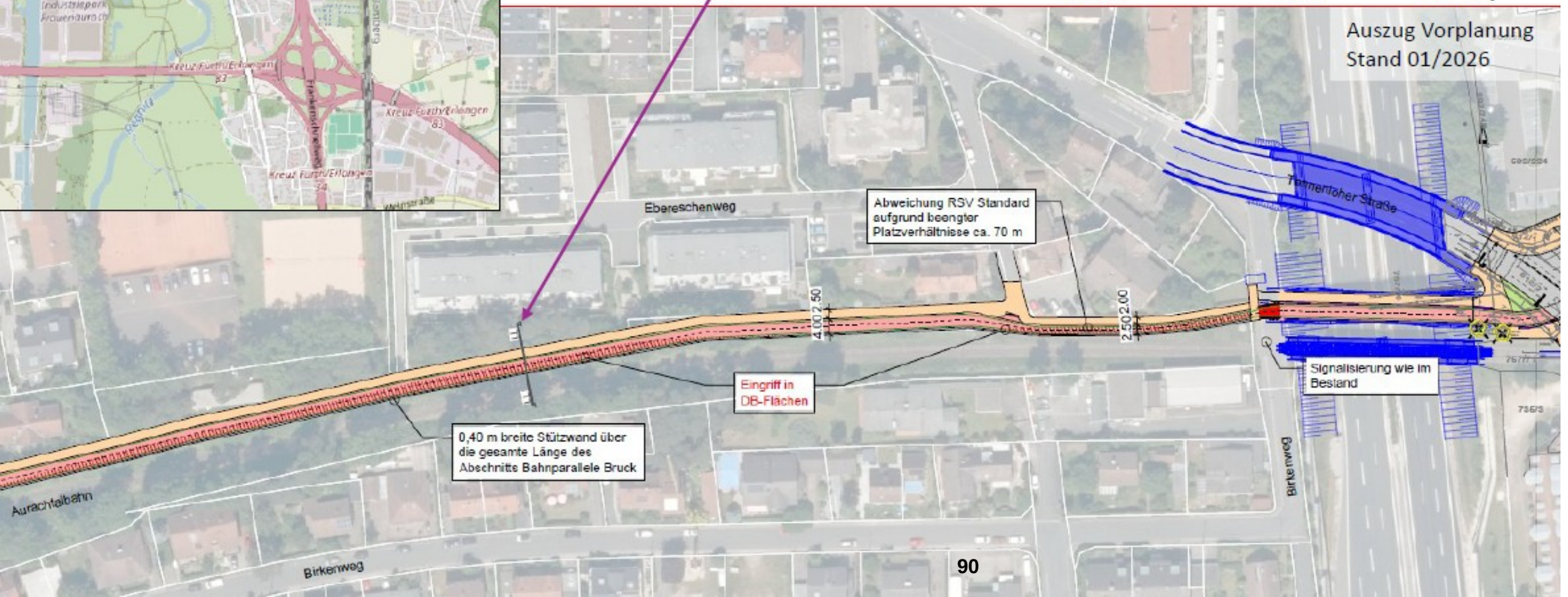
Quelle: cyclomedia

Stützmauer „Bahnparallele Bruck“



Kein Eingriff in Gleis nötig, aber eine Stützwand (Höhe noch nicht abschließend geklärt) – siehe Querschnitt





Brücken Main Donau Kanal

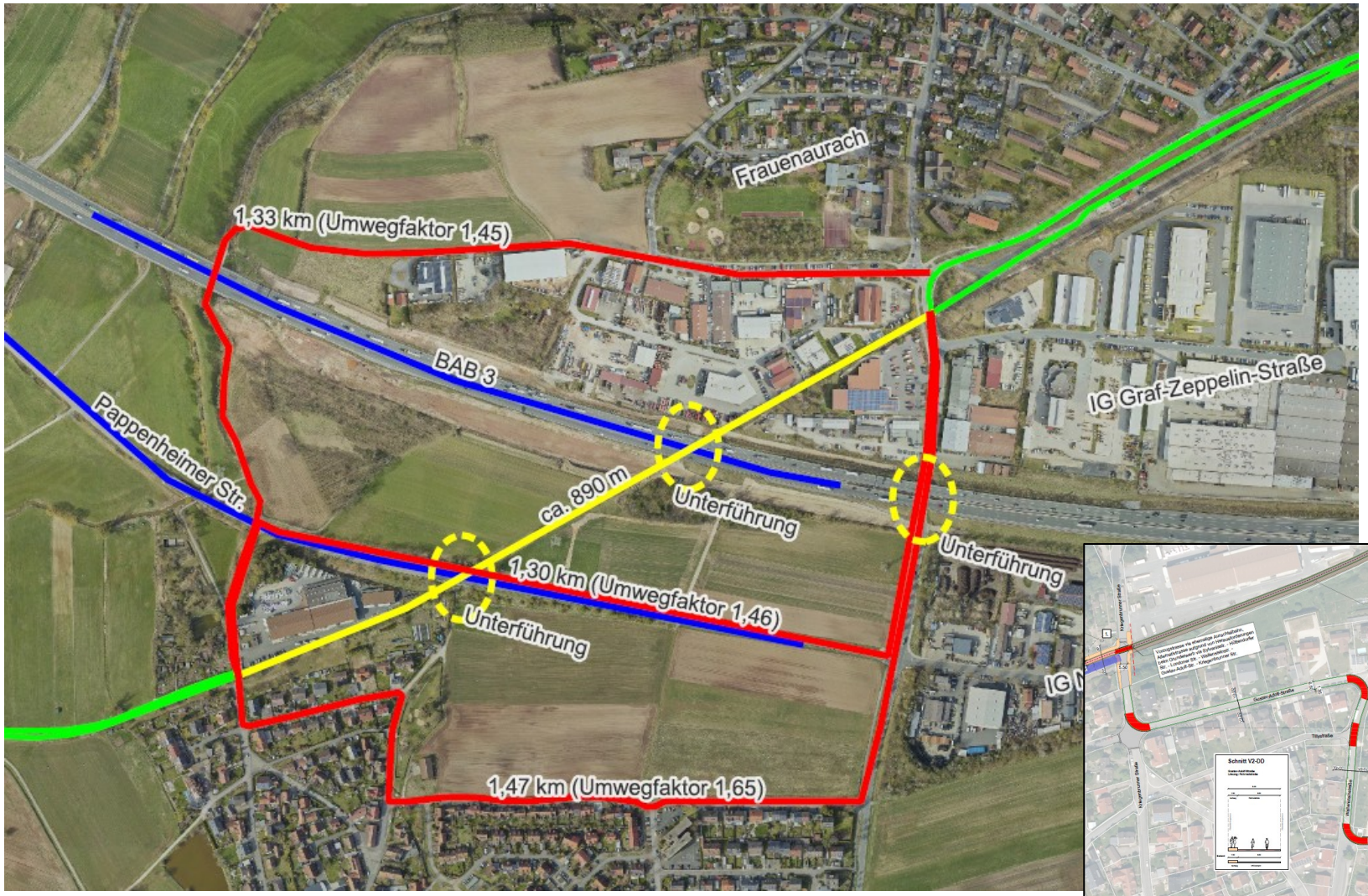


Neue Brücke

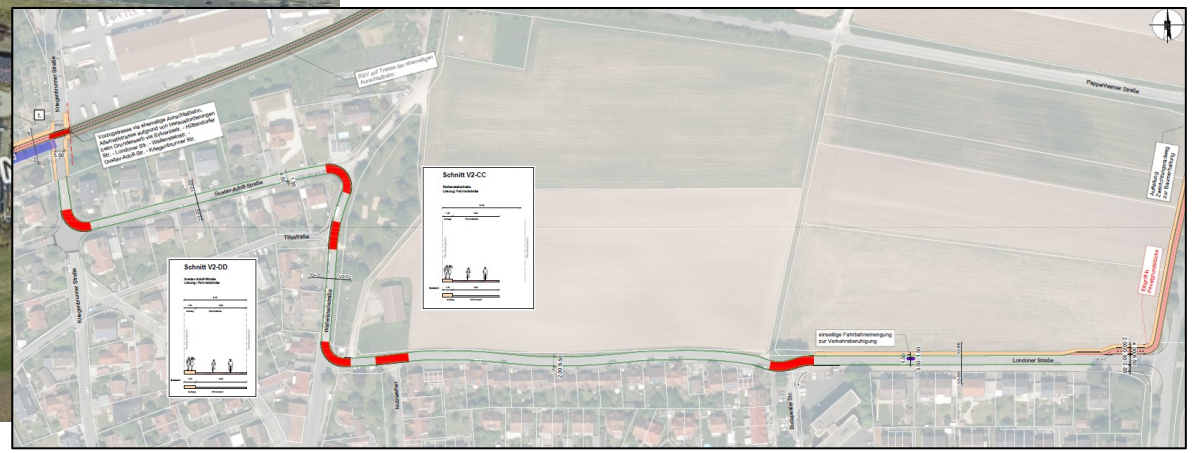


Nutzung bestehende Brücke mittels Engstellensignalisierung

Unterführung BAB A3



→ deutliche Umwege, Variante durch Kriegenbrunn aber leichter umsetzbar (Ausbau Radweg und Umgestaltung zur Fahrradstraße) und wird daher momentan weiterverfolgt



Wie geht’s weiter?

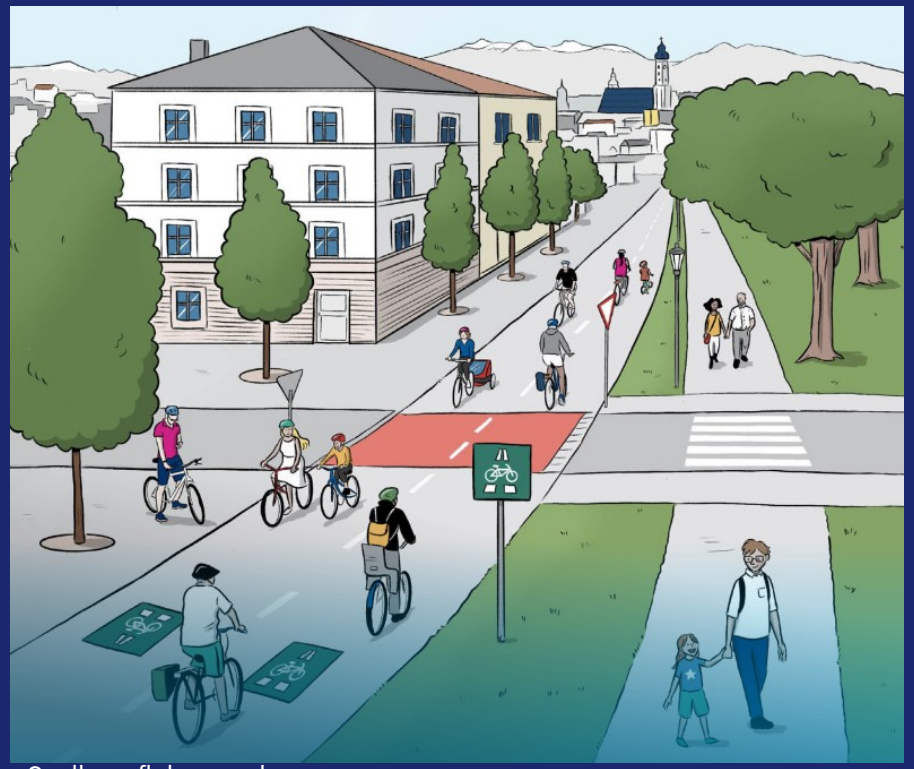
Wie geht’s weiter

- Laufende Abstimmung mit Stadt Herzogenaurach
- Fertigstellung Entwurfsplanung Q2 2028, Genehmigungsplanung Q3 2028

- Fördermittel befristet bis 31.12.2030 (Förderquote 75% für Planung LPs 1-5)
- Verzögerungen potentiell förderschädlich und mit Folgekosten verbunden
- Laufende Umweltplanung: nach Abschluss 5 Jahre Gültigkeit für Planfeststellung

→ Engagierter Zeitplan

Fortsetzung folgt…



Quelle: agfk-bayern.de

Ö 9.1

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
VI/61	Amt für Stadtplanung und Mobilität	**610.3/091/2026**

Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm "Sozialer Zusammenhalt", Erlangen Innenstadt Programmanmeldung für das Jahr 2027

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat	17.11.2026	Ö	Empfehlung	
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	17.11.2026	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

Amt 20 (nur z. K.), Amt 24, Amt 66, Stadtteilbeirat Innenstadt zur Info

I. Antrag

Der vorliegende Jahresantrag für das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ 2027 (siehe Anlage) wird vom Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss beschlossen. Die Anmeldung erfolgt unter dem Vorbehalt der mittelfristigen Finanzplanung, entsprechend dem Haushaltsentwurf (Oktober 2026). Der städtische Anteil beträgt 40 % der förderfähigen Kosten

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Maßnahmen in den förmlich festgelegten Sanierungsgebieten „Erlanger Neustadt und Teile des Quartiers Lorlebergplatz“ und „Nördliche Altstadt“ wurden von 2004 bis 2011 und von 2017 bis 2019 im Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm II, „Soziale Stadt“ gefördert. Dazwischen (von 2012 bis 2016) erfolgte die Förderung durch das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm IV, „Aktive Zentren“. Im Jahr 2020 erfolgte die Programmaufnahme in das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Sozialer Zusammenhalt“. Städtebauförderungsmittel können gemäß § 164a Abs. 2 BauGB u. a. für die Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen, für die Durchführung von Ordnungsmaßnahmen und für die Durchführung von Baumaßnahmen gewährt werden.

<u>Rückblick auf die Fördersituation im laufenden Programmjahr 2026:</u>
Die Regierung von Mittelfranken hat im Programm „Sozialer Zusammenhalt“ im laufenden Jahr 2026 bisher Mittel in Höhe von ca. 8.728 T€ bewilligt. Insgesamt wurden somit förderfähige Kosten von 14.457 T€ anerkannt.

Die Bewilligungsbescheide 2026 wurden für die nachfolgenden Maßnahmen erteilt:
Programm „Sozialer Zusammenhalt“

- Generalsanierung und Erweiterung des Kultur- und BildungsCampus Frankenhof KuBiC (Zuschusshöhe Bund/Land: 8.728 T€)

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Jahresanmeldung 2027
Im Vollzug des Baugesetzbuches und der Städtebauförderungsrichtlinien ist der Regierung von Mittelfranken für das Jahr 2027 wieder eine Fortschreibung der mittelfristigen förderfähigen Kosten vorzulegen.
Für die Programmjahre 2027 bis 2030 hat die Stadt Erlangen Vorbereitende Maßnahmen, Bau- und Ordnungsmaßnahmen, sowie sonstige Maßnahmen von insgesamt 3.390 T€ angemeldet. Bei der angemeldeten Summe handelt es sich um laufende Maßnahmen und förderfähige Kosten, d. h. Kosten, die durch Städtebauförderungsmittel bezuschusst werden können und nicht durch andere Förderprogramme oder Beiträge (z.B. FAG und GVFG) abgedeckt werden. Der städtische Anteil beträgt hier 40 % (1.356 T€), der Städtebauförderungsanteil Bund/Land 60 % (2.034 T€).
Änderungen bzw. Anpassungen aufgrund des Stadtratsbeschlusses vom Januar 2027 zum Haushalt werden der Regierung von Mittelfranken weitergeleitet.

Hinweis:

Die Regierung von Mittelfranken fördert ausschließlich Maßnahmen, die als Gesamtkonzept umgesetzt werden. Dies bedeutet, dass für jede Einzelmaßnahme eine Gesamtförderbetrachtung durchgeführt wird. Hierzu werden die Gesamtkosten zur Prüfung bei der Regierung von Mittelfranken eingereicht. Ergeht ein Bewilligungsbescheid, so umfasst dieser die gesamten förderfähigen Kosten. Die Maßnahme kann zeitlich gestaffelt in sinnvollen Bauabschnitten durchgeführt werden.
Wird hingegen eine Maßnahme begonnen und nicht zu Ende geführt (z. B. wird nur die Fassadensanierung durchgeführt, obwohl weitere Maßnahmen lt. Gesamtkonzept vorgesehen sind), so hat dies die Rückzahlung der ausbezahlten Zuschüsse zur Folge.

3. Prozesse und Strukturen
(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☐ *ja, positiv**
☐ *ja, negativ**
☐ *nein*

Wenn ja, negativ:
Bestehen alternative Handlungsoptionen?

☐ *ja**
☐ *nein**

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen
(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

☒ werden nicht benötigt
☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
☐ sind nicht vorhanden

Anlagen:
Anlage 1: Bedarfsmitteilung 2027 Innenstadt
Anlage 2: Programmgebiet Innenstadt

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Ö 9.1

Bedarfsmitteilung Städtebauförderung

Jahr **2027**

gemäß Nr. 22.1 Städtebauförderungsrichtlinien (StBauFR)

Zutreffendes bitte ☒ ankreuzen oder ausfüllen

An die
Regierung
Sachgebiet 34 Städtebau

Entwurf 23.10.2026

1. Zuwendungsempfänger

[X] Stadt [ ] Markt [ ] Gemeinde	Name: **Erlangen - 562000**		
Anschrift (PLZ Ort, Straße Nr.): Gebbertstraße 1, 91052 Erlangen			Gem.-Schlüssel: 562000
Auskünfte erteilt: Herr Waczenski	Hauptanschluss: 09131 / 86 -	Nbst. Tel.: 1337	Nbst. Fax: 1304
E-Mail-Adresse: dieter.waczenski@stadt.erlangen.de	Landkreis:		

2. Zur Förderung beantragte Maßnahme

Städtebauförderungsprogramm	Bezeichnung der Gesamt- und Teilmaßnahmen (z.B.: Untersuchungsgebiet Altstadt, Sanierungsgebiete xy, Entwicklungsbereich xy, Stadtumbaugebiet xy, Soziale-Stadt-Gebiet xy usw.)
Sozialer Zusammenhalt	SG "Erlangen Neustadt und Teile des Quartiers Lorlebergplatz"
Gesamtmaßnahme / Einzelvorhaben	SG "Nördliche Altstadt"
Gesamtmaßnahme	

3. Programmanmeldung

	Programmjahr	Vorausschau für die drei Fortschreibungsjahre		
	2027	2028	2029	2030
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
voraussichtlich insgesamt anfallende förderfähige Kosten (s. S. 2 ff)	**1.620**	1.770	0	0

4. Erklärungen

Wir beantragen für die auf den folgenden Seiten aufgeführten Einzelmaßnahmen und deren voraussichtlich förderfähige Kosten die Bereitstellung der entsprechenden Städtebauförderungsmittel zum höchstmöglichen Fördersatz (ggf. nach Abzug evtl. Einnahmen). Wir versichern, dass die erforderlichen gemeindlichen Eigenmittel im Haushaltsplan bzw. im Entwurf hierzu eingestellt und die für die drei Fortschreibungsjahre angemeldeten Beträge der mehrjährigen Finanzplanung zugrunde gelegt werden.

[☑] Ich bestätige, dass die Angaben richtig und vollständig sind.

Anlagen:

[☑] Maßnahmenplan

[ ] Kosten- und Finanzierungsübersicht nach § 149 BauGB

Ggf. zusätzlich erforderliche Fördervoraussetzungen:

[ ] Selbstbindungsbeschluss zur vorrangigen Innenentwicklung

[ ] Erhaltungssatzung nach § 172 BauGB im Fördergebiet

[ ] Billigungsbeschluss interkommunales Entwicklungskonzept

Ort, Datum: Erlangen, den

Unterschrift:

Stand: September 2020

Erläuterungen zur Bedarfsmitteilung

Beabsichtigte Maßnahmen einschließlich vorliegender Bewilligungsanträge nach Prioritäten geordnet

Entwurf 23.10.2026

angemeldete Einzelmaßnahmen z.B. Sanierungsgebiet II Ausbau des Baudenkmals Heugasse 2 (Fl.-Nr. 371) für 4 Wohnungen Gesamtkosten: 1,2 Mio €, Finanzierung	förderfähige Kosten in Tsd. EUR					
	voraussichtlich insgesamt förderfähig	davon bisher bereits bewilligt	vorgesehen im Programmjahr	vorgesehen in den drei Fortschreibungsjahren		
			2027	2028	2029	2030
1. Vorbereitende Maßnahmen						
Sanierungsgutachten für öffentliche und private Sanierungsmaßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit, Bürgerworkshops **(Vorbereitung und Erstellung ISEK**) (Entscheidungsprozess Haushaltskonsolidierung)	150	0	**0**	150	0	0
Quartiersmanagement "Innenstadt" mit Quartiersbüro einschließlich Projektfonds und Anmietung		fortlaufend				
Integriertes gesamtstädtisches Stadtentwicklungskonzept	541	541				
Wettbewerb Umfeld KuBiC (Vertiefung)	191	191				
Planung Nördliche Stadtmauerstraße (lt. RMF Förderung im Rahmen der Nebenkostenpauschale)						
2. Grunderwerb						
3. Ordnungsmaßnahmen						
Bismarckstraße / Lorlebergplatz Umgestaltung (im städt. Haushalt 2.050 T€ als Merkposten abgebildet)	2.120	70				
Nördliche Stadtmauerstraße, Lazarettstr., Stadtmauer (im städt. Haushalt 800 T€ als Merkposten abgebildet)	800					
Neugestaltung Grünanlage Nördliche Stadtmauerstraße (im städt. Haushalt 580 T€ als Merkposten abgebildet)	580					
Dreikönigstraße (im städt. Haushalt 550 T€ als Merkposten abgebildet)	550					
Paulistraße - Ost (im städt. Haushalt 380 T€ als Merkposten abgebildet)	380					

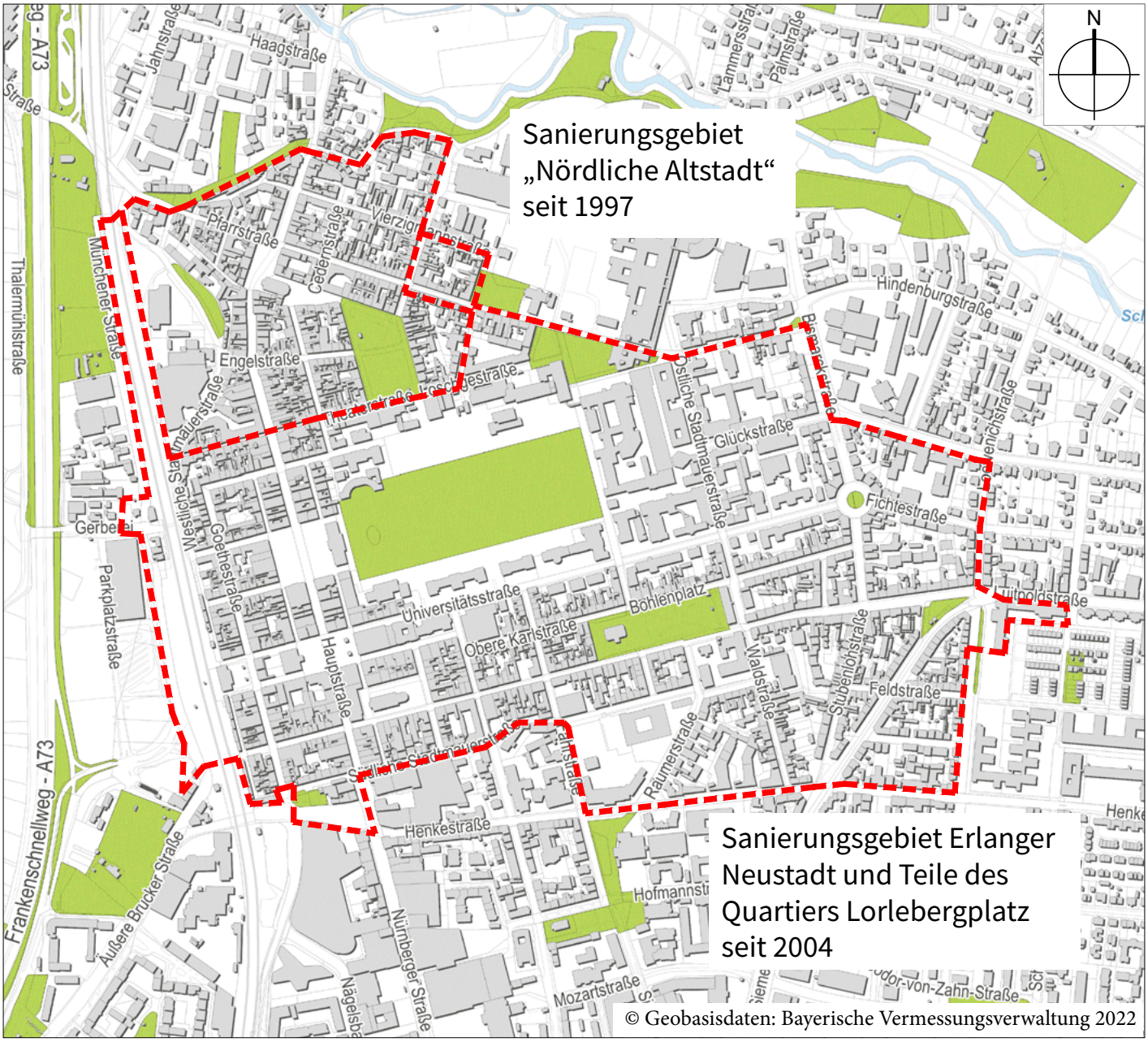
Hugenottenplatz / Richard-Wagner-Straße / Calvinstraße (Planung) (im städt. Haushalt 1.550 T€ als Merkposten abgebildet)	1.550					
Zollhausplatz / Luitpoldstraße Umgestaltung (im städt. Haushalt 7.200 T€ als Merkposten abgebildet)	7.200					
Raumerstraße Umgestaltung (im städt. Haushalt 910 T€ als Merkposten abgebildet)	910					
Südliche Stadtmauerstraße (im städt. Haushalt 980 T€ als Merkposten abgebildet)	980					
Umgestaltung Neue Straße (im städt. Haushalt 4.200 T€ als Merkposten abgebildet)	4.200					
4. Baumaßnahmen						
4.1 SG Erlanger Neustadt						
Generalsanierung KuBiC Frankenhof 1. BA einschließlich Sing- und Musikschule, berücksichtigte Gesamtkosten 65.878 T€)	45.156	41.916	**1.620**	1.620		
Sanierung Egloffstein´sches Palais (im städtischen Haushalt 11.090 T€ als Merkposten abgebildet	11.090	84				
WC-Anlage Zollhausplatz (im städtischen Haushalt 1.802 T€ als Merkposten abgebildet)	1.802					
4.2 Nördliche Altstadt						
Stadtmuseum Altstädter Kirchenplatz Generalsanierung (im städt. Haushalt 12.530 T€ als Merkposten abgebildet)	12.530					
4.3 Private Baumaßnahmen						
Zuschüsse an private Bauherren zu Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Kommunalen Fassadenprorgramms (pausiert)		fortlaufend				
Gesamtsumme	**90.730**	**42.802**	**1.620**	**1.770**	**0**	**0**

Stadt Erlangen
Amt für Stadtplanung
und Mobilität

Programmgebiet “Innenstadt”

Anlage 2

Vorlagennummer: 610.3/091/2026



© Geobasisdaten: Bayerische Vermessungsverwaltung 2022

Das Programmgebiet Innenstadt wurde wie folgt festgelegt:

- Sanierungsgebiet Nördliche Altstadt; förmliche Festlegung am 11.11.1997; Erweiterung durch die Sanierungsgebiete IV und VIII am 16.05.2002 und das Sanierungsgebiet I am 24.06.2004
- Sanierungsgebiet Erlanger Neustadt und Teile des Quartiers Lorlebergplatz; Förmliche Festlegung am 28.10.2004: Erweiterung um das Sanierungsgebiet II am 29.03.2007

Ö 9.2

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
VI/61	Amt für Stadtplanung und Mobilität	**610.3/092/2026**

Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm "Sozialer Zusammenhalt", Erlangen Südost Programmanmeldung für das Jahr 2027

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat	17.11.2026	Ö	Empfehlung	
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	17.11.2026	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

Amt 20 (nur z. K.), Amt 23, Amt 24, Amt 41, Amt 66, EB77
Stadtteilbeiräte Süd und Ost zur Info

I. Antrag

Der vorliegende Jahresantrag für das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ 2027 (siehe Anlage) wird vom Umwelt- Verkehrs-, und Planungsausschuss beschlossen. Die Anmeldung erfolgt unter dem Vorbehalt der mittelfristigen Finanzplanung, entsprechend dem Haushaltsentwurf (Oktober 2026). Der städtische Anteil beträgt 40 % der förderfähigen Kosten.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Maßnahmen im, durch den Stadtratsbeschluss vom 29.06.2017 festgelegten, „Soziale Stadt“ Gebiet Erlangen – Südost wurden von 2015 bis 2019 im Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm II, „Soziale Stadt“ gefördert. Im Jahr 2020 erfolgte die Programmaufnahme in das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Sozialer Zusammenhalt“. Städtebauförderungsmittel können gemäß § 164a Abs. 2 BauGB u.a. für die Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen, für die Durchführung von Ordnungsmaßnahmen und für die Durchführung von Baumaßnahmen gewährt werden.

<u>Rückblick auf die Fördersituation im laufenden Programmjahr 2026:</u>
Die Regierung von Mittelfranken hat im Programm „Sozialer Zusammenhalt“ im laufenden Jahr 2026 bisher noch keine Mittel bewilligt, da sich der Maßnahmenbeginn möglicher förderfähiger Projekte verschoben hat. Bereits bewilligte Maßnahmen umfassen die Umgestaltung der öffentlichen Räume Housing Area und BBGZ.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Jahresanmeldung 2027
Im Vollzug des Baugesetzbuches und der Städtebauförderungsrichtlinien ist der Regierung von Mittelfranken für das Jahr 2027 wieder eine Fortschreibung der mittelfristigen förderfähigen Kosten vorzulegen.

Für die Programmjahre 2027 bis 2030 hat die Stadt Erlangen Vorbereitende Maßnahmen, Bau- und Ordnungsmaßnahmen, sowie sonstige Maßnahmen von insgesamt 1.094 T€ angemeldet. Bei der angemeldeten Summe handelt es sich um Kosten für laufende Maßnahmen und um förderfähige Kosten, d. h. Kosten, die durch Städtebauförderungsmittel bezuschusst werden können und nicht durch andere Förderprogramme oder Beiträge (z.B. FAG und GVFG) abgedeckt werden. Der städtische Anteil beträgt hier 40 % (438 T€), der Städtebauförderungsanteil Bund/Land 60 % (656 T€).
Änderungen bzw. Anpassungen aufgrund des Stadtratsbeschlusses vom Januar 2027 zum Haushalt werden der Regierung von Mittelfranken weitergeleitet.

Hinweis:

Die Regierung von Mittelfranken fördert ausschließlich Maßnahmen, die als Gesamtkonzept umgesetzt werden. Dies bedeutet, dass für jede Einzelmaßnahme eine Gesamtförderbetrachtung durchgeführt wird. Hierzu werden die Gesamtkosten zur Prüfung bei der Regierung von Mittelfranken eingereicht. Ergeht ein Bewilligungsbescheid, so umfasst dieser die gesamten förderfähigen Kosten. Die Maßnahme kann zeitlich gestaffelt in sinnvollen Bauabschnitten durchgeführt werden.
Wird hingegen eine Maßnahme begonnen und nicht zu Ende geführt (z. B. wird nur die Fassadensanierung durchgeführt, obwohl weitere Maßnahmen lt. Gesamtkonzept vorgesehen sind), so hat dies die Rückzahlung der ausbezahlten Zuschüsse zur Folge.

3. Prozesse und Strukturen
(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☐ *ja, positiv**
☐ *ja, negativ**
☐ *nein*

Wenn ja, negativ:
Bestehen alternative Handlungsoptionen?

☐ *ja**
☐ *nein**

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen
(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:

Korrespondierende Einnahmen € bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen

Haushaltsmittel

☒ werden nicht benötigt
☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
☐ sind nicht vorhanden

Anlagen:
Anlage 1: Bedarfsmitteilung 2027 Erlangen Südost
Anlage 2: Programmgebiet Erlangen Südost

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Ö 9.2

Bedarfsmitteilung Städtebauförderung

Jahr **2027**

gemäß Nr. 22.1 Städtebauförderungsrichtlinien (StBauFR)

Zutreffendes bitte ☒ ankreuzen oder ausfüllen

An die
Regierung
Sachgebiet 34 Städtebau

Entwurf 23.10.2026

1. Zuwendungsempfänger

X Stadt ☐ Markt ☐ Gemeinde	Name: **Erlangen - 562000**		
Anschrift (PLZ Ort, Straße Nr.): Gebbertstraße 1, 91052 Erlangen			Gem.-Schlüssel: 562000
Auskünfte erteilt: Herr Waczenski	Hauptanschluss: 09131 / 86 -	Nbst. Tel.: 1337	Nbst. Fax: 1304
E-Mail-Adresse: dieter.waczenski@stadt.erlangen.de	Landkreis:		

2. Zur Förderung beantragte Maßnahme

Städtebauförderungsprogramm	Bezeichnung der Gesamt- und Teilmaßnahmen (z.B.: Untersuchungsgebiet Altstadt, Sanierungsgebiete xy, Entwicklungsbereich xy, Stadtumbaugebiet xy, Soziale-Stadt-Gebiet xy usw.)
Sozialer Zusammenhalt	**Erlangen - Südost**
Gesamtmaßnahme / Einzelvorhaben	
Gesamtmaßnahme	

3. Programmanmeldung

	Programmjahr **2027**	Vorausschau 2028	Vorausschau 2029	Vorausschau 2030
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
voraussichtlich insgesamt anfallende förderfähige Kosten (s. S. 2 ff)	**1.094**	0	0	0

4. Erklärungen

Wir beantragen für die auf den folgenden Seiten aufgeführten Einzelmaßnahmen und deren voraussichtlich förderfähige Kosten die Bereitstellung der entsprechenden Städtebauförderungsmittel zum höchstmöglichen Fördersatz (ggf. nach Abzug evtl. Einnahmen). Wir versichern, dass die erforderlichen gemeindlichen Eigenmittel im Haushaltsplan bzw. im Entwurf hierzu eingestellt und die für die drei Fortschreibungsjahre angemeldeten Beträge der mehrjährigen Finanzplanung zugrunde gelegt werden.

☑ Ich bestätige, dass die Angaben richtig und vollständig sind.

Anlagen:

☑ Maßnahmenplan

☐ Kosten- und Finanzierungsübersicht nach § 149 BauGB

Ggf. zusätzlich erforderliche Fördervoraussetzungen:

☐ Selbstbindungsbeschluss zur vorrangigen Innenentwicklung

☐ Erhaltungssatzung nach § 172 BauGB im Fördergebiet

☐ Billigungsbeschluss interkommunales Entwicklungskonzept

Ort, Datum: Erlangen, den

Unterschrift:

Stand: September 2020

Erläuterungen zur Bedarfsmitteilung

Beabsichtigte Maßnahmen einschließlich vorliegender Bewilligungsanträge nach Prioritäten geordnet

Entwurf 23.10.2026

angemeldete Einzelmaßnahmen z.B. Sanierungsgebiet II Ausbau des Baudenkmals Heugasse 2 (Fl.-Nr. 371) für 4 Wohnungen Gesamtkosten: 1,2 Mio €, Finanzierung	förderfähige Kosten in Tsd. EUR					
	voraussichtlich insgesamt förderfähig	davon bisher bereits bewilligt	vorgesehen im Programmjahr	vorgesehen in den drei Fortschreibungsjahren		
			2027	2028	2029	2030
1. Vorbereitende Maßnahmen						
Quartiersmanagement, Quartiersbüro, Verfügungsfonds (Entscheidungsprozess Haushaltskonsolidierung)		fortlaufend				
Sonstige kleinteilige Untersuchungen, Gutatchten, Konzepte, Öffentlichkeitsarbeit, Bürgerbeteiligungen, Einzelhandels- und Marketingkonzepte (Entscheidungsprozess Haushaltskonsolidierung)		fortlaufend				
Machbarkeitsstudie Rötelheimgraben (im städt. Haushalt 100 T€ als Merkposten abgebildet)	100					
2. Grunderwerb						
Spielplatz Komotauer Straße						
3. Ordnungsmaßnahmen						
Housing Area	2.860	1.953	**907**			
Hilpertstraße zw. Nägelsbachstr. und Nürnberger Str. (im städt. Haushalt 650 T€ als Merkposten abgebildet)	650					
Theodor-Heuss-Anlage (im städt. Haushalt 40 T€ als Merkposten abgebildet)	40					
4. Baumaßnahmen						
4.1 Öffentliche Baumaßnahmen						
Bewegungs-, Begegnungs- und Gesundheitszentrum (BBGZ):						
Vierfachsporthalle (berücksichtigte Gesamtkosten ca. 21.812 T€)	6.064	6.064				
Familienzentrum (offene Jugendsoz., familienpäd. Einrichung) (bisher berücksichtigte Gesamtkosten ca. 16.652 T€; GK aktuell: 17.693 T€)	3.168	2.981	**187**			
Außenanlagen am BBGZ und Familienzentrum	1.184	1.184				
4.2 Private Baumaßnahmen						
Gesamtsumme	**14.066**	**12.182**	**1.094**	**0**	**0**	**0**

Ö 9.2

Stadt Erlangen
Amt für Stadtplanung
und Mobilität

Programmgebiet “Erlangen-Südost”

Anlage 2

Vorlagennummer: 610.3/092/2026



Das Programmgebiet “Erlangen-Südost” wurde durch Stadtrats-
beschluss vom 29.06.2017 als Soziale Stadt Gebiet festgelegt.

Ö 9.3

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
VI/61	Amt für Stadtplanung und Mobilität	**610.3/093/2026**

Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm "Sozialer Zusammenhalt", Büchenbach-Nord Programmanmeldung für das Jahr 2027

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat	17.11.2026	Ö	Empfehlung	
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	17.11.2026	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

Amt 20 (nur z. K.), Amt 24, Amt 66, Stadtteilbeirat Büchenbach zur Info

I. Antrag

Der vorliegende Jahresantrag für das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ 2027(siehe Anlage) wird vom Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss beschlossen. Die Anmeldung erfolgt unter dem Vorbehalt der mittelfristigen Finanzplanung, entsprechend dem Haushaltsentwurf (Oktober 2026). Der städtische Anteil beträgt 40 % der förderfähigen Kosten.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Maßnahmen im, durch den Stadtratsbeschluss vom 12.05.2021 festgelegten, „Soziale Stadt“ Gebiet Büchenbach-Nord wurden von 2018 bis 2019 im Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm II, „Soziale Stadt“ gefördert. Im Jahr 2020 erfolgte die Programmaufnahme in das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Sozialer Zusammenhalt“. Im Allgemeinen können Städtebauförderungsmittel gemäß § 164a Abs. 2 BauGB u. a. für die Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen, für die Durchführung von Ordnungsmaßnahmen und für die Durchführung von Baumaßnahmen gewährt werden.

<u>Rückblick auf die Fördersituation im laufenden Programmjahr 2026:</u>
Die Regierung von Mittelfranken hat im Programm „Sozialer Zusammenhalt“ im laufenden Jahr 2026 bisher Mittel in Höhe von ca. 84 T€ bewilligt. Insgesamt wurden somit förderfähige Kosten von 140 T€ anerkannt.

Der Bewilligungsbescheid 2026 wurde für die nachfolgende Maßnahme erteilt:
Programm „Sozialer Zusammenhalt“

- Quartiersmanagement Bü-Nord Projektleitung (Zuschusshöhe Bund/Land: 84 T€)

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Jahresanmeldung 2027

Im Vollzug des Baugesetzbuches und der Städtebauförderungsrichtlinien ist der Regierung von Mittelfranken für das Jahr 2027 wieder eine Fortschreibung der mittelfristigen förderfähigen Kosten vorzulegen.

Für die Programmjahre 2027 bis 2030 hat die Stadt Erlangen Vorbereitende Maßnahmen, Bau- und Ordnungsmaßnahmen, sowie sonstige Maßnahmen von insgesamt 340 T€ angemeldet. Dies umfasst die Maßnahmen Quartiersmanagement und Stadtteilwerkstatt 56-Nord. Bei der angemeldeten Summe handelt es sich um förderfähige Kosten, d. h. Kosten, die durch Städtebauförderungsmittel bezuschusst werden können und nicht durch andere Förderprogramme oder Beiträge (z.B. FAG und GVFG) abgedeckt werden. Der städtische Anteil beträgt hier 40 % (136 T€), der Städtebauförderungsanteil Bund/Land 60 % (204 T€).
Änderungen bzw. Anpassungen aufgrund des Stadtratsbeschlusses vom Januar 2027 zum Haushalt werden der Regierung von Mittelfranken weitergeleitet.

Hinweis:

Die Regierung von Mittelfranken fördert ausschließlich Maßnahmen, die als Gesamtkonzept umgesetzt werden. Dies bedeutet, dass für jede Einzelmaßnahme eine Gesamtförderbetrachtung durchgeführt wird. Hierzu werden die Gesamtkosten zur Prüfung bei der Regierung von Mittelfranken eingereicht. Ergeht ein Bewilligungsbescheid, so umfasst dieser die gesamten förderfähigen Kosten. Die Maßnahme kann zeitlich gestaffelt in sinnvollen Bauabschnitten durchgeführt werden.
Wird hingegen eine Maßnahme begonnen und nicht zu Ende geführt (z. B. wird nur die Fassadensanierung durchgeführt, obwohl weitere Maßnahmen lt. Gesamtkonzept vorgesehen sind), so hat dies die Rückzahlung der ausbezahlten Zuschüsse zur Folge.

3. Prozesse und Strukturen
(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☐ *ja, positiv**
☐ *ja, negativ**
☐ *nein*

Wenn ja, negativ:
Bestehen alternative Handlungsoptionen?

☐ *ja**
☐ *nein**

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen
(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

☒ werden nicht benötigt
☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
☐ sind nicht vorhanden

Anlagen:
Anlage 1: Bedarfsmitteilung 2027 Büchenbach-Nord
Anlage 2: Programmgebiet Büchenbach-Nord

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Ö 9.3

Bedarfsmitteilung Städtebauförderung

Jahr **2027**

gemäß Nr. 22.1 Städtebauförderungsrichtlinien (StBauFR)

Zutreffendes bitte ☒ ankreuzen oder ausfüllen

An die
Regierung
Sachgebiet 34 Städtebau

Entwurf 23.10.2026

1. Zuwendungsempfänger

[X] Stadt [ ] Markt [ ] Gemeinde	Name: **Erlangen - 562000**		
Anschrift (PLZ Ort, Straße Nr.): Gebbertstraße 1, 91052 Erlangen			Gem.-Schlüssel: 562000
Auskünfte erteilt: Herr Waczenski	Hauptanschluss: 09131 / 86 -	Nbst. Tel.: 1337	Nbst. Fax: 1304
E-Mail-Adresse: dieter.waczenski@stadt.erlangen.de	Landkreis:		

2. Zur Förderung beantragte Maßnahme

Städtebauförderungsprogramm	Bezeichnung der Gesamt- und Teilmaßnahmen (z.B.: Untersuchungsgebiet Altstadt, Sanierungsgebiete xy, Entwicklungsbereich xy, Stadtumbaugebiet xy, Soziale-Stadt-Gebiet xy usw.)
Sozialer Zusammenhalt	**Büchenbach-Nord**
Gesamtmaßnahme / Einzelvorhaben	
Gesamtmaßnahme	

3. Programmanmeldung

	Programmjahr	Vorausschau für die drei Fortschreibungsjahre		
	2027	2028	2029	2030
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
voraussichtlich insgesamt anfallende förderfähige Kosten (s. S. 2 ff)	**80**	80	90	90

4. Erklärungen

Wir beantragen für die auf den folgenden Seiten aufgeführten Einzelmaßnahmen und deren voraussichtlich förderfähige Kosten die Bereitstellung der entsprechenden Städtebauförderungsmittel zum höchstmöglichen Fördersatz (ggf. nach Abzug evtl. Einnahmen). Wir versichern, dass die erforderlichen gemeindlichen Eigenmittel im Haushaltsplan bzw. im Entwurf hierzu eingestellt und die für die drei Fortschreibungsjahre angemeldeten Beträge der mehrjährigen Finanzplanung zugrunde gelegt werden.

[☑] Ich bestätige, dass die Angaben richtig und vollständig sind.

Anlagen:

[☑] Maßnahmenplan

[☐] Kosten- und Finanzierungsübersicht nach § 149 BauGB

Ggf. zusätzlich erforderliche Fördervoraussetzungen:

[☐] Selbstbindungsbeschluss zur vorrangigen Innenentwicklung

[☐] Erhaltungssatzung nach § 172 BauGB im Fördergebiet

[☐] Billigungsbeschluss interkommunales Entwicklungskonzept

Ort, Datum: Erlangen, den

Unterschrift:

Stand: September 2020

Erläuterungen zur Bedarfsmitteilung

Beabsichtigte Maßnahmen einschließlich vorliegender Bewilligungsanträge nach Prioritäten geordnet

Entwurf 23.10.2026

angemeldete Einzelmaßnahmen z.B. Sanierungsgebiet II Ausbau des Baudenkmals Heugasse 2 (Fl.-Nr. 371) für 4 Wohnungen Gesamtkosten: 1,2 Mio €, Finanzierung	förderfähige Kosten in Tsd. EUR					
	voraussichtlich insgesamt förderfähig	davon bisher bereits bewilligt	vorgesehen im Programmjahr	vorgesehen in den drei Fortschreibungsjahren		
			2027	2028	2029	2030
1. Vorbereitende Maßnahmen						
Sonstige kleinteilige Untersuchungen, Gutachten, Konzpete, Öffentlichkeitsarbeit, Bürgerbeteiligungen, Aktionen (Entscheidungsprozess Haushaltskonsolidierung)		fortlaufend				
Quartiersmanagement "Büchenbach-Nord" einschließlich Verfügungsfonds/ - budget und Nutzungsgebühr Stadtteilwerkstatt (Entscheidungsprozess Haushaltskonsolidierung)	340	fortlaufend	**80**	80	90	90
Planungswerkstatt Freiraum Neue Mitte (Förderung im Rahmen der Nebenkostenpauschale mögl.) (Gesamtkosten 160 T€)	84	84				
Schulstandortentwicklung Planungskosten Wettbewerb	340					
2. Grunderwerb						
3. Ordnungsmaßnahmen						
Generalsanierung Spielplatz Odenwaldallee (voraussichtliche Gesamtkosten 486 T€)						
Freiraum Neue Mitte (im städt. Haushalt 30 T€ als Merkposten abgebildet)	30					
4. Baumaßnahmen						
Gesamtsumme	**794**	**84**	**80**	**80**	**90**	**90**

Stadt Erlangen
Amt für Stadtplanung
und Mobilität

Programmgebiet „Büchenbach-Nord“

Anlage 2

Vorlagennummer: 610.3/093/2026



Das Programmgebiet „Büchenbach-Nord“ wurde durch Stadtratsbeschluss vom 12.05.2021 als Soziale Stadt Gebiet festgelegt.

Ö 9.4

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
VI/61	Amt für Stadtplanung und Mobilität	**610.3/094/2026**

Bayerisches Städtebauförderungsprogramm, Eltersdorf Programmanmeldung für das Jahr 2027

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat	17.11.2026	Ö	Empfehlung	
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	17.11.2026	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
Amt 20 (nur z. K.), Amt 24, Amt 66
Ortsbeirat Eltersdorf zur Info

I. Antrag

Der vorliegende Jahresantrag für das Bayerische Städtebauförderungsprogramm 2027 (siehe Anlage) wird vom Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss beschlossen. Die Anmeldung erfolgt unter dem Vorbehalt der mittelfristigen Finanzplanung, entsprechend dem Haushaltsentwurf (Oktober 2026). Der städtische Anteil beträgt 40 % der förderfähigen Kosten.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen
(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Maßnahmen im Rahmen des „Städtebaulichen Einzelvorhabens Eltersdorf“ werden im Bayerischen Städtebauförderungsprogramm gefördert. Im Jahr 2020 erfolgte die Programmaufnahme in das Bayerische Städtebauförderungsprogramm. Städtebauförderungsmittel können gemäß § 164a Abs. 2 BauGB u. a. für die Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen, für die Durchführung von Ordnungsmaßnahmen und für die Durchführung von Baumaßnahmen gewährt werden.

<u>Rückblick auf die Fördersituation im laufenden Programmjahr 2026:</u>
Die Regierung von Mittelfranken hat im „Bayerischen Städtebauförderungsprogramm“ im laufenden Jahr 2026 bisher keine Mittel bewilligt, da sich der Maßnahmenbeginn möglicher förderfähiger Projekte verschoben hat.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen
(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Jahresanmeldung 2027
Im Vollzug des Baugesetzbuches und der Städtebauförderungsrichtlinien ist der Regierung von Mittelfranken für das Jahr 2027 wieder eine Fortschreibung der mittelfristigen förderfähigen Kosten vorzulegen.
Für die Programmjahre 2027 bis 2030 hat die Stadt Erlangen Vorbereitende Maßnahmen, Bau- und

Ordnungsmaßnahmen, sowie sonstige Maßnahmen aufgrund der momentanen Haushaltslage Maßnahmen von insgesamt 0 T€ angemeldet.
Änderungen bzw. Anpassungen aufgrund des Stadtratsbeschlusses vom Januar 2027 zum Haushalt werden der Regierung von Mittelfranken weitergeleitet.

Hinweis:
Die Regierung von Mittelfranken fördert ausschließlich Maßnahmen, die als Gesamtkonzept umgesetzt werden. Dies bedeutet, dass für jede Einzelmaßnahme eine Gesamtförderbetrachtung durchgeführt wird. Hierzu werden die Gesamtkosten zur Prüfung bei der Regierung von Mittelfranken eingereicht. Ergeht ein Bewilligungsbescheid, so umfasst dieser die gesamten förderfähigen Kosten. Die Maßnahme kann zeitlich gestaffelt in sinnvollen Bauabschnitten durchgeführt werden.
Wird hingegen eine Maßnahme begonnen und nicht zu Ende geführt (z. B. wird nur die Fassadensanierung durchgeführt, obwohl weitere Maßnahmen lt. Gesamtkonzept vorgesehen sind), so hat dies die Rückzahlung der ausbezahlten Zuschüsse zur Folge.

3. Prozesse und Strukturen
(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☐ *ja, positiv**
☐ *ja, negativ**
☐ *nein*

Wenn ja, negativ:
Bestehen alternative Handlungsoptionen?

☐ *ja**
☐ *nein**

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen
(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

☒ werden nicht benötigt

☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
☐ sind nicht vorhanden

Anlagen:
Anlage 1: Bedarfsmitteilung 2027 Eltersdorf

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Ö 9.4

Bedarfsmitteilung Städtebauförderung

Jahr **2027**

gemäß Nr. 22.1 Städtebauförderungsrichtlinien (StBauFR)

Zutreffendes bitte ☒ ankreuzen oder ausfüllen

An die
Regierung
Sachgebiet 34 Städtebau

Entwurf 23.10.2026

1. Zuwendungsempfänger

X Stadt ☐ Markt ☐ Gemeinde	Name: **Erlangen - 562000**		
Anschrift (PLZ Ort, Straße Nr.)			Gem.-Schlüssel
Gebbertstraße 1, 91052 Erlangen			562000
Auskünfte erteilt	Hauptanschluss	Nbst. Tel.	Nbst. Fax
Herr Waczenski	09131 / 86 -	1337	1304
E-Mail-Adresse	Landkreis		
dieter.waczenski@stadt.erlangen.de			

2. Zur Förderung beantragte Maßnahme

Städtebauförderungsprogramm	Bezeichnung der Gesamt- und Teilmaßnahmen (z.B.: Untersuchungsgebiet Altstadt, Sanierungsgebiete xy, Entwicklungsbereich xy, Stadtumbaugebiet xy, Soziale-Stadt-Gebiet xy usw.)
Bayerisches Programm (BY)	**Ortsmitte Eltersdorf**
Gesamtmaßnahme / Einzelvorhaben	
Städtebauliches Einzelvorhaben	

3. Programmanmeldung

	Programmjahr	Vorausschau für die drei Fortschreibungsjahre		
	2027	2028	2029	2030
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
voraussichtlich insgesamt anfallende förderfähige Kosten (s. S. 2 ff)	**0**	0	0	0

4. Erklärungen

Wir beantragen für die auf den folgenden Seiten aufgeführten Einzelmaßnahmen und deren voraussichtlich förderfähige Kosten die Bereitstellung der entsprechenden Städtebauförderungsmittel zum höchstmöglichen Fördersatz (ggf. nach Abzug evtl. Einnahmen). Wir versichern, dass die erforderlichen gemeindlichen Eigenmittel im Haushaltsplan bzw. im Entwurf hierzu eingestellt und die für die drei Fortschreibungsjahre angemeldeten Beträge der mehrjährigen Finanzplanung zugrunde gelegt werden.

☑ Ich bestätige, dass die Angaben richtig und vollständig sind.

Anlagen:

☑ Maßnahmenplan

☐ Kosten- und Finanzierungsübersicht nach § 149 BauGB

Ggf. zusätzlich erforderliche Fördervoraussetzungen:

☐ Selbstbindungsbeschluss zur vorrangigen Innenentwicklung

☐ Erhaltungssatzung nach § 172 BauGB im Fördergebiet

☐ Billigungsbeschluss interkommunales Entwicklungskonzept

Ort, Datum	Unterschrift
Erlangen, den	

Stand: September 2020

Erläuterungen zur Bedarfsmitteilung

Beabsichtigte Maßnahmen einschließlich vorliegender Bewilligungsanträge nach Prioritäten geordnet

Entwurf 23.10.2026	förderfähige Kosten in Tsd. EUR					
angemeldete Einzelmaßnahmen z.B. Sanierungsgebiet II Ausbau des Baudenkmals Heugasse 2 (Fl.-Nr. 371) für 4 Wohnungen Gesamtkosten: 1,2 Mio €, Finanzierung	voraussichtlich insgesamt förderfähig	davon bisher bereits bewilligt	vorgesehen im Programmjahr	vorgesehen in den drei Fortschreibungsjahren		
			2027	2028	2029	2030
1. Vorbereitende Maßnahmen						
2. Grunderwerb						
3. Ordnungsmaßnahmen						
Umgestaltung Egidienplatz (im städt. Haushalt 2.300 T€ als Merkposten abgebildet)	2.300					
Abriss "altes" Egidienhaus inkl. Schadstoffbeseitigung (vorauss. anteilige Förderung durch StBauF) + (im städt. Haushalt 730 T€ als Merkposten abgebildet)	730					
4. Baumaßnahmen						
Freiraum "neues" Egidienhaus (vorauss. anteilige Förderung durch StBauF) (im städt. Haushalt 605 T€ als Merkposten abgebildet)	605					
Gesamtsumme	**3.635**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Ö 9.5

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
II/23	Liegenschaftsamt	**231/046/2026**

Antrag Nr. 206/2026 der Fraktion Erlanger Linke: Kein Ausverkauf des Tafelsilbers - Städtische Grundstücke behalten

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	17.11.2026	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Der Antrag, keine Erlöse aus Grundstücksverkäufen im Haushalt 2027 einzuplanen, wird abgelehnt.
2. Der Antrag Nr. 206/2026 ist damit bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Im Fraktionsantrag der Erlanger Linken wird gefordert, keine städtischen Flächen zu verkaufen und keine Erlöse im Haushalt 2027 für den Erlanger Haushalt durch Grundstücksverkäufe einzuplanen. Anstelle von Verkäufen soll bei privaten Nutzungen der Abschluss von Erbbaurechtsverträgen erfolgen.

Im Haushaltsentwurf 2027 sind Erlöse aus Grundstücksverkäufen in Höhe von 1,9 Mio. Euro eingeplant. Der Auftrag zur Prüfung der Verwertbarkeit der in Frage kommenden Grundstücke wurde im Rahmen der Beschlussfassung über das Haushaltskonsolidierungskonzept vom Stadtrat bereits im April 2025 erteilt.

Die Bandbreite dieser Grundstücke erstreckt sich dabei von unbebauten Flächen über sanierungsbedürftige Dispositionsobjekte mit geringen Wohnflächen bis hin zu nicht bebauungsfähigen Grundstücken (z.B. Weiherflächen). Insbesondere die letzten beiden Objekttypen sind in Unterhalt und Bewirtschaftung mitunter recht kosten- und zeitintensiv.

Bei den im Konsolidierungskonzept aufgeführten Flächen, die nach rechtlichen Gegebenheiten eine Bebauung ermöglichen, verfolgt die Verwaltung das Ziel, diese einer Wohnbebauung teilweise oder vollständig zuzuführen und folglich Wohnraum zu schaffen. Bezüglich der Vergabe von Grundstücken in Erbbaurecht wird angemerkt, dass potenzielle Bauträger von Wohnungen den Erwerb von Flächen im vollständigen Eigentum bevorzugen.

Vor dem Hintergrund des Stadtratsbeschlusses vom April 2025 und in Anbetracht des Umstandes, dass in jedem konkreten Verkaufsfall eine Beratung und Beschlussfassung in den zuständigen Gremien erfolgt, lehnt die Verwaltung eine generelle Abstandnahme von dem Verkauf dieser Grundstücke ab. Die Erlöse aus Grundstücksverkäufen bleiben infolgedessen im Haushaltsplan 2027 unverändert veranschlagt.

2. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

☒ werden nicht benötigt
☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
☐ sind nicht vorhanden

Anlage: Antrag 206/2026 der Fraktion Erlanger Linke

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Ö 9.5

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO
Eingang: 13.10.2026
Antragsnr.: 206/2026
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: II / 23
mit Referat: II / 20 / Herr Schmied

Erlanger Linke Fraktion

Erlangen, den 13.10.2026

Kein Ausverkauf des Tafelsilbers: Städtische Grundstücke behalten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Wir beantragen:

Im Haushalt 2027 werden keine Erlöse aus Grundstücksverkäufen eingeplant.

Begründung:

Für den Haushalt 2027 sind 1.900.000 Euro Erlöse aus dem Verkauf unbebauter Grundstücke sowie 2.035.000 Euro Erlöse aus dem Verkauf von Parkeinrichtungen eingeplant. Wir lehnen den Ausverkauf städtischen Grundbesitzes ab. Die Stadt benötigt zu ihrer Entwicklung (insbesondere für Maßnahmen gegen die Wohnungskrise) Flächen, über die sie verfügen kann, ohne sie erst teuer erstehen zu müssen. Der Verkauf von Grundstücken zur kurzfristigen Haushaltssanierung ist wirtschaftlich nicht tragfähig. Ist das „städtische Tafelsilber“ erst einmal verkauft, bekommt man es nur zu einem Vielfachen des Verkaufspreises wieder. Anstelle von Verkäufen befürworten wir bei geplanten langfristigen privaten Nutzungen Erbpachten.

Mit freundlichen Grüßen

Lukas Eitel (Fraktionsvorsitzender)
Ronja Wegele (Stadträtin)
Hanna Wanke (Stadträtin)
Gabi Stadlbauer (Stadträtin)
Manuel Leitlauf (Stadtrat)

Ö 9.6

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
VII/31	Amt für Umweltschutz und Energiefragen	**31/323/2026**

Antrag zum Haushalt Amt 31 - Förderung Naturschutzarbeit (Antrag Nr. 120/2026 der SPD-Fraktion)

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat	17.11.2026	Ö	Empfehlung	
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	17.11.2026	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen. Der Antrag Nr. 120/2026 der SPD-Fraktion vom 13.10.2026 ist hiermit bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

LBV (6.100€) und BN (5.100€) erhalten bereits Mietzuschüsse für die Geschäftsstellen.
Die Finanzmittel aus der Förderrichtlinie sind hingegen zur Unterstützung der aktiven Naturschutzarbeit, z.B. Projekte, Veranstaltungen, Pflegemaßnahmen vorgesehen.
Daher wird der Antrag nicht befürwortet.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☒ *ja, positiv**
☐ *ja, negativ**
☐ *nein*

Wenn ja, negativ:
Bestehen alternative Handlungsoptionen?

☐ *ja**
☐ *nein**

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

☒ werden nicht benötigt
☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
☐ sind nicht vorhanden

Anlagen: SPD-Fraktionsantrag Nr. 120/2026

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Ö 9.6

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen

SPD Fraktion Erlangen

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen • Rathausplatz 1 • 91052 Erlangen

Oberbürgermeister Jörg Volleth
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang:	**13.10.2026**
Antragsnr.:	**120/2026**
Verteiler:	**OBM, BM, Fraktionen**
Zust. Referat:	**VII/31**
mit Referat:	

12.10.2026

Antrag zum Haushalt/Arbeitsprogramm Amt 31
Förderung Naturschutzarbeit: Anteil für Raummiete ermöglichen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

seit vielen Jahren fördert die Stadt Erlangen die Naturschutzarbeit der Umweltverbände sowohl über die Förderung von konkreten Projekten im Naturschutz als auch durch Mietzuschüsse für benötigte Räume.

Leider ist die Miete speziell des BUND Naturschutz (BN) in den letzten Jahren deutlich gestiegen, so dass der Mietzuschuss der Stadt nicht mehr zur Deckung ausreicht. Der BN würde nach seiner Aussage mit der Gesamthöhe seiner städtischen Zuschüsse durchaus zurechtkommen, wenn er den Teil der Miete, der den Mietzuschuss übersteigt, aus den Zuschüssen für die Naturschutzarbeit bezahlen könnte. Dies ist derzeit jedoch nicht möglich.

Da auch die Räumlichkeiten für die konkrete Naturschutzarbeit notwendig sind, stellt die SPD-Fraktion folgenden Antrag zum Arbeitsprogramm des Amtes 31 (Umwelt und Energiefragen):

Die Förderrichtlinie für die Naturschutzarbeit ist so anzupassen, dass ein Teil der Zuschüsse auch für die Miete von benötigten Räumlichkeiten verwendet werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Philipp Dees
Fraktionsvorsitzender

Dr. Andreas Richter
Sprecher für Umwelt und Klimaschutz

Katja Rabold-Knitter

f.d.R. Katja Rabold-Knitter
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

Ö 9.7

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
VII/31	Amt für Umweltschutz und Energiefragen	**31/326/2026**

Haushalt 2027 – Beratung und Begutachtung der Konsolidierungsliste einschließlich der Fraktionsanträge mit Bezug auf die Einsparliste zum Haushaltsentwurf 2027

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat	17.11.2026	Ö	Empfehlung	
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	17.11.2026	Ö	Gutachten	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die Einzelabstimmung über die am 24.09.2026 in den Stadtrat eingebrachten Einsparmöglichkeiten zum Haushaltsentwurf 2027 sowie über die bezugnehmenden Fraktionsanträge erfolgt anhand des von der Kämmerei an die Mitglieder des Ausschusses/des Stadtrates zugesandten Abstimmungsskripts.

II. Begründung

Anlagen: Abstimmungsskript Einsparmöglichkeiten zum Haushaltsentwurf 2027

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss															
Jahr	Referat	Amt	Lfd. Nr.	Bezeichnung der Maßnahme (Stichpunkte)	Umsetzbar ab (HH-Jahr)	Einsparpotenzial 2026	Einsparpotenzial 2027	Einsparpotenzial 2028	Einsparpotenzial 2029	Einsparpotenzial 2030	Anteil Sachkosten 2027		Anteil Personalkosten 2027	Erläuterung	Abstimmung Fachausschuss
											Vorabdotierung	Betrag	Betrag		
2026	II	232/ 233	1	Miete in Verträgen über Kirchweihbäume und Sonnwendfeuer erhöhen	2027	0 €	900 €	900 €	900 €	900 €		900 €		Mehreinnahmen für 23, aber Mehrbelastung für Ausrichter (aktueller Stand): -Sonnwendfeuer mietfrei -Kirchweihbaum 10€	Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	II	232	2	Außerordentliche Mieterhöhung Sommerbetrieb Entlas-Keller	2027	0 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €		2.000 €		Mehreinnahme für 23 Die Mietzinsfestlegung richtet sich nach der gutachterlichen Bewertung durch den Gutachterausschuss - über die bisherige Höhe hinaus hält das Fachamt eine deutliche Erhöhung für wirtschaftlich angemessen.	Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	II	232	3	Pachtzinsanpassung für Kleingartenvereine	2027	0 €	1.400 €	1.400 €	1.400 €	1.400 €		1.400 €		Mehreinnahme für 23 Ob und inwieweit an die gesetzlichen Grenzen der Pachtzinserhöhung angepasst werden kann, ist in der Nachbarschaftskonferenz der Städte N, FÜ, ER, SC abzustimmen (vgl. Niederschrift v. 08.04.2024). .	Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	II	232	3	**Antrag FWG Nr. 191/2026:** Keine Pachtzinsanpassung für Kleingartenvereine: Wichtiger Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, zur Naherholung und zum Umwelt- und Naturschutz.											
Anpassung der lfd. Nummerierung bei Maßnahmen von Amt 61															
2026	VI	61	1	Keine weitere Umsetzung der Hol- und Bringzonen	2027	0 €	7.300 €	7.300 €	7.300 €	7.300 €			7.300 €	613: Maßnahme dient der Verkehrssicherheit und ist bei zwingender Notwendigkeit (Annahme: 50% der Fälle) trotzdem durchzuführen. Hinweis: Bei Schulstrassen sind Hol- und Bringzonen in der Regel zwingend erforderlich.	Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	VI	61	2	VAG Rad kündigen	2028	0 €	0 €	425.000 €	425.000 €	425.000 €	61.561VR			613: Eine ordentliche Kündigung muss bis zum 24.07.2028 bei VAG_Rad eingehen, um die Vereinbarung zum 23.01.2029 aufzukündigen. Eine außerordentliche Kündigung vor 2029 ist ggf. möglich weil 1) die Situation wirtschaftlich unzumutbar ist oder 2) der Entzug der Genhmigung durch die RMF (ZV §7(2)) erfolgt. Schadensersatzforderungen seitens VAG_Rad sind möglich. Konsequenz der Einstellung des Angbotes: Widerspruch zur überregionalen Strategie sowohl des VGN/ZVGN als auch zur Strategie der Regierung von Mittelfranken, Verlust eines wirksamen Mittels zur Stärkung des Umweltverbunds in der Städteachse, Verlagerung auf PKW, Verlust von Nutzern, Spätere Wiederaufnahme mit aufwendigem Vergabeverfahren, Verlust städteübergreifender Synergien	Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	VI	61	3	VAG Rad: Neuverhandlungen	2027	0 €	20.000 €	wenn Nr. 7 verabschiedet = 0	wenn Nr. 7 verabschiedet = 0	wenn Nr. 7 verabschiedet = 0	61.561VR	20.000 €		613: Anhebung der Startgebühr ab 2027 von 0,10 EUR auf mind. 0,20 EUR (erfolgt im Gesamtgebiet von VAG_Rad).	Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt

Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss														
Jahr	Referat	Amt	Lfd. Nr.	Bezeichnung der Maßnahme (Stichpunkte)	Umsetzbar ab (HH-Jahr)	Einsparpotenzial 2026	Einsparpotenzial 2027	Einsparpotenzial 2028	Einsparpotenzial 2029	Einsparpotenzial 2030	Anteil Sachkosten 2027		Anteil Personalkosten 2027	Erläuterung	Abstimmung Fachausschuss
											Vorabdotierung	Betrag	Betrag		
2026	VI	61	3a	**Antrag Grüne Liste Nr. 161/2026:** VAG Rad – Kosten sparen statt Entfall Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Stadt Nürnberg und ihrer Tochter VAG in Verhandlungen zu treten, um die Kosten für das VAG-Rad in den kommenden Jahren zu senken und das Angebot damit zu erhalten. Dabei sollen mindestens folgende Punkte berücksichtigt werden: • Erhöhung der Startgebühr für Bio-Bikes auf 0,20€ - 0,30€ • Quote von E-Bikes am Fuhrpark • Unterstützung der Reparaturen durch von EJC betriebenes Café Hergricht									***Stellungnahme Amt 61:*** *Die Grüne/GL-Fraktion bringt mit dem Antrag 161/2026 Ideen zur Reduzierung der Ausgaben ein, so dass das Fahrradverleihsystem für die Stadt kostengünstiger wird und erhalten bleibt.* ***1) Erhöhung der Startgebühr für Bio-Bikes* auf 0,20€ - 0,30€*** *Die Verwaltung ist mit VAG_Rad über eine Anhebung der Startgebühr im Jahr 2027 im Austausch. Wenn die Nutzung vergleichbar hoch bleibt, kann ein höherer Ausgleichsbetrag erzielt werden. Aktuell steht eine Steigerung von 0,10 EUR auf einen Betrag zwischen 0,20 EUR und 0,30 EUR als Startgebühr ab 02/2027 im Raum. Die endgültige Entscheidung wird seitens der VAG getroffen, da die Gebühren für die gesamte Städteachse greifen. Die Erhöhung der Startgebühr wurde in der Liste der Möglichkeiten mit der Maßnahme VI/61/8 berücksichtigt.* **Bio-Bikes sind die herkömmlichen Fahrräder ohne elektrische Unterstützung* ***2) Quote von E-Bikes am Fuhrpark*** *Aktuell sind 360 Bio-Bikes und 5 Lastenräder auf dem Erlanger Stadtgebiet im Einsatz. Für das Jahr 2027 wird es eine Änderung in der Flotte geben und es werden voraussichtlich ab dem 2. Quartal 60 Bio-Bikes durch 50 E-Bikes ersetzt. Die E-Bikes haben eine Startgebühr von 1,00 EUR, so dass sich hier, in Abhängigkeit von der Nutzung, ein höherer Ertrag erzielen lässt. Eine belastbare Prognose ist allerdings kaum möglich, da das Nutzerverhalten schwer einzuschätzen ist. In Nürnberg und im gesamten bundesweiten Markt wurden die in 2026 eingeführten E-Bikes positiv aufgenommen. Die Nutzung der VAG_Lastenräder fällt sehr gering aus, so dass diese zur Einsparung von Kosten entfallen.* ***3) Unterstützung der Reparaturen durch von EJC betriebenes Café Hergricht*** *Der Vertrag zwischen nextbike und VAG_Rad sieht nextbike als „full-service provider" vor. Etwaige Nebenabreden wie bspw. die Vergabe von Serviceleistungen an Dritte sind durch VAG_Rad genehmigungspflichtig und vertraglich nicht vorgesehen. Nextbike steht als „full-service provider" mit einem etablierten Prozess und integriertem System da, garantiert eine gewisse Qualität und Verfügbarkeit der Räder und obliegt einer Haftung und Gewährleistung. Die Verwaltung sieht hier keinen Hebel und empfiehlt den Gedanken fallen zu lassen.*	Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	VI	61	4	Anpassungsmaßnahmen Radwegenetz	2027	0 €	24.400 €	48.800 €	48.800 €	48.800 €			24.400 €	613: durch HKK werden nur bestehende Defizite planerisch bearbeitet, um die Verkehrssicherheit aufrecht zu halten (Pflichtaufgabe - Annahme 50% Anteil) Konsequenz: auch bei sicherheitsrelevanten Planungen muss mangels Personalressourcen in der Strassenplanung priorisiert werden; andere Maßnahmen aus dem Zukunftsplan Fahrradstadt können nicht umgesetzt werden.	Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	VI	61	5	Stelleneinzug nach Abschluss STEK bei 611-1	tbd	0 €	0 €	0 €	0 €	98.800 €				611: Aktuelle vertragliche Bindung zur Ausarbeitung des Konzeptes. Konsequenz: Nach Abschluss der Ausarbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes in Zusammenarbeit mit dem externen Büro in 2028, kommt es nicht nur verzögert zur Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen (Gewerbeflächen- und Wohnflächenentwicklung, Freiflächen und Grünraum, Klima), sondern zu einer Umsetzungslücke zwischen Konzept und Praxis bis hin zur langsameren Gesamtfortschreibung des Gesamt-FNPs, fehlende Gesamtkoordination, Ziele verlieren an Priorität, zusätzliche Belastung anderer Fachbereiche, später ggf. erneuter Personalbedarf	Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	VI	61	6	Auflösung Städtebauförderung und Stadterneuerungsgebiet Süd-Ost	2028	0 €	0 €	48.800 €	48.800 €	48.800 €				610.3: Aufhebung eines Stadterneuerungsgebietes, welches nach Soziale Stadt-Gebiet nach BauGB definiert wurde Konsequenzen: Ende der Gesamtmaßnahme, ISEK wird nicht vollständig umgesetzt, geplante Maßnahmen entfallen/ müssen anders finanziert werden (z.B. Theodor-Heuss Anlage, Nürnbergerstr. (im StUB Bereich), Röthelheimgraben, Hilpertstr., Nägelsbachstr., Umfeld Hannah-Stockbauer- Halle, keine Wiederaufnahme Quartiersmanagement), formelle Abwicklung bindet Personalressourcen bis Mitte 2028 (Maßnahmenabwicklung in 2027 und Abwicklung Gesamtförderprogramm bis Mitte 2028)	Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	VI	61	7	Einstellung des Wohnungsberichtes	2027	0 €	4.900 €	9.800 €	9.800 €	9.800 €			4.900 €	611: HKK 2025: Umstellung von analog auf digital und von 2-jährig auf 3-jährig - letzter Bericht war 2025 für 2024. Der Wohnungsbericht ist eine Grundlage für strategische Steuerungsmaßnahmen und ein wichtiges Monitoringtool und dient zur Information Bauwilliger und künftiger Bürger*innen.	Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	VI	61	8	Abschaffung Quartiermanagement Büchenbach Nord	2027	0 €	32.800 €	37.700 €	37.700 €	37.700 €		28.000 €	4.800 €	610.3: 1) aktuelle Vergabeentscheidung für das Quartiersmanagement: Gesamtkosten: 70.000 EUR p.a. - zugesagte Förderung liegt bei 60% (42.000 EUR) 2) bestehender Mietvertrag bis 30.04.2032 für Stadtteilwerkstadt Nord (4.200 EUR p.a.) und voraussichtliche Rückzahlung von Fördermitteln (9.000 EUR) Entwicklung des Stadtteils Büchenbach Nord (höchster Sozialindex in Erlangen) ist erst am Beginn der Umsetzung, wichtige Schlüsselmaßnahmen wurden zurückgestellt (bspw. Stadtteilschule, Neue Mitte), gute Basis der Zusammenarbeit wurde geschaffen und Vertrauen aufgebaut, federführend hierfür war die Schnittstelle vor Ort mit dem Quartiersmanagement Konsequenz: Entwicklungsziele bleiben unerreicht, Akzeptanz-/Vertrauensverlust vor Ort, Verlust des Förderhebels und zugesagter Fördermittel	Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	VI	61	8	**Antrag AfD Nr. 127/2026:** Abschaffung Quartiermanagement Büchenbach Nord. Eine wichtige und wohl erfolgreiche Brennpunktarbeit die weitergehen soll.										**AfD:** Keine Befürwortung der Nr. 2026/VI/61/8	

Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss														
Jahr	Referat	Amt	Lfd. Nr.	Bezeichnung der Maßnahme (Stichpunkte)	Umsetzbar ab (HH-Jahr)	Einsparpotenzial 2026	Einsparpotenzial 2027	Einsparpotenzial 2028	Einsparpotenzial 2029	Einsparpotenzial 2030	Anteil Sachkosten 2027		Anteil Personalkosten 2027	Erläuterung	Abstimmung Fachausschuss
											Vorabdotierung	Betrag	Betrag		
2026	VII	31	1	Entmietung Klimamobil (inkl. Wartungskosten)	2028	0 €	0 €	8.200 €	16.400 €	16.400 €	31.561K			Der Leasingvertrag läuft bis Mitte 2028; teils über Spenden finanziert. Das Klimamobil ist eine Maßnahme, um die Energiewende voranzubringen: •95 % der Wärme wird in Erlangen aktuell fossil erzeugt (Gas inkl. Fernwärme 64%, Öl 31%). •51 % (631 GWh/a) des Wärmebedarfs entfallen auf den Wohnsektor. •Mehr als 73 % der Gebäude in Erlangen wurden vor 1979 errichtet und besitzen dadurch ein großes Sanierungspotential. Eine vollständige Sanierung sämtlicher Gebäude in Erlangen könnte den Wärmeverbrauch um bis zu 582 GWh (47 %) reduzieren. Der kommunale Wärmeplan hat mögliche Eignungsgebiete für Wärmenetze identifiziert. Jetzt müssen durch Machbarkeitsstudien Wege für ihren Bau gefunden werden. Die Gebäude außerhalb der Eignungsgebiete müssen zukünftig überwiegend über Wärmepumpen versorgt werden. Fossile Energie wird sich weiter verteuern durch den kommenden Zertifikathandel und Konfliktpotential in den Förderstaaten. Sanierungsmaßnahmen erfordern hohe Investitionskosten und haben oft lange Amortisationszeiten. Das Förderprogramm „CO2-mindernde Maßnahmen am Gebäude“ musste haushaltsbedingt eingestellt werden. Beim, für die Energiewende essentiellen, Thema Wärmepumpe sind die Bürger*innen durch Aussagen aus der Politik und den Medien in den letzten Jahren verunsichert worden. Erlangen soll schnellstmöglich treibhausgasneutral werden: •Energieverbrauch des Gebäudebestandes senken •Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien umstellen. Deshalb ist es wichtig: Mehr Bürger*innen beraten und für Energiespar- und Sanierungsmaßnahmen gewinnen. Aufklärungsarbeit über die Vorteile von erneuerbaren Energien, energetischen Sanierungen und Energiesparmaßnahmen leisten. Das geschieht derzeit auch in Zusammenarbeit mit Umweltverbänden.	Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	VII	31	1a	**Antrag Grüne Liste Nr. 170/2026:** Gegenfinanzierung des Klima-Mobils über Förderung, Spenden, Sponsoring oder Kooperationen										***Stellungnahme Amt 31:*** *Zur Haushaltskonsolidierung besteht der Vorschlag zur Entscheidung durch den Stadtrat ab Mitte 2028, mit Auslauf der Miete des Klimamobils, die Anzahl der Stellen der Energieberatung von derzeit 1,757 VZÄ auf 1,0 VZÄ zu reduzieren.* *Wird dies so umgesetzt, würde dann die Personalausstattung nicht mehr ausreichen, um das Klimamobil sinnvoll betreiben zu können.* *Daher wird der Antrag nur unter der Voraussetzung befürwortet, dass die derzeitige Personalausstattung der Energieberatung erhalten bleibt.*	Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	VII	31	2	Wegfall und Reduzierung wichtiger Bereiche der Öffentlichkeitsarbeit	2027	0 €	25.500 €	25.500 €	25.500 €	25.500 €			25.500 €	Nach der Berechnung des ifeu Instituts liegen 68% der Erlanger CO2 Emissionen nicht im direkten Einflussbereich der Kommune. Diese Emissionen können nur über Beraten und Motivieren reduziert werden. Wird die Öffentlichkeitsarbeit eingeschränkt, können der Stadtgesellschaft weniger Informationen bereitgestellt werden. Auch die Bewerbung für Veranstaltungen muss eingeschränkt werden. Bei Wegfall der Stelle fällt insbesondere die strategische Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit für Klimaschutz & Klimaanpassung und die Zusammenarbeit und Vernetzung mit anderen Akteuren weg. Die Betreuung der Webseite muss von einer anderen Stelle übernommen werden, sodass dadurch andere Aufgaben im Bereich Öffentlichkeitsarbeit nur noch eingeschränkt wahrgenommen werden können.	Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	VII	31	3	Wegfall von Sachmittel für die Öffentlichkeitsarbeit (Printprodukte und Gestaltungsaufträge)	2027	0 €	7.200 €	7.200 €	7.200 €	7.200 €			7.200 €	Bei Wegfall der Sachmittel wird die Öffentlichkeitsarbeit und damit die Reichweite deutlich eingeschränkt werden. Öffentlichkeitsarbeit ist dann nur noch in Eigenarbeit möglich. Alle Formate müssen selbst erstellt und designt werden. Ohne die entsprechende Expertise ist dies arbeits- und zeitaufwendig. Zukünftig können nur noch kostenlose (i.d.R. digitale) Werbemöglichkeiten genutzt werden. Für Printmedien werden zukünftig nur noch Pressemitteilungen genutzt. Hierbei besteht keine Veröffentlichungsgarantie. Auch Plakate, Flyer oder andere Informationsmaterialien werden nicht mehr genutzt. Dies bedeutet eine deutlich eingeschränkte Reichweite, da manche Zielgruppen über digitale Angebote nicht oder nur eingeschränkt erreicht werden können. Die Öffentlichkeitsarbeit im Klimabereich ist ein zentrales Instrument, welches viele verschiedene Zielgruppen anspricht. Ohne Sachmittelbudget wird die Öffentlichkeitsarbeit zukünftig deutlich eingeschränkt werden.	Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	VII	31	4	Wegfall von Catering und Bewirtung bei Veranstaltungen mit Externen	2027	0 €	3.800 €	3.800 €	3.800 €	3.800 €			3.800 €	Aktuell wird Catering ausschließlich für externe Veranstaltungen angeboten. In der Regel handelt es sich um Getränke (v.a. Wasser und ggf. Kaffee/Tee). Bei Veranstaltungen von über 2h mit Vernetzungscharakter wird, wenn notwendig, auch ein kleiner Imbiss angeboten. Bei Wegfall der Sachmittel können Informations- und Vernetzungsveranstaltungen, die länger als 2h dauern, nur noch eingeschränkt angeboten werden. Grundsätzlich werden Veranstaltungen zukünftig vor allem digital angeboten werden. Der Vernetzungscharakter und der informelle Austausch werden dann nur noch eingeschränkt möglich sein, z.B. der Austausch von Unternehmen bei der Klima-Allianz.	Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt

Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss														
Jahr	Referat	Amt	Lfd. Nr.	Bezeichnung der Maßnahme (Stichpunkte)	Umsetzbar ab (HH-Jahr)	Einsparpotenzial 2026	Einsparpotenzial 2027	Einsparpotenzial 2028	Einsparpotenzial 2029	Einsparpotenzial 2030	Anteil Sachkosten 2027		Anteil Personalkosten 2027	Erläuterung	Abstimmung Fachausschuss
											Vorabdotierung	Betrag	Betrag		
			zu 5 und 6											Erklärung zu den nachfolgenden Zeilen: Der Erlanger Stadtrat hat 2019 den Klimanotstand ausgerufen (BV 13/313/2019). Darauf folgten 2020 das Klimaanpassungskonzept (BV 31/002/2020) und der Fahrplan Klima-Aufbruch mit der Festlegung der Erlanger Klimaziele (BV 31/040/2020). 2022 wurde die Umsetzung des Fahrplan Klima-Aufbruchs beschlossen (BV 31/163/2022). Schon 2022 wurde die Umsetzung des - zur Erreichung der Klimaziele mit Bürger*innenrat und Stakeholdern erarbeitete Maßnahmenkatalog - Fahrplans Klima-Aufbruch mit zu wenig Mitteln ausgestattet. Seit Beginn der Haushaltskonsolidierung mussten bereits wieder Mittel eingespart werden. Der Maßnahmenkatalog besteht aus 41 Maßnahmen mit 254 aktiven Teilmaßnahmen, verteilt auf verschiedene Dienststellen und weitere Akteure. Amt 31 führt 25 dieser Maßnahmen und 105 Teilmaßnahmen federführend durch und begleitet weitere Maßnahmen. Hinzu kommen Koordination, Monitoring und Zielsetzung für den gesamten Fahrplan Klima-Aufbruch sowie der Klimaanpassung. Bei einer weiteren Kürzung der Stellen rücken wir weiter von der Umsetzung des Fahrplans Klima-Aufbruch weg, die Aufgaben können nicht mehr erfüllt werden.	
2026	VII	31	5	Verlagerung und Reduzierung von Monitoring & Controlling; Klima-Haushalt/CO2-Budget	2027	0 €	24.400 €	48.800 €	48.800 €	48.800 €			24.400 €	Die Stelle ist für das Monitoring im Klimabereich zuständig. Um Klimaschutz und -anpassung effizient betreiben zu können ist es notwendig, regelmäßig Daten über Umsetzungsstand und Wirkung der Maßnahmen zu erheben. Die Stelle ist daher für die zentrale, gesammelte Datenerhebung und die Erstellung der Treibhausgasbilanz der Gesamtstadt zuständig. Zusätzlich führt sie die Steuerung über den Klimahaushalt und das CO2 Restbudget durch. Diese Aufgaben können nicht gänzlich aufgegeben werden. Die Aufgaben werden in vermindertem Maße von anderen Stellen übernommen. Dies hat zur Folge, dass weniger andere Aufgaben umgesetzt werden und das Monitoring qualitativ und quantitativ reduziert wird.	Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	VII	31	6	Reduzierung der Energieberatung	2028	0 €	0 €	68.000 €	68.000 €	68.000 €				Die städtische Energieberatung gibt es seit 1987. Sie ist seither eine wichtige unabhängige Anlaufstelle für Bürger*innen rund um das Thema Energie. Die Energieberatung spielt eine wesentliche Rolle bei der Umsetzung des Fahrplans Klima-Aufbruch und der Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung. Die Aufgaben der Energieberatung verändern sich im Laufe der Zeit. Folgende Aufgaben werden durch die Energieberater derzeit durchgeführt: -Energieberatung (Konkrete bauphysikalische und anlagentechnische Beratung im Bereich Wohngebäude und Nichtwohngebäude) für Bürger*innen sowie kleine und mittlere Unternehmen; -Allgemeine Beratung von und Informationsaustausch mit Architekt*nnen, Planer*innen, Handwerker*innen -Fördermittelberatung (KfW und BAFA) -Zusammenarbeit mit lokalen und regionalen Multiplikatoren und Netzwerken zur Ab-stimmung der Tätigkeiten im Bereich Energieberatung -Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Energieberatung -Betreuung des Klimamobils (doch auch bei Entfall des Klimamobils ist die Energieberatung weiterhin notwendig) -Mitwirkung durch Beratung bei Baugenehmigungen, Wettbewerben, etc. Bei einer Reduzierung der Energieberater*innenstellen, können weniger Beratungen durchgeführt und darüber hinaus keine Zusatzsaufgaben wie Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit übernommen werden.	Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	VIII	EB77	1	Entwidmung aller Wege im Stadtwald	2027	0 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €		10.000 €			Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	VIII	EB77	2	Unterhalt Forst ESTW Gebührenerhöhung	2027	0 €	3.000 €	3.000 €	3.000 €	3.000 €		3.000 €		Mehreinnahmen	Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	VIII	EB77	3	kein Granulat als Streumittel mehr im Winterdienst	2027	15.000 €	46.800 €	48.600 €	50.500 €	52.500 €		46.800 €		statt Granulat Salz/Sole; Granulat deutlich teurer in der Anschaffung, führt zu stärkerer Belastung der Maschinen, verursacht Folgekosten durch Einkehren nach Winterdienst	Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	VIII	EB77	4	Absenkung Standard Grünflächenpflege	2027	0 €	57.400 €	114.800 €	114.800 €	114.800 €			57.400 €		Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	VIII	EB77	5	Orangerie kein Palmentransport	2027	0 €	2.700 €	2.700 €	2.700 €	2.700 €		2.700 €			Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt

Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss															
Jahr	Referat	Amt	Lfd. Nr.	Bezeichnung der Maßnahme (Stichpunkte)	Umsetzbar ab (HH-Jahr)	Einsparpotenzial 2026	Einsparpotenzial 2027	Einsparpotenzial 2028	Einsparpotenzial 2029	Einsparpotenzial 2030	Anteil Sachkosten 2027		Anteil Personalkosten 2027	Erläuterung	Abstimmung Fachausschuss
											Vorabdotierung	Betrag	Betrag		
2026	VIII	EB77	6	Wegfall von 3 Spielplätzen	2027	0 €	9.000 €	9.000 €	9.000 €	9.000 €		9.000 €		sukzessiver Wegfall; konkrete Entscheidung über die Spielplätze im Ausschuss nach Vorschlag Verwaltung	Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	VIII	EB77	6	**Antrag FWG Nr. 191/2026:** Kein Wegfall von Spielplätzen											
2026	VIII	EB77	7	Beteiligung der Sportvereine bei der Sportrasenpflege um 1/3 der Kosten	2027	0 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €		20.000 €			Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
Neue Einsparmöglichkeiten (Fraktionsanträge):															
2026	VII	31	neu	**Antrag AfD Nr. 127/2026:** Anpassung Zuschüsse an Umweltorganisationen	2027		28.300 €	28.300 €	28.300 €	28.300 €		28.300 €		***Kämmerei:*** *Im Haushaltsentwurf 2027 sind 78.300 € für Zuschüsse an Umweltschutzorganisationen unter Vorabdotierung 31.554A veranschlagt.*	Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	VII	31	neu	**Antrag AfD Nr. 127/2026:** Streichung Climate Connect - kein Bedarf	2027		13.500 €	13.500 €	13.500 €	13.500 €		13.500 €		***Kämmerei:*** *Im Haushaltsentwurf 2027 sind 13.500 € für Climate Connect unter Vorabdotierung 31.561C veranschlagt.*	Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	VI	61	neu	**Antrag SPD Nr. 122/2026:** Gründung Projektgesellschaft Regnitzstadt *(siehe auch Wortantrag der Grünen Liste Nr. 171/2026)*			*250.000 €*	*250.000 €*	*250.000 €*	*250.000 €*				***Stellungnahme Amt 61:*** *Der Antrag 122/2026 beschreibt die Gründung einer Projektgesellschaft, weist bei den Einsparungen die vorgesehenen Finanzmittel der Projektsteuerung ab dem HH 2027 aus -> 4 x 250.000 EUR. Die Projektsteuerung befindet sich allerdings bereits im Vergabeprozess und wird in 2027 mit einem Vergabebeschluss in den Stadtrat kommen. Dennoch kann die Verwaltung über den Antrag GL 171/2026 beauftragt werden, eine Ausgliederung zu untersuchen und zu bewerten. Die Stellungnahme und Abstimmung dazu, findet sich bei Antrag Nr. 171/2026.*	Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
2026	VI	61	neu	**Antrag Grüne Liste Nr. 171/2026:** Überführung Regnitzstadt in eine dafür geeignete Gesellschaft			-20.000 €	-20.000 €	-20.000 €	-20.000 €				***Stellungnahme Amt 61:*** *Die Verwaltung soll ein Mandat erhalten, die sinnvollste Form einer Ausgliederung der Projektdurchführung der Regnitzstadt zu prüfen. Ziel ist eine Projektdurchführung außerhalb des städtischen Haushaltes und die Absicherung der Mittel für das Projekt. Auf den städtischen HH 2027 hat dieses Mandat zunächst keine einsparende Auswirkung, im Gegenteil es sind Finanzmittel für eine externe Beratungsleistung einzuplanen. Grob geschätzte Zeitschiene: Auftrag an die Verwaltung im Januar 2027, Vergabe eines externen Prüfauftrages im Q2 2027 (geschätzte Finanzmittel ca. 20.000 EUR), Ergebnis Anfang Q4 2027.* *Hinweis: Die Regnitzstadt steht in einem entscheidenden zeitlichen Zusammenhang mit der Planung der StUB, weswegen aktuelle Vergaben und Aufgaben nicht ausgesetzt werden können.*	Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
				Gesamt (ohne Fraktionsanträge)		**15.000 €**	**303.500 €**	**951.300 €**	**961.400 €**	**1.062.200 €**		**154.800 €**	**148.700 €**		

Ö 9.8

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
VII/31	Amt für Umweltschutz und Energiefragen	**31/327/2026**

Haushalt 2027 – Beratung und Begutachtung der Fraktionsanträge ohne Bezug zur Einsparliste und Nachmeldungen der Verwaltung zum Ergebnishaushalt/Finanzhaushalt - Investitionsprogramm

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat	17.11.2026	Ö	Empfehlung	
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	17.11.2026	Ö	Gutachten	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die Einzelabstimmung der Fraktionsanträge und Nachmeldungen der Verwaltung zum Haushaltsentwurf 2027 erfolgt anhand des von der Kämmerei an die Mitglieder des Ausschusses/des Stadtrates zugesandten Abstimmungsskripts.

II. Begründung

Fraktionsanträge, die auf die am 24.09.2026 in den Stadtrat eingebrachten Einsparmöglichkeiten zum Ergebnishaushalt Bezug nehmen, werden bei der Abstimmung über die Einsparmöglichkeiten behandelt..

Anlagen: *Anlage 1: Abstimmungsskript Ergebnishaushalt/Finanzhaushalt 2027*
Anlage 2: Abstimmungsskript Finanzhaushalt 2027/Investitionsprogramm 2026-2030

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Abstimmungsskript Fachausschüsse mit den eingegangenen Fraktionsanträgen (ohne Bezug zur Konsolidierungsliste) und Nachmeldungen der Verwaltung zum Haushaltsentwurf 2027

(Stand: 03.11.2026)

Lfd.Nr.	Antragsnr.	Ergebnishaushalt/Finanzhaushalt 2027	Mehrerträge (+) / Mindererträge (-) in Euro	Einsparung (+) / Mehraufwand (-) in Euro	Verbesserung (+) Verschlechterung (-) in Euro	Abstimmung Fachausschuss
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss am 17.11.2026						
Amt 31		**Amt für Umweltschutz und Energiefragen**				
31.1	SPD 122/2026	**Zuschuss Teilerei (-25.000 Euro)** ***Kämmerei:*** *Der Zuschuss an die Teilerei erfolgt seit 2026 gebührenfinanziert auf Grundlage der Förderrichtlinie der Stadt Erlangen zur Gewährung von Zuschüssen für private Maßnahmen zur Abfallvermeidung. Das Gesamtförderbudget ist im Sachmittelbudget mit 50.000 Euro auf Vorabdotierung 31.561F veranschlagt.*		**aus Budget**	**aus Budget**	Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
31.2	SPD 122/2026	**Zuschuss Naturschutz Jugend (-10.000 Euro)** ***Stellungnahme Amt 31:*** *Der Jugend Bund Naturschutz betreibt den Umsonstladen. Der Umsonstladen wird (auf Antrag) über die Zuschussrichtlinie der Abfallvermeidungsmaßnahmen unterstützt. Dafür ist ein pauschaler Ansatz für den Haushalt 2027 unter der Vorabdotierungsnummer 31.561F eingestellt. Damit der Umsonstladen die Miete vollständig decken kann, wurde darüber hinaus ein Ansatz i.H.v. 4.500 € eingeplant.*		**aus Budget**	**aus Budget**	Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt

Abstimmungsskript Fachausschüsse mit den eingegangenen Fraktionsanträgen und Nachmeldungen der Verwaltung zum Haushaltsentwurf 2027 und Investitionsprogramm 2027-2030

(Stand: 30.10.2026)

HH-Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB 77 am 17. November 2026

Ansätze in Euro VE = Verpflichtungsermächtigung			2027			2028			2029			2030			Merkposten			Abstimmung
			Ansatz Entwurf	Änderung	Ansatz neu	Ansatz Entwurf	Änderung	Ansatz neu	Ansatz Entwurf	Änderung	Ansatz neu	Ansatz Entwurf	Änderung	Ansatz neu	Ansatz Entwurf	Änderung	Ansatz neu	Fachausschuss
Lfd. Nr. **22**	Zust. FA: 23	Antrag: Verwaltung																Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
IP-Nr.	111.320	**Erwerb unbebauter Grundstücke**	-105.000	-83.500	-188.500	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-250.000	0	-250.000	
VE																		
Zuweisung			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Begründung			Amt 23: Notwendiger Grundstückserwerb zur Realisierung des Projekts Regnitzstadt. Vor Beginn der Erschließungsplanung muss der Grunderwerb im Bereich der Regnitzstadt abgeschlossen werden, um die weiteren Planungsschritte nicht zu gefährden. *Kämmerei: Lt. Amt 23 für die Weiterentwicklung der Regnitzstadt erfordertlich um die weiteren Planungsschritte nicht zu gefährden..*														
Lfd. Nr. **23**	Zust. FA: 23	Antrag: Verwaltung																Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
IP-Nr.	111.320A	**Erwerb bebauter Grundstücke**	-200.000	-1.184.000	-1.384.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1.287.000	1.287.000	0	
VE																		
Zuweisung			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Begründung			Amt 23: Notwendiger Grundstückserwerb zur Realisierung des Projekts Regnitzstadt. Vor Beginn der Erschließungsplanung muss der Grunderwerb im Bereich der Regnitzstadt abgeschlossen werden, um die weiteren Planungsschritte nicht zu gefährden. *Kämmerei: Lt. Amt 23 für die Weiterentwicklung der Regnitzstadt erfordertlich. Die Grundstücke sollen erworben werden, um eine sinnige und flächeneffiziente städtebauliche Entwicklung schaffen zu können.*														
Lfd. Nr. **24**	Zust. FA: 23	Antrag: 206/26 Erlanger Linke																Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
IP-Nr.	111.400E	**Erlöse aus Grundstücksverkäufe (unbebaut)**	1.900.000	-1.900.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
VE																		
Zuweisung			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Begründung			Erlanger Linke: Für den Haushalt 2027 sind 1.900.000 Euro Erlöse aus dem Verkauf unbebauter Grundstücke sowie 2.035.000 Euro Erlöse aus dem Verkauf von Parkeinrichtungen eingeplant. Wir lehnen den Ausverkauf städtischen Grundbesitzes ab. Die Stadt benötigt zu ihrer Entwicklung (insbesondere für Maßnahmen gegen die Wohnungskrise) Flächen, über die sie verfügen kann, ohne sie erst teuer erstehen zu müssen. Der Verkauf von Grundstücken zur kurzfristigen Haushaltssanierung ist wirtschaftlich nicht tragfähig. Ist das „städtische Tafelsilber" erst einmal verkauft, bekommt man es nur zu einem Vielfachen des Verkaufspreises wieder. Anstelle von Verkäufen befürworten wir bei geplanten langfristigen privaten Nutzungen Erbpachten. Kämmerei: Im Rahmen der HH-Konsolidierung wurde die Auflistung -Verkauf von Grundstücken- am 30.04.2025 in der Stadtratssitzung (nicht-öffentlich, TOP 2.1, Vorlage II/040/2025, Anlage 6 zum HH-Konsolidierungskonzept) beschlossen.														
Lfd. Nr. **25**	Zust. FA: 23	Antrag: 128/26 AfD																Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
IP-Nr.	111.400AE	**Erlöse aus Wohn-Geschäftsgrundstücke**	120.000	3.500.000	3.620.000	0	0	0	2.600.000	0	2.600.000	205.000	0	205.000	0	0	0	
VE																		
Zuweisung			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Begründung			AfD: Verkauf des ZAM, d.h. Gebäude mit Grundstück. Die Stadt kann sich den hohen Zuschuss angesichts der Haushaltslage nicht mehr leisten. Es gibt wichtigere Themen im Haushalt, die erhalten bleiben müssen. Teilweise Zusammenlegung mit dem KUBIC prüfen. Der Wert ist auf Basis öffentlich verfügbarer Informationen geschätzt.													

Ansätze in Euro VE = Verpflichtungsermächtigung			2027			2028			2029			2030			Merkposten			Abstimmung
			Ansatz Entwurf	Änderung	Ansatz neu	Ansatz Entwurf	Änderung	Ansatz neu	Ansatz Entwurf	Änderung	Ansatz neu	Ansatz Entwurf	Änderung	Ansatz neu	Ansatz Entwurf	Änderung	Ansatz neu	Fachausschuss
Lfd. Nr. **26**	Zust. FA: 24/61	Antrag: 123/26 SPD																Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
IP-Nr.	538.401	**WC-Anlage Zollhaus, Ersatzbau**	0	-620.000	-620.000	0	-1.242.000	-1.242.000	0	0	0	0	0	0	-1.802.000	1.802.000	0	
VE	NEU	Verpflichtungsermächtigung				0	-620.000	-620.000	0			0						
Zuweisung	538.600EB	**Bundeszuweisung WC-Anlage Zollhaus**	0	200.000	200.000	0	200.000	200.000	0	0	0	0	0	0	400.000	-400.000	0	
Zuweisung	538.610ES	**Staatszuweisung WC-Anlage Zollhaus**	0	200.000	200.000	0	200.000	200.000	0	0	0	0	0	0	400.000	-400.000	0	
Begründung			Vgl. SPD-Fraktionsantrag 088/2026, Ziffer 1; Städtebauförderung															

Lfd. Nr. **27**	Zust. FA: 23	Antrag: Verwaltung																Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
IP-Nr.	541.324	**Grunderwerb für Rad-/Fußwegebau**	-105.000	-18.500	-123.500	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-7.000	7.000	0	
VE																		
Zuweisung			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Begründung			Amt 23: Notwendiger Erwerb zur Erfüllung der Unterhalts-/Verkehrssicherungspflicht. *Kämmerei: Im Ansatz sind 85T€ für GrSt-Kauf "Querungshilfe Herzogenauracher Damm" (im Einigungsgespräch so vereinbart). Die Ausführung der Maßnahme ist bei Amt 66 für 2031 eingeplant.*															

Lfd. Nr. **28**	Zust. FA: 66/61	Antrag: 123/26 SPD																Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
IP-Nr.	541S.60	**Zollhausplatz/Luitpoldstr., Umgestaltung**	0	-2.400.000	-2.400.000	0	-4.800.000	-4.800.000	0	0	0	0	0	0	-7.200.000	7.200.000	0	
VE	NEU	Verpflichtungsermächtigung				0	-2.400.000	-2.400.000	0			0						
Zuweisung	541S.60EB	**Bundeszuweisung Zollhausplatz/Luitpold-**	0	800.000	800.000	0	1.700.000	1.700.000	0	0	0	0	0	0	2.500.000	-2.500.000	0	
Zuweisung	541S.60ES	**Staatszuweisung Zollhausplatz/Luitpold-**	0	500.000	500.000	0	1.000.000	1.000.000	0	0	0	0	0	0	1.500.000	-1.500.000	0	
Begründung			Vgl. SPD-Fraktionsantrag 088/2026, Ziffer 1; Städtebauförderung															

Lfd. Nr. **29**	Zust. FA: 23	Antrag: 206/26 Erlanger Linke																Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
IP-Nr.	546.400E	**Erlöse aus Grundstücksverkäufen (Parkeinrichtung)**	2.035.000	-2.035.000	0	2.740.000	0	2.740.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
VE																		
Zuweisung			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Begründung			Erlanger Linke: Für den Haushalt 2027 sind 1.900.000 Euro Erlöse aus dem Verkauf unbebauter Grundstücke sowie 2.035.000 Euro Erlöse aus dem Verkauf von Parkeinrichtungen eingeplant. Wir lehnen den Ausverkauf städtischen Grundbesitzes ab. Die Stadt benötigt zu ihrer Entwicklung (insbesondere für Maßnahmen gegen die Wohnungskrise) Flächen, über die sie verfügen kann, ohne sie erst teuer erstehen zu müssen. Der Verkauf von Grundstücken zur kurzfristigen Haushaltssanierung ist wirtschaftlich nicht tragfähig. Ist das „städtische Tafelsilber“ erst einmal verkauft, bekommt man es nur zu einem Vielfachen des Verkaufspreises wieder. Anstelle von Verkäufen befürworten wir bei geplanten langfristigen privaten Nutzungen Erbpachten. Kämmerei: Im Rahmen der HH-Konsolidierung wurde die Auflistung -Verkauf von Grundstücken- am 30.04.2025 in der Stadtratssitzung (nicht-öffentlich, TOP 2.1, Vorlage II/040/2025, Anlage 6 zum HH-Konsolidierungskonzept) beschlossen.															

Ansätze in Euro VE = Verpflichtungsermächtigung			2027			2028			2029			2030			Merkposten			Abstimmung
			Ansatz Entwurf	Änderung	Ansatz neu	Ansatz Entwurf	Änderung	Ansatz neu	Ansatz Entwurf	Änderung	Ansatz neu	Ansatz Entwurf	Änderung	Ansatz neu	Ansatz Entwurf	Änderung	Ansatz neu	Fachausschuss
Lfd. Nr. **30**	Zust. FA: 61	Antrag: 128/26 AfD																Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
IP-Nr.	546.401	**Stadtentwicklungsprojekt Regnitzstadt**	-685.000	400.000	-285.000	-200.000	200.000	0	-200.000	200.000	0	-200.000	200.000	0	-1.400.000	200.000	-1.200.000	
VE	546.401V					-200.000	200.000	0	0			0						
Zuweisung			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Begründung			AfD: Reduzierung des Projektes Regnitzstadt auf die Leistungen, die seitens der Stadtverwaltung aus dem Baureferat erbracht werden können. Keine Beauftragung eines externen Projektleiters für die Weiterentwicklung und Integration mit dem zu beendenden Projekt Stadt-Umland-Bahn.														

Lfd. Nr. **31**	Zust. FA: 61	Antrag: 128/26 AfD																Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
IP-Nr.	547.400	**InvestUmlage Planungs-u Baukosten Stadtumlandbahn**	-2.596.400	2.000.000	-596.400	-1.157.600	1.000.000	-157.600	-1.262.400	1.262.400	0	-2.580.700	2.580.700	0	-14.077.600	0	-14.077.600	
VE																		
Zuweisung			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Begründung			AfD: Einstellung des Projektes Stadt-Umland-Bahn. Die Stadt braucht dieses Mammutprojekt nicht und sie kann es sich trotz erwarteten Zuschüssen in Höhe von 70-80% auch mittelfristig nicht leisten. Eine Auflösung des Zweckverbandes ist daher anzustreben. Die veranschlagten Restbeträge werden in Unkenntnis der entsprechenden Verträge vorgeschlagen.														

Lfd. Nr. **32**	Zust. FA: 61	Antrag: 123/26 SPD																Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
IP-Nr.	547.870	**Maßnahmen zur Stärkung des Umweltverbundes**	-75.000	-75.000	-150.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
VE																		
Zuweisung			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Begründung			SPD: Insbes. Umsetzung Zukunftsplan Fahrradstadt, Fußverkehrskonzept															

Lfd. Nr. **33**	Zust. FA: 77	Antrag: 123/26 SPD																Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
IP-Nr.	551.500	**Baumpflanzungen, Entsiegelungsmaßnahmen**	-140.000	-200.000	-340.000	0	-500.000	-500.000	0	-500.000	-500.000	0	-500.000	-500.000	-750.000	0	-750.000	
VE																		
Zuweisung	551.NEU	**Staatszuweisung**	0	100.000	100.000	0	250.000	250.000	0	250.000	250.000	0	250.000	250.000	0	0	0	
Begründung			SPD: Hitzeschutzmaßnahme; Förderprogramm z.B. KommKlimaFöR 2026															

Lfd. Nr. **34**	Zust. FA: 77	Antrag: 123/26 SPD																Abstimmung UVPA: mit ... gegen ... Stimmen angenommen/ abgelehnt
IP-Nr.	551.5001	**Innenstadtentsiegelung, Förderprogramm**	0	-500.000	-500.000	0	-500.000	-500.000	0	-500.000	-500.000	0	-500.000	-500.000	0	0	0	
VE	NEU	Verpflichtungsermächtigung				0	-500.000	-500.000	0			0						
Zuweisung	551.5001EB	**Bundeszuweisung Innenstadtentsiegelung, F.programm**	0	425.000	425.000	0	425.000	425.000	0	425.000	425.000	0	425.000	425.000	0	0	0	
Begründung			Vgl. SPD-Fraktionsantrag 088/2026, Ziffer 2; Förderprogramm KlimaRäume (BMWSB)															

Ö 10.1

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
VI	Referat für Planen und Bauen	**VI/304/2026**

Anfrage Erlanger Linke "Folge-/Mehrkosten aus der Übersichtsliste Einsparmöglichkeiten"

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat	17.11.2026	Ö	Kenntnisnahme	
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	17.11.2026	Ö	Kenntnisnahme	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	18.11.2026	Ö	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Die Anfrage der Erlanger Linke vom 19.10.2026 ist hiermit bearbeitet.

II. Sachbericht

zu Nr. 10, Amt 24/Lfd. Nr. 5: Reduktion Bauunterhalt

Auf der Übersicht der Einsparmöglichkeiten ist für 2027 ein Einsparpotential durch Reduktion des Bauunterhalts von 800.000 EUR benannt.
Die Forderung, die Folge- und Mehrkosten infolge dieser Reduktion zu quantifizieren, ist nicht möglich, da diese Budgetmittel nicht projektscharf geplant werden und aufgrund der gegenseitigen Deckungsfähigkeit auch nach auftretender Dringlichkeit unterjährig zu verteilen sind.

Grundsätzlich dient das im Bauunterhalt vorgesehene Budget der Sicherung des Betriebs der städtischen Gebäude. Hierzu zählen sowohl laufende Prüfungs- und Wartungsleistungen insbesondere der prüfpflichtigen Anlagen der Sicherheitstechnik, laufende Instandsetzungen infolge von Abnutzung bzw. Verbrauch - im besten Fall sogar vor dessen Versagen -, aber auch die Beseitigung eingetretener Schäden und Mängel. Gleichzeitig wären bei entsprechender Finanzausstattung hieraus auch Instandhaltungen, Umbaumaßnahmen bzw. funktionale Verbesserungen, soweit sie nicht als Investition gelten, zu decken.
Ein reduzierter Ansatz führt dazu, dass Leistungen des Bauunterhalt streng zu priorisieren sind. Das nun geplante Budget führt daher zu einer engen Beschränkung auf gesetzlich vorgeschriebene Prüfung- und Wartungsarbeiten sowie dringliche, unaufschiebbare Leistungen zur Betriebssicherung. Ausgefallene Anlagen bzw. Bauteile können dann erst mit Schadenseintritt instandgesetzt werden und voraussichtlich auch nur insoweit sie für den Betrieb zwingend notwendig sind.

Sonstige o.g. Leistungen werden nicht bzw. nur in deutlich eingeschränktem Umfang möglich sein und sind daher auf Folgejahre zu verschieben. Die Situation kann zusätzlich erschwert werden, wenn außergewöhnliche Schadensereignisse z.B. infolge von Starkregen, höhere Gewalt oder dergleichen auftreten.

zu Nr 11. Amt 61/ Lfd. Nr.7: Kündigung VAG Rad (Schadensersatz-Forderung)

Für ein außerordentliches Kündigungsrechts dürfte für die Stadt Erlangen gem. der „Zweckvereinbarung über die Sicherstellung der Mobilität der Bevölkerung durch Ergänzung um ein öffentliches Fahrradver-

leihsystem“ ausschließlich ein Kündigungsrecht nach § 7 Abs. 2 vierter Spiegelstrich („sofern die Regierung von Mittelfranken die Genehmigung für den Betrieb des Fahrradverleihsystems in den Stadtgebieten der jeweiligen Aufgabenträger nicht erteilt“) in Betracht kommen. Nach dem Satzzusammenhang bezieht sich das Kündigungsrecht aus Spiegelstrich zwei („sofern die Sicherstellung des Fahrradverleihsystems für die Stadt Nürnberg wirtschaftlich unzumutbar wird oder auf Grund eines Stadtrats- oder Gremienbeschlusses eingestellt werden muss“) ausschließlich auf die Stadt Nürnberg.
Sollte die Regierung die Genehmigung zurückziehen, kann nach Einschätzung der Rechtsabteilung gegen die Stadt Erlangen kein Schadensersatz geltend gemacht werden. Die Stadt Erlangen ist nicht Vertragspartner der Firma, die die Fahrräder aufstellt. Zudem haftet im Falle von Rechtsstreitigkeiten betreffend die Planung, Organisation und Sicherstellung des Fahrradverleihsystems nach § 6 der Zweckvereinbarung die Stadt Nürnberg allein.

zu Nr. 12 Amt 66/ Reduktion Bauunterhalt :

Grundsätzlich wurde mit der BV 66/328/2026 dargestellt, dass bereits die derzeit bereitgestellten Finanzmittel nicht ausreichend sind, um der Überalterung und der damit verbunden nachhaltigen Schädigung der Grundsubstanz der Verkehrsinfrastruktur entgegenzuwirken. Insofern wird sich eine weitere Reduzierung selbstverständlich negativ auswirken.
Bei 460 km Straßen, 250 Ingenieurbauwerken, 14.000 Leuchtstelle und der Dynamik und Individualität von Schadensentwicklungen ist eine Quantifizierung bzw. eine monetäre Abschätzung welche Folgen diese Kürzung haben wird, nicht möglich.

Anlagen: Anfrage der Erlanger Linke vom 19.10.2026

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
IV. Zum Vorgang

Ö 10.1

Erlanger Linke
Fraktion

Erlangen, den 19.10.2026

Anfrage zu den Folge-/Mehrkosten aus der Übersichtsliste Einsparmöglichkeiten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten um die schriftliche Beantwortung der folgenden Fragen zum Thema Folgekosten:
In der Liste der potenziellen Kürzungsmöglichkeiten, die im Erlanger Stadtrat am 24.09.26 eingebracht wurde, sind mehrere Posten mit der Anmerkung versehen, bei Kürzung potenzielle Folge- oder Mehrkosten in der Zukunft nach sich zu ziehen. Wir bitten um eine Quantifizierung dieser Folge- und Mehrkosten bei den folgenden Posten aus der Liste – soweit möglich:

1. Amt 51/Lfd.Nr. 5: Dyskalkulieprojekt
2. Amt 51/Lfd.Nr. 6: Unterstützung Familienplanung Verhütungsmittel für sozial benachteiligte und leistungsbeziehende Familien
3. Amt 51/Lfd.Nr. 8: Abschaffung von Kleinbussen
4. Amt 51/Lfd.Nr. 19: Stelleneinsparung Koordination Jugendhilfeeinrichtung (umA&ION)
5. Amt 51/Lfd.Nr. 21: Aufhebung des sozialpädagogischen Konzeptes der Spiel- und Lernstuben,
6. Amt 51/Lfd.Nr. 22: Abenteuerspielplätze reduzieren
7. Amt 51/Lfd.Nr. 23: offene Jugendsozialarbeit reduzieren
8. Amt 51/Lfd.Nr. 24: Einstellung mobile Jugendsozialarbeit in Büchenbach
9. Amt 51/Lfd.Nr. 25: Familienpädagogische Einrichtungen und Familienstützpunkt reduzieren
10. Am 24/Lfd.Nr. 5: Reduktion Bauunterhalt
11. Amt 61/Lfd.Nr. 7: Kündigung VAG Rad (Schadensersatz-Forderung)
12. Amt 66/Lfd.Nr. 1: Reduktion Bauunterhalt

Begründung:
Um in den kommenden Haushaltberatungen informierte Entscheidungen treffen zu können, möchten wir gerne wissen, welche Folge- oder Mehrkosten die genannten Posten nach sich ziehen. Unabhängig von der konkreten Meinungen zu den Sparvorstellung der Regierung von Mittelfranken kann es nicht das Ziel sein, im kommenden Jahr Kürzungen zu beschließen, die in nächsten Jahr nicht nur

erlanger linke - Rathausplatz 1 - 91052 Erlangen Telefon 09131/86-1789
Mail: erli.fraktion@stadt.erlangen.de Web: www.erlanger-linke.de

die soziale Sicherheit in der Stadt gefährden, sondern am Ende auch durch potenzielle Mehrkosten wieder negiert werden.
Entsprechend bitten wir, wo möglich um eine Einschätzung von Seiten der Verwaltung, welche Kosten bei den entsprechenden Posten auf die Stadt in den nächsten Jahren zukommen könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Lukas Eitel (Fraktionsvorsitzender)	Ronja Wegele (Stadträtin)	Hanna Wanke (Stadträtin)
Gabi Stadlbauer (Stadträtin)	Manuel Leitlauf (Stadtrat)	